

## A1 Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2024

Antragsteller\*in: SPD-Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 7. Diskussion und Beschluss des  
Programmentwurfs

### Antragstext

#### 1. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft

Eine soziale gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Wohlstand, Bildung, Kultur und politischen Entscheidungen haben und sich selbst verwirklichen können, ist seit jeher Ziel der Sozialdemokratie. Dieses Ziel ist längst noch nicht erreicht. Vielmehr ist unsere Gesellschaft aktuell durch eine soziale Frage gekennzeichnet: eine kleine Oberschicht mit einer Vielzahl ökonomischer, räumlicher und sozialer Einfluss- und Verwirklichungsmöglichkeiten, eine große Mittelschicht, die sich teilweise bedroht fühlt und eine größer werdende Gruppe von Menschen, die kaum von Wohlstand und Freiheit profitieren können. Unsere Politik zielt darauf ab, dies auszugleichen und Teilhabe für Alle an einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen. Landespolitisch tragen wir in erster Linie durch eine gut ausgebauten soziale Infrastruktur dazu bei.

##### 1.1 Familienfreundlichstes Bundesland

Die SPD ist die Familienpartei in Thüringen. Für uns ist klar: Gute Politik für Familien zu machen, ist das zentrale Anliegen unserer Politik. Wir setzen uns dafür ein, Strukturen zu etablieren und zu stärken, die Familien unterstützen. Wir werden Familien finanziell entlasten und dafür sorgen, dass sie eine qualitativ hochwertige Zeit miteinander verbringen können. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wenn wir die Bedürfnisse von Familien berücksichtigen wollen, bedeutet das, dass wir den Sozialraum, Unterstützungsangebote, aber auch den Nahverkehr, den Wohnungsmarkt, die Gesundheitsversorgung, sowie Arbeits- und Bildungspolitik im Blick haben müssen.

Familien leiden besonders unter den Krisen der vergangenen Jahre, sei es, weil sie im Besonderen auf eine starke soziale Infrastruktur angewiesen sind oder weil sie stärker unter den Kostensteigerungen leiden.

In den nächsten Jahren liegt viel vor uns, wenn wir attraktive Lebensbedingungen

28 für Familien in Thüringen realisieren wollen. Die Frage, wie wir gute Betreuung  
29 und Bildung in unseren Kindergarten ermöglichen, müssen wir dabei genauso  
30 beantworten, wie wir pflegende Angehörige entlasten und unterstützen können oder  
31 wie wir mit attraktiven Arbeitsbedingungen Fachkräfte für die Sozialwirtschaft  
32 gewinnen, sowie mehr Familienerholung und die bessere Vereinbarkeit von Familie  
33 und Beruf sicherstellen.

34 Das werden wir tun:

- 35 • Das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" nimmt  
36 die ganze Familie in den Blick. Diesen Weg wollen wir weitergehen und das  
37 Landesprogramm erweitern durch eine Landesinitiative zur Verbesserung von  
38 Chancengleichheit und Partizipation in Quartieren sowie ländlichen Räumen  
39 mit besonderen sozialen Belastungen und Armutsriskiken. Somit werden Orte  
40 für Familien, junge und alte Menschen sowie für Beratungs- und  
41 Teilhabeangebote geschaffen.
- 42 • Als SPD Thüringen werden wir den Einstieg in das kostenfreie Mittagessen  
43 starten. Mit uns bekommt jedes Kind in Thüringen in Kindergarten und  
44 Schule ein gesundes Mittagessen am Tag. Dieses soll für Kinder und Eltern  
45 kostenfrei sein.
- 46 • Unsere Grundüberzeugung ist und bleibt es, dass die Bildung vom  
47 Kindergarten bis zum Meister bzw. Master grundsätzlich beitrags- und  
48 gebührenfrei sein muss. Daher schaffen wir die Beiträge für Kindergarten  
49 und Hort für alle Eltern in Thüringen ab. Unser Ziel ist es, dass Eltern  
50 ab Januar 2025 keine Gebühren für Kinderbetreuung mehr zahlen.  
51 Beitragsfreiheit und Betreuungsqualität müssen Hand in Hand gehen.  
52 Sinkende Geburtenraten sind für uns kein Grund bestehende Stellen  
53 abzubauen. Im Gegenteil: Auch sie helfen uns auf dem Weg zu einem besseren  
54 Betreuungsschlüssel und sichern die Qualität der Betreuung in den  
55 Einrichtungen.
- 56 • Wir werden die Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsqualität in unseren  
57 Kindergarten weiter verbessern. Studien empfehlen zusammen mit  
58 Fachexpert:innen und -verbänden für den Kita-Bereich einen  
59 Mindestpersonalschlüssel von 1:3 für Kinder unter 3 Jahren (U 3) und von  
60 1:7,5 für die Altersgruppe zwischen 3 Jahren und Schuleintritt (Ü 3).  
61 Davon ist Thüringen trotz aller in den letzten Jahren vorgenommen  
62 Verbesserungen bei den Betreuungsrelationen noch weit entfernt. Deshalb  
63 werden wir einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung der Expert:innen-  
64 Empfehlung festlegen und diesen schrittweise umsetzen. Unser Ziel ist es,  
65 so einen von politischen Konjunkturen und parlamentarischen  
66 Mehrheitsverhältnissen unabhängigen Pakt der Demokrat:innen zur  
67 Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung in Thüringen zu schließen und

68 ihn in der kommenden Dekade zu erfüllen. Als ersten wichtigen Schritt  
69 werden wir den Mindestpersonalschlüssel im Bereich Ü 3 vereinheitlichen  
70 und auf 1:12 festlegen und in einem nächsten Schritt den  
71 Mindestpersonalschlüssel in der Altersgruppe der Zwei- bis Dreijährigen  
72 auf 1:6 zu verbessern.

- 73 • Attraktivitätssteigernd wirkt sich zudem eine weitere Professionalisierung  
74 des Berufsfeldes aus. Dazu zählt der Ausbau der einschlägigen  
75 Hochschulstudiengänge und die Etablierung eines Instituts zur  
76 Qualitätsentwicklung der frühkindlichen Bildung, die Ermöglichung  
77 kontinuierlicher und qualitativ hochwertiger Fort- und Weiterbildung für  
78 die Erzieher:innen und das uneingeschränkte Festhalten am Fachkräftgebot.  
79 Darüber hinaus wollen wir ausgebildeten Erzieher:innen mit Berufserfahrung  
80 den Zugang zu berufsbegleitenden Studiengängen ermöglichen.
- 81 • Mit einem Masterplan Fachkräftesicherung in der Sozialen Arbeit starten  
82 wir eine Offensive zur Fachkräftesicherung für Kindergärten,  
83 Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.
- 84 • Die Kommunen finanziell verlässlich ausstatten, um Jugendarbeit,  
85 Unterstützungsangebote für Familien, Vereinsarbeit, Hilfe für Bedürftige,  
86 eine öffentliche Verwaltung, auf die sich jede:r verlassen kann, Straßen,  
87 Spielplätze, Schulen und Kindergärten – alles, was es für eine lebenswerte  
88 Nachbarschaft und ein soziales Miteinander braucht, vorzuhalten.
- 89 • Wir werden ein Programm zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit einführen und  
90 gesetzlich verankern, mit dem wir die kommunale Sozial- und Raumplanung  
91 verstetigen und weiterqualifizieren, so dass fachbereichsübergreifend,  
92 gemeinsam mit den sozialen Trägern und unter Beteiligung der  
93 Einwohner:innen, gleichwertige Lebensbedingungen, angemessene Versorgung  
94 mit sozialen Dienstleistungen und demokratische Teilhabe für Alle möglich  
95 sind. Projekte der Nachbarschaftshilfe, flexible Kinderbetreuung,  
96 Freizeitangebote und vieles mehr können damit gefördert werden. Vor Ort  
97 soll in den Kommunen entschieden werden, mit welchen Angeboten Familien  
98 gestärkt werden. Das Landesprogramm soll ein Volumen von 10 Millionen Euro  
99 haben. Mit der Stärkung der kommunalen Sozialplanung sind wir einen  
100 wichtigen Schritt gegangen, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort  
101 zu verbessern, stärker zu unterstützen und Freizeitangebote auszubauen. In  
102 einem nächsten Schritt werden wir die Beteiligung von Menschen vor Ort in  
103 ihren Quartieren und Stadtteilen im Rahmen dieser Planungsprozesse  
104 erleichtern.
- 105 • Eltern brauchen familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Darauf muss sich  
106 die Wirtschaft in Thüringen einstellen. Wir werden, insb. kleine und  
107 mittelständische Unternehmen unterstützen, Arbeitsbedingungen anzupassen,

- 108 z.B. durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle oder Möglichkeiten zum  
109 Homeoffice. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung einer  
110 Familienarbeitszeit ein, die Eltern gleichberechtigt die Möglichkeit zur  
111 Reduzierung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich ermöglicht.
- 112 • Wir werden familienpolitische Akteur:innen in alle für Familien relevanten  
113 Entscheidungen einbeziehen. Dazu werden wir den Landesfamilienrat  
114 weiterentwickeln.
- 115 • Familien brauchen vor allem eines: Zeit füreinander! Wir werden das  
116 Landesprogramm zur Familienerholung evaluieren und verstetigen, damit  
117 Familien mit geringem Einkommen und pflegende Angehörige die Möglichkeit  
118 zu einer Auszeit haben.
- 119 • Wir werden noch einmal die Minderungszeiten für Erzieherinnen und Erzieher  
120 erhöhen und die Einrichtungsleitung stärken. Das heißt konkret mehr Zeit  
121 für Leitungsaufgaben, für Fortbildung und für die Träger neue Spielräume,  
122 um krankheitsbedingte Abwesenheiten durch zusätzliches Personal  
123 auszugleichen. Für Familien bedeutet dies: mehr Verlässlichkeit bei den  
124 Öffnungszeiten ihres Kindergartens. Wir halten an der Betreuungsgarantie  
125 von bis zu 10 Stunden täglich fest.
- 126 • In den Kindergärten wollen wir die Familienarbeit stärken und  
127 multiprofessionelle Teams etablieren. Hierzu wollen wir die Entwicklung  
128 von Kindergärten hinzu Thüringer Eltern Kind Zentren (ThEKiZ) und das  
129 Modellprojekt „Vielfalt vor Ort begegnen“ ausweiten. Wir werden das  
130 Modellprojekt in die Regelfinanzierung überführen und den Kommunen  
131 bedarfsgerecht zusätzliche Personal- und Sachkosten zur Bewältigung der  
132 aktuellen Herausforderungen bereitstellen. Damit wollen wir die regelhafte  
133 Einführung von Sozialarbeit in unseren Kindergärten in einem  
134 Landesprogramm ermöglichen.
- 135 • Zudem gilt es, die schulische Ausbildung der Fachkräfte attraktiver zu  
136 gestalten, in dem wir die Schulgeldfreiheit einführen und die  
137 Anerkennungspraktika für alle Einsatzfelder flächendeckend vergüten. Zudem  
138 werden wir den Weg für einen Quereinstieg und die berufsbegleitende  
139 Weiterbildung zur Fachkraft ermöglichen. Mit dem Aufbau eines landesweiten  
140 Fachkräftemonitoring für die frühkindliche Bildung werden wir regelmäßig  
141 die Personal- und Ausbildungssituation, die konkreten regionalisierten  
142 Personalbedarfe und die Notwendigkeiten der Personalentwicklung erheben  
143 sowie die daraus abzuleitenden Handlungsschritte des Landes, der Kommunen  
144 und der Einrichtungsträger definieren.
- 145 • Ein attraktives Berufsumfeld bietet die beste Gewähr dafür, dass sich noch  
146 mehr junge Menschen dafür entscheiden als Erzieher:in im Kita-Bereich zu

147 arbeiten und dort auch dauerhaft zu bleiben. Wir werden uns daher dafür  
148 einsetzen, dass die Bestimmungen des TVÖD bei der Entlohnung des  
149 Erzieher:innenpersonals landesweit und trägerübergreifend Anwendung  
150 finden. Dadurch werden die teilweise erheblichen Lohnunterschiede zwischen  
151 kommunalen und freien Einrichtungsträgern nivelliert.

- 152 • Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für Familien erhalten und schaffen. Zur  
153 Miete und im Eigentum – in der Stadt und auf dem Land. Dazu werden wir das  
154 soziale Wohnungsbauprogramm beschleunigen und die Bemessungsgrundlage so  
155 verändern, dass auch Familien mit geringen Einkommen berücksichtigt werden  
156 können. Kommunen sollen keine finanziellen Nachteile entstehen, wenn Sie  
157 Bauland günstiger an Familien abgeben. Einnahmeausfälle werden wir den  
158 Kommunen daher erstatten. In den größeren Städten soll eine solche  
159 Baulandbereitstellung auch für Bauträger möglich sein, die sich  
160 langfristig zu sozialen Kriterien verpflichten. So werden Miet- und  
161 Eigentumswohnungen in Thüringen auch für den kleinen Geldbeutel bezahlbar.  
162 Um Ortskerne zu verdichten, wollen wir Lückenbebauungen und Sanierungen  
163 mit gezielter Förderung unterstützen.
- 164 • Wir werden die Thüringer Familienkarte als dauerhaftes Angebot für  
165 Familien in Thüringen etablieren. Familien sollen damit die Möglichkeit  
166 haben Theater, Freibäder, Museen und Freizeitangebote kostenfrei nutzen  
167 können. Außerdem werden wir ein Jugendkulturticket für alle jungen  
168 Menschen bis zum Abschluss ihrer beruflichen und akademischen Ausbildung  
169 einführen, mit denen sie Kultureinrichtungen kostenfrei nutzen können. Wir  
170 wollen, dass alle Kinder und Jugendliche Kultur erleben können..
- 171 • Die Einkommenssituation von Familien muss sich verbessern. Wir setzen uns  
172 für die Steigerung des Lohnniveaus ein. Wir kämpfen an der Seite der  
173 Gewerkschaften für eine Steigerung der Tarifbindung und höhere  
174 Tarifabschlüsse. Alle gesetzlichen und untergesetzlichen Möglichkeiten,  
175 die wir zur Regulierung haben, werden wir nutzen.
- 176 • Als SPD stehen wir für mehr soziale Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns  
177 auf der Bundesebene für die Einführung eines Grunderbes in Höhe von 20.000  
178 €, für jede:n der das 18. Lebensjahr erreicht, ein.
- 179 • Um pflegende Angehörige zu unterstützen, die Qualität in der Pflege  
180 sicherzustellen und eine Antwort auf den steigenden Bedarf an Fachkräften  
181 zu finden, streben wir eine konzertierte Aktion an, die alle relevanten  
182 Akteur:innen in der Pflege beteiligt. Dort soll ein Maßnahmenkatalog  
183 erarbeitet werden, der im Anschluss zügig umgesetzt werden muss.
- 184 • Mit einem starken ÖPNV unterstützen wir Familien. Mobilität ist die  
185 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Damit Familien in Thüringen

186            gut mobil sein können, braucht es einen gut ausgebauten, bezahlbaren ÖPNV,  
187            ergänzt um Angebote von Carsharing und Rufbusse.

## 188            **1.2 Kinder und Jugendpolitik**

189            Junge Menschen gehören ins Zentrum unserer Gesellschaft – mit all ihren  
190            Interessen und Bedürfnissen. Unser Ziel ist es, die Belange von jungen  
191            Menschen, ihre Ideen und Interessen dauerhaft in den Fokus der politischen  
192            Aufmerksamkeit zu holen. Wir wollen Jugendpolitik in Thüringen mit den  
193            Jugendlichen selbst und den jugendpolitischen Akteuren im Dialog entwickeln und  
194            umsetzen.

195            Das werden wir tun:

- 196            • Die eigenständige Jugendpolitik werden wir ressortübergreifend weiter  
197            stärken und die Situation junger Menschen durch einen regelmäßigen  
198            Lebenslagenbericht ins Zentrum der Landespolitik rücken.
- 199            • die Maßnahmen der „Landesstrategie Mitbestimmung“ weiter umsetzen und die  
200            Mitbestimmungsrechte in der Kommunalordnung stärken sowie Jugendgremien in  
201            der Landespolitik, wie z.B. den Jugendlandtag als Jugendpolitikberatung  
202            etablieren. Die Diskussion um die Reform der Thüringer Verfassung mit dem  
203            Ziel fortsetzen, das Wahlrecht ab 16 für die Thüringer Landtagswahl  
204            einzuführen und die Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen.
- 205            • Die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Arbeit der Jugendverbände  
206            wollen wir weiter unterstützen und mit einer gesetzlich dynamisierten  
207            örtlichen Jugendförderung (sog. Jugendpauschale) die Kommunen bei der  
208            Umsetzung dieser Aufgabe fördern, sowie den Landesjugendförderplan  
209            bedarfsgerecht ausfinanzieren.
- 210            • Ein Investitionsprogramm für Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in den  
211            Kommunen und für die Thüringer Jugendbildungsstätten auflegen, um  
212            gemeinsam den Kommunen die Einrichtungen zeitgemäß zu modernisieren.
- 213            • Die jugendpolitische Erfolgsgeschichte der Schulsozialarbeit  
214            weiterschreiben! Wir wollen, dass Schulsozialarbeit künftig in allen  
215            Thüringer Kommunen bedarfsgerecht angeboten und qualitativ weiter gestärkt  
216            wird. Um eine dauerhafte gute Schulsozialarbeit zu gewährleisten, ist  
217            Planungssicherheit für die kommunalen Jugendämter sowie die freien Träger  
218            besonders wichtig. Wir halten es daher weiterhin für erforderlich, die  
219            notwendige Landesförderung der Höhe nach gesetzlich festzuschreiben und  
220            eine Dynamisierungsregelung einzuführen, die sich jährlich an die  
221            Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst sowie am Preisindex anlehnt.

- Die Rechte von Kindern, Jugendlichen und deren Familien im Bereich der frühen und erzieherischen Hilfen umfassend sichern, sowie die Qualität in diesen Hilfen stärken und gemeinsam mit den Kommunen und freien Trägern weiterentwickeln. Dabei soll der Bedarf an Hilfen zukünftig in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen der Jugendhilfeplanung verpflichtend ermittelt werden. Zudem werden wir ein landesweites und bedarfsgerechtes Angebot an unabhängige Ombudsstellen sichern, die Beteiligung junger Menschen in Heimräten und einen Landesheimrat stärken, sowie Careleaver- Initiativen unterstützen.
- Wir stärken die politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich, dazu werden wir das Netz an Thüringer Jugendbildungsstätten zukünftig stärker fördern und die europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte zu einem Zentrum für Demokratie und Mitbestimmung weiterentwickeln.
- Wir müssen Angebote wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr, das Freiwillige kulturelle Jahr und das Freiwillige Politische Jahr stärken, so dass sich alle Jugendlichen – unabhängig von der Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern – ein solches Jahr leisten können, denn diese Angebote bieten Jugendlichen Orientierungs- und Engagement Möglichkeiten. Wir werden diese Angebote sichern und finanziell angemessen ausstatten und eine Bundesratsinitiative für eine Erhöhung des Taschengelds für Freiwilligendienstleistende auf das Bafög-Niveau auf den Weg bringen.
- Ein Förderprogramm zur Digitalstrategie der Kinder- und Jugendhilfe aufbauen, dass bedarfsgerecht zusätzliche finanzielle, technische und personelle Ressourcen zur Verfügung stellt, um auf die Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche und die damit verbundenen umfassenden Veränderungen der Arbeits- und Berufswelt, der Kommunikation und Interaktion der Menschen, des familiären und gesellschaftlichen Zusammenwirkens reagieren zu können.
- Junge Menschen streben verstärkt den höchstmöglichen Schulabschluss an und entscheiden sich öfter zunächst gegen eine berufliche Ausbildung. Wir unterstützen Thüringer Betriebe und Unternehmen in ihrem Bemühen, die Attraktivität einer Dualen Ausbildung stärker für Jugendliche herauszustellen, die über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen bzw. ihren Realschulabschluss in Wahlschulformen erworben haben. Insbesondere benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Behinderungen sind darüber hinaus, beginnend in den Vorabgangsklassen, individuell und unter Aktivierung gängiger Unterstützungsinstrumente bis zur Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses gezielt zu begleiten. Berufsorientierungsangebote sind daher stärker zu individualisieren und deren Einsatz in nicht

264 berufsqualifizierenden Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen zu  
265 prüfen.

- 266 • Qualifizierte Duale Ausbildung braucht einen starken Partner –  
267 Berufsbildende Schule und berufsbegleitende Hilfen. Vor dem Hintergrund  
268 einer kritischen Altersstruktur unter Lehrer:innen an BBS,  
269 gleichbleibenden Schüler:innenzahlen in der Dualen Ausbildung und den  
270 Herausforderungen digitaler Transformation in Lehre und wirtschaftlicher  
271 Praxis sind vorhandene personelle und materielle Ressourcen der BBS  
272 stärker zu konzentrieren. Wir unterstützen die Weiterentwicklung von  
273 Schwerpunktschulen/Berufsschulzentren zur Gewährleistung einer  
274 qualifizierten Unterrichtsversorgung für alle Thüringer  
275 Berufsschüler:innen. Gleichwohl ist uns bewusst, dass sich damit Wege  
276 eines Teils von Auszubildenden zur Berufsschule deutlich verlängern  
277 werden. Wir setzen uns für den Aufbau von Internatskapazitäten an  
278 Standorten der Schwerpunktschulen ein. Schulsozialarbeiter:innen werden an  
279 Berufsbildenden Schulen auch zukünftig bedarfsgerecht eingesetzt.  
280 Ausbildungsbegleitende Hilfen und die Jugendberufshilfe werden wir  
stärken.
- 281 • Wir verbessern den Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt in der  
282 Gesellschaft. Dafür stärken wir den Kinder- und Jugendschutz, um  
283 Schutzkonzepte in Schulen, Sport- und Jugendeinrichtungen einzuführen.  
284 Darüber hinaus werden wir eine Fallzahlbegrenzung im allgemeinen sozialen  
285 Dienst einführen und mehr Fortbildungsangebote für Familienrichter:innen  
286 und Staatsanwälte schaffen.
- 287 • Wir setzen uns für leistungsfähige Jugendämter, öffentliche und private  
288 Träger mit einer verlässlichen, am Bedarf orientierten und tarifgerechten  
289 Personalausstattung ein.
- 290 • Wir setzen uns für eine schrittweise Kostenfreiheit für Kinder und  
291 Jugendliche für die Nutzung des ÖPNV in Thüringen ein.
- 292 • Wir werden Initiativen von Jugendlichen, die sich für Umwelt- und  
293 Klimaschutz einsetzen, besonders unterstützen und in die Entwicklung einer  
294 Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung einbeziehen.
- 295 • Wir werden Kommunen und Landkreise durch interkommunalen Fachaustausch in  
296 die Lage versetzen, kommunale Mitbestimmungsstrategien junger Menschen zu  
297 entwickeln und zu etablieren.

## 298 1.3 Teilhabe von Senior:innen

299 In der Sozialdemokratie ist ein bestimmender Aspekt unserer Arbeit die  
300 Solidarität der Generationen. Unser Engagement und Einsatz für die Mitglieder  
301 unserer Gesellschaft darf nicht mit dem Renteneintritt enden. Senior:innen sind  
302 ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie haben ihren Beitrag für die  
303 Gestaltung unserer Gesellschaft geleistet, engagieren sich darüber hinaus und  
304 übernehmen in hohem Maße Verantwortung für ihre Familien, für ihre  
305 Partner:innen, Kinder und Enkelkinder. Wir sehen ältere Menschen, die sich in  
306 der Nacherwerbsphase ihres Lebens befinden, als immanenten Bestandteil unserer  
307 ganzheitlichen Familienpolitik an. Auf ihre Erfahrungen und ihr Engagement  
308 können und wollen wir nicht verzichten. Deshalb brauchen wir einen  
309 wertschätzenden Umgang mit ihnen und müssen echte Teilhabe an unserer  
310 Gesellschaft über das Rentenalter hinaus garantieren. Insgesamt wollen wir die  
311 gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen stärken und Hilfestellungen für ein  
312 selbstbestimmtes und sozialgerechtes Leben im Alltag ausbauen.

313 Das werden wir tun:

- 314 • Eines ist sicher: Der Unterstützungs- und Pflegebedarf für alte Menschen  
315 wird in den kommenden Jahren steigen. Unser Ziel ist es, dass Menschen  
316 möglichst lang gut und gesund in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Die  
317 staatlich garantierten Hilfestellungen gehören für uns zum  
318 Selbstverständnis einer sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft.  
319 Deshalb stehen wir für eine umfassende und bedarfsgerechte Versorgung  
320 älterer Menschen. Dazu gehören eine ausreichende finanzielle Absicherung,  
321 eine barrierefreie Umgebung sowie eine bedarfsgerechte  
322 Gesundheitsversorgung. Ebenso die Förderung von ehrenamtlichem Engagement,  
323 sozialer Anbindung und die Stärkung der Selbstbestimmung älterer Menschen  
324 sind uns wichtige Anliegen.
- 325 • Sozial- und Bildungsarbeit mit Älteren in der Kommune stärken. Mit dem  
326 Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ und dem  
327 Programm AGATHE – „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative  
328 gegen Einsamkeit“ werden wir eine aktive Altenarbeit in den Kommunen  
329 fördern und zu einem Mindeststandard für generationengerechte  
330 Infrastruktur weiterentwickeln. Zusammen mit den Kommunen wollen wir  
331 barrierefreien und bezahlbaren Zugang zu allen Orten der Bildung, der  
332 Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ermöglichen. Hierzu wollen wir  
333 einerseits die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, andererseits aber  
334 auch durch unmittelbare Beratungs- und Unterstützungsprogramme  
335 sicherstellen, dass neue technische Möglichkeiten von allen Menschen  
336 sinnvoll und sicher genutzt werden können.
- 337 • Wohnen sichern. Wir werden dafür sorgen, dass Land und Kommunen in enger  
338 Abstimmung mit den kommunalen Wohnungsunternehmen und  
339 Wohnungsbaugenossenschaften und unter gezieltem Einsatz von

340 Förderprogrammen altersgerechte und barrierefreie Wohnräume, alternative  
341 Wohnformen und Service-Wohn-Angebote ausbauen. Mit einer fachlichen  
342 Empfehlung für einen Wohnraum-Check werden wir einen einheitlichen  
343 thüringenweiten Qualitätsstandard für „altersgerechtes Wohnen“ schaffen.  
344 Ebenso muss die barrierefreie Gestaltung des gesamten öffentlichen Raumes  
345 und des Wohnumfeldes, vom Zustand der Gehwege, der verkehrlichen Situation  
346 bis zur Beleuchtung im Wohnquartier berücksichtigt werden. Eine Vernetzung  
347 mit der Landesfachstelle für Barrierefreiheit streben wir an.

- 348 • Mobilität sicherstellen. Mangelnde Barrierefreiheit und hohe Kosten  
349 schließen ältere Menschen von der Nutzung des öffentlichen  
350 Personennahverkehrs aus. Wir werden beim Ausbau des ÖPNV in Thüringen die  
351 besonderen Bedarfe alter Menschen gezielt berücksichtigen. Alternativen  
352 zum eigenen PKW, wie Radverkehr und E-Bikes, den Gemeindebus oder das  
353 Konzept „Fahrendes Mobil“ werden wir bedarfsgerecht ausbauen.
- 354 • Sicherheit gewährleisten. Kriminalität, die die Situation alter Menschen  
355 gezielt ausnutzt, ist besonders arglistig. Wir werden Beratungsangebote  
356 und polizeiliche Schutzmaßnahmen in Bereichen verstärken, in denen  
357 Senior:innen bedroht sind, zum Opfer von Verbrechen zu werden.
- 358 • Mitwirkung und Engagement fördern. Für uns gilt: Wann immer es um die  
359 Belange von Senior:innen geht, sollen sie in Beratungen und nach  
360 Möglichkeit auch in Entscheidungen aktiv einbezogen werden.  
361 Seniorenbeiräte, Seniorenbeauftragte und aktive Interessenvertretung, wie  
362 der Landesseniorenrat, sind wichtige Institutionen, um die Belange älterer  
363 Menschen auf kommunaler Ebene und landesweit zu vertreten. Wir wollen die  
364 Mitwirkungsbereitschaft in der Interessenvertretung stärken und die  
365 Gewinnung von Senior:innen für aktives ehrenamtliches Engagement  
366 intensiver fördern. Die Interessenvertretung von und für Menschen mit  
367 Pflegebedarf und ihrer Angehöriger werden wir stärken.

## 368 **1.4 Menschen mit Behinderungen**

369 Wir wollen, dass Thüringen ein inklusives Bundesland ist, deshalb befördern wir  
370 die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Alle Menschen mit und ohne  
371 Behinderungen, sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Menschen mit  
372 Behinderungen sind oftmals auf die Unterstützung dritter Personen angewiesen.  
373 Unser Ziel muss es sein, alle Lebensbereiche inklusiver und innovativer zu  
374 gestalten, um selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft umfassend zu  
375 ermöglichen.

376 Das werden wir tun:

- 377     • Wir wollen die Barrierefreiheit in allen analogen und digitalen Bereichen  
378        des Lebens, von der Frage baulicher Barrierefreiheit bis hin zur  
379        Internetgestaltung sicherstellen.
  
- 380     • Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und die Unterstützung  
381        personenzentrierter Dienstleistungen sind zentrale Schlüssel für die  
382        Inklusion. Wir müssen deshalb den Umbau der sozialen Infrastruktur  
383        zugunsten von Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen vor Ort  
384        vorantreiben. Die soziale Infrastruktur und die personenzentrierten  
385        Leistungen im Quartier müssen weiter ausgebaut werden. Denn eine inklusive  
386        Gesellschaft bedeutet, dass es eine soziale Infrastruktur geben muss, die  
387        für alle nutzbar und doch individuell gestaltet ist. Die in Thüringen  
388        entwickelte „Personenzentrierte Komplexleistung“ als eine neue, ambulante,  
389        stark sozialraumorientierte Angebotsform werden wir fördern und vermehrt  
390        realisieren.
  
- 391     • Wir werden den Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-  
392        Behindertenrechtskonvention in Thüringen und eine Vereinheitlichung der  
393        Aufgaben der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe für  
394        Kinder mit Behinderungen umsetzen.
  
- 395     • Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives  
396        Schulsystem zu realisieren. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von  
397        Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller  
398        Förderung ermöglichen. Eine notwendige Bedingung hierfür ist, dass den  
399        Schulen die personellen und materiellen Ressourcen für eine gelingende  
400        Inklusion zur Verfügung gestellt werden.
  
- 401     • Diversität ist die Lösung vieler Probleme am ersten Arbeitsmarkt. Ziel der  
402        beruflichen Schulen muss es sein, alle Menschen mit und ohne Behinderungen  
403        für eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu befähigen. Wir werden  
404        mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen  
405        schaffen.
  
- 406     • Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen eine geeignete  
407        sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzubieten. Dazu gehören der  
408        Ausbau von Assistenz- und unterstützter Beschäftigung, ein  
409        flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben und der Ausbau des  
410        Integrationsfachdienstes.
  
- 411     • Um Menschen mit Behinderungen eine faire Chance auf dem ersten  
412        Arbeitsmarkt zu eröffnen, werden wir neben der Möglichkeit des Budgets für  
413        Arbeit, die Schaffung eines zusätzlichen Anreizsystems – in Form einer  
414        direkten oder indirekten monetären Entlastung für die Unternehmen –  
415        prüfen. Diese Entlastung sollte nach Art und Grad der Behinderung

416 unterschieden werden. Um die verschiedenen Arten der Behinderungen zu  
417 vergleichen, kann man wie z. B. im Behindertenleistungssport ein  
418 Klassifizierungssystem nutzen. Die öffentliche Hand hat bei der Ausbildung  
419 und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildfunktion.

- 420 • Um auf die Bedürfnisse aller Kinder und Jugendlichen eingehen zu können,  
421 sollen alle Lehrkräfte in inklusiver Pädagogik fortgebildet werden. Wir  
422 streben die Einrichtung von multiprofessionellen Teams an den Schulen an.
- 423 • An unserer favorisierten Schulform, der TGS, ist Inklusion aus Sicht der  
424 SPD Thüringen am besten umzusetzen. Daneben müssen räumliche Anforderungen  
425 an die TGS entwickelt werden, welche Inklusion auch für Kinder- und  
426 Jugendliche mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen ermöglicht. Weiterhin  
427 sollen räumliche und sachliche Ressourcen an den Schulen vorgehalten  
428 werden, um optimalen gemeinsamen Unterricht durchzuführen. Dazu sind auch  
429 technische Hilfsmittel, beispielsweise zur Unterstützung von Menschen mit  
430 Sinnesbehinderungen, einzusetzen.
- 431 • Wir setzen uns dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention endlich  
432 in die Thüringer Verfassung aufgenommen wird und damit die Rechte von  
433 Menschen mit Behinderungen mehr Sichtbarkeit erhalten.

## 434 **1.5 Gleichstellung der Geschlechter**

435 Laut Gender Gap Report der Stiftung der Weltwirtschaftsforums braucht es noch  
436 131 Jahre, bis die Gleichstellungslücke zwischen den Geschlechtern geschlossen  
437 wurde. Im familiären und beruflichen Alltag ist die Gleichstellung auch zu  
438 Beginn des 21. Jahrhunderts nicht erreicht. Durch die Coronapandemie hat die  
439 Gleichstellung sogar einen Rückschritt gemacht und die Kluft zwischen den  
440 Geschlechtern vergrößert. Frauen tragen weiterhin größere Risiken im Berufsleben  
441 neben der Tatsache, dass die deutlich häufiger in prekären  
442 Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind und verdienen durchschnittlich  
443 weniger. Sie haben schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten und sind seltener in  
444 Führungspositionen zu finden. Wir als SPD Thüringen wollen unseren Beitrag zu  
445 einer schnelleren Gleichstellung leisten und die Bedingungen für Frauen in der  
446 Familie und im Beruf verbessern.

447 Das werden wir tun:

- 448 • Wir werden einen verpflichtenden Gleichstellungscheck einführen und damit  
449 alle Maßnahmen, ob Gesetze, Verordnungen, Haushaltsausgaben und Setzung  
450 von Rahmenbedingungen einem Gleichstellungscheck zu unterwerfen. Wir  
451 werden keine Maßnahmen mehr beschließen, die die Gleichstellung der  
452 Geschlechter nicht voranbringen.

- 453     • Um Genderbudgeting (Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb  
454        des Prozesses der Aufstellung von öffentlichen Haushalten, mit dem Ziel,  
455        die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und zu  
456        erreichen) auch in Thüringen zu etablieren, ist in einem wissenschaftlich  
457        begleiteten Pilotprojekt mit mindestens einer Kommune (Landgemeinde) das  
458        Prinzip des Genderbudgeting beispielhaft umzusetzen. Das Pilotprojekt ist  
459        mit einem finanziellen Anreiz für die ausgewählte Kommune verbunden.
  
- 460     • Täterarbeit ist ein wichtiger Aspekt der Gewaltprävention. Daher werden  
461        Programme zur Täterarbeit und Gewaltprävention (z.B. Projekt Orange)  
462        auskömmlich finanziert, damit diese Arbeit effektiv und flächendeckend  
463        durchgeführt werden kann.
  
- 464     • Auch wenn Gleichstellung bei allen Themen immer mitgedacht werden muss, so  
465        braucht es dennoch im Thüringer Landtag wieder einen Ausschuss, der sich  
466        allein mit dieser Frage auseinandersetzt. Wir werden den eigenständigen  
467        Gleichstellungsausschuss wieder einsetzen, nur so bleibt das Thema sichtbar  
468        und kann mit Nachdruck verfolgt werden.
  
- 469     • Wir werden Schulungs- bzw. Bildungsangebote für Männer zum Thema  
470        Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabe, Frauenförderung,  
471        patriarchale Männlichkeit etc. einrichten. Nur durch Bildung wird das  
472        Verständnis füreinander gefördert.
  
- 473     • Frauen sind in besonderen Umfang nicht nur physischer und psychischer  
474        Gewalt ausgesetzt. Auch Armut und andere Formen der Benachteiligung trifft  
475        sie besonders. Das Beratungsangebot, die Anlaufzentren und die Schutzräume  
476        für Frauen müssen daher auch diese Aspekte berücksichtigen.
  
- 477     • Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der  
478        Gesamtbevölkerung auch im Thüringer Landtag vertreten sind. Wir streben  
479        deshalb an, dass künftig die Hälfte der Thüringer Landtagsabgeordneten  
480        weiblich sein soll. Dieses Ziel verfolgen wir weiter und werden dafür ein,  
481        die rechtlichen Rahmenbedingungen einhaltendes, Paritégesetz auf den Weg  
482        bringen.
  
- 483     • Gewalt gegen Frauen muss sichtbar gemacht werden. Die SPD Thüringen wird  
484        sich dafür stark machen, dass der Begriff der „Hasskriminalität gegen  
485        Frauen“ in die polizeiliche Kriminalstatistik mit aufgenommen wird.
  
- 486     • Die SPD Thüringen steht hinter den Forderungen der Istanbul-Konvention und  
487        wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Finanzierung von  
488        Frauenhäusern im Freistaat lückenlos und nachhaltig gesichert wird. Die  
489        Leistungsberechtigung nach dem SGB darf kein Kriterium mehr zur  
490

491 Unterbringung in Frauenhäusern und -schutzeinrichtungen sein. Personen  
492 unterhalb der Armutsgrenze sind in einer Sonderfallregelung zu  
493 berücksichtigen. Innerhalb der Projektfinanzierung der Thüringer  
494 Frauenhausförderung müssen die Personal- und Sachkosten verpflichtend  
495 gewährleistet werden, ohne dass sie in Haushaltsdebatten regelmäßig zur  
496 Verhandlung stehen. Hierfür nehmen wir die kreisfreien Städte und  
497 Landkreise verstärkt in die Verantwortung und verankern das Vorhalten  
498 sowie die anteilige Finanzierung von Frauenhäusern als deren kommunale  
Pflichtaufgabe.

- 499 • Um die Umsetzung der Istanbul-Konvention auch in Thüringen zu  
500 intensivieren, wird das Monitoring der Umsetzungsprozesse bei der  
501 Landeskoordinierungsstelle angesiedelt. Darüber hinaus werden attraktive  
502 verpflichtende Weiterbildungsangebote auf Landesebene geschaffen für alle  
503 Personengruppen, die in Kontakt mit von Gewalt betroffenen Frauen sind.
- 504 • Alle statistischen Auswertungen werden ab sofort mit der  
505 Geschlechterkomponente veröffentlicht, wenn die entsprechenden Daten  
506 vorliegen. Diese Veröffentlichung macht die geschlechtsspezifische  
507 Auswertung der erhobenen Daten möglich und ist somit die, auch die  
508 Gleichstellung berücksichtigende, Grundlage für effiziente politische  
509 Entscheidungen und Programme.
- 510 • Wir werden kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Ämtern,  
511 Behörden und Verwaltungen für alle Menschen zugänglich zur Verfügung  
512 stellen. Ziel muss der kostenfreie Zugang zu Menstruationsartikeln für  
513 alle Personen nach schottischem Modell sein.
- 514 • In Zeiten des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, das  
515 Qualifizierungspotenzial von Frauen brach liegen zu lassen.  
516 Weiterbildungsangebote sind daher attraktiver zu gestaltet. Dies bezieht  
517 sich auch auf das Nachholen von Schulabschlüssen. Mit der Möglichkeit,  
518 Weiterbildung in Teilzeit zu absolvieren, Kinderbetreuung in Anspruch zu  
519 nehmen und eine finanzielle Entlastung (z.B. durch soziale Staffelung von  
520 Entgelten oder Förderprogrammen speziell für Frauen, die sich weiter- oder  
521 fortführen, etc.) zu erhalten, wollen wir mehr Frauen die Option  
522 einräumen, das in ihnen schlummernde Potenzial zu aktivieren.
- 523 • Sportvereine haben immer noch zu wenige weibliche Mitglieder und die  
524 Funktionärsstrukturen sind männlich geprägt. Daher werden in vielen  
525 Fällen Männermannschaften bevorzugt gefördert. Um dies zu ändern, sind  
526 der Landessportbeirat und das Präsidium des Landessportbundes paritätisch  
527 zu besetzen, denn Sichtbarkeit von Frauen bedingt, gehört zu werden. Die  
528 Stelle einer Gleichstellungsreferentin wird im Landessportbund  
529 eingerichtet. Das Land legt Förderprogramme für Sportvereine auf, die

530 diese dabei unterstützen, Frauen und Mädchen für den Vereinssport zu  
531 gewinnen sowie Frauen für Führungspositionen in den Sportvereinen zu  
532 begeistern.

- 533
- 534 • Frauen in Thüringen haben auch nach Abschaffung des § 219a StGB Probleme,  
535 Informationen über Schwangerschaftsabbrüche zu erhalten. Daher ist der  
536 Zugang zu Daten über Abbruchmöglichkeiten und -orte sicherzustellen.  
Hierfür wird durch das Land ein Internetportal eingerichtet, dass alle  
537 Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen niederschwellig und  
538 barrierefrei zusammenfasst. Um ein flächendeckendes Angebot  
539 sicherzustellen, werden Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten,  
540 dazu verpflichtet Schwangerschaftsabbrüche als medizinische  
541 Grundversorgung anzubieten. Wir machen uns auf Bundesebene weiterhin für  
542 die Streichung des § 218 StGB stark.

543

  - 544 • Der Internationale Frauentag ist aus der Arbeiter:innenbewegung heraus  
545 entstanden und sollte auf die vorherrschende Diskriminierung aufgrund des  
546 Geschlechts aufmerksam machen, u.a. thematisierte der erste Internationale  
547 Frauentag 1911 die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Die Einführung des  
08. März als festen gesetzlichen Feiertag soll auf diese weiterhin  
548 vorherrschende Diskriminierung hinweisen und verdeutlichen, dass die  
549 umfassende Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht ist.

## 550 **1.6 Queerpolitik**

551 Hass, Gewalt und Aggressionen gegen queere Menschen sind in Deutschland noch  
552 immer alltäglich. Die Anzahl registrierter Fälle von Hasskriminalität und damit  
553 auch von Übergriffen auf queere Menschen ist in den letzten Jahren in Thüringen  
554 deutlich gestiegen, die Dunkelziffer ist deutlich höher. Als SPD Thüringen  
555 stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung von geschlechtlicher  
556 Identität und sexueller Orientierung. Um die Lebensrealität von queeren Menschen  
557 zu verbessern, streben wir ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern gegen  
558 queerfeindliche Gewalt und die Initiierung einer Kampagne gegen  
559 Queerfeindlichkeit an.

560 Das werden wir tun:

- 561
- 562 • Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt der aktuellen Thüringer  
563 Landesregierung bildet die Grundlage, um das Leben von LSBTIQA\* zu  
verbessern. Um dieses vollumfänglich umzusetzen und die Initiativen  
564 queerer Menschen zu unterstützen, setzen wir uns für eine merkliche  
565 Mittelerhöhung, für die Gewährleistung einer überjährigen Förderung, den  
566 Ausbau der zivilgesellschaftlichen Koordinierungsstelle des  
567 Landesprogramms sowie die Ernennung einer:eines Beauftragten des Landes  
568 für Antidiskriminierung und queere Menschen ein. Des Weiteren werden wir

569 das Landesprogramm alsbald evaluieren sowie forschreiben.

- 570 • Als Sozialdemokrat:innen verurteilen wir Hasskriminalität auf Schärfste  
571 und setzen uns aktiv für die Aufarbeitung, Präventions- und  
572 Sensibilisierungsarbeit sowie die Schaffung von hauptamtlichen  
573 Ansprechpartner:innen für queere Menschen in Polizei und Justiz ein.  
574 Dadurch wollen wir ein Bewusstsein für die Herausforderungen der queeren  
575 Community schaffen und das geschichtlich begründete und berechtigte  
576 Misstrauen gegenüber Sicherheitskräften und Justiz abbauen.
  
- 577 • Das Vermitteln von Akzeptanz und Toleranz beginnt in der Kita, Schule und  
578 im Jugendtreff. Dafür braucht es einen vorurteilssensiblen Umgang mit  
579 Kindern und Jugendlichen sowie einen geeigneten Platz in Gespräch und  
580 Unterricht. Die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität darf  
581 dabei kein Tabuthema mehr darstellen. Deshalb machen wir uns für die  
582 Aufnahme des Themenfeldes LSBTIQA\* in den Thüringer Lehrplan und für die  
583 Entwicklung LSBTIQA\*-inklusiver Bildungsmaterialien stark. Als ein  
584 wesentlicher Teil der Bildung unterstützen wir zudem  
585 Schulaufklärungsprojekte, welche zur Aufklärung über Akzeptanz und  
586 Vielfalt, Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung beitragen.
  
- 587 • Des Weiteren unterstützen wir Schulaufklärungsprojekte ausdrücklich. Als  
588 ein wesentlicher Teil der Bildung tragen sie zur Aufklärung über Akzeptanz  
589 und Vielfalt, Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung bei.
  
- 590 • Wir sind ungebrochen solidarisch mit der queeren-Community. Die  
591 Unterstützung des CSD Thüringen und regionalen Veranstaltungen in den  
592 Kommunen vor Ort war uns in der Vergangenheit ein großes Anliegen und wird  
593 auch weiterhin Teil unseres Selbstverständnisses sein.
  
- 594 • Queere Menschen mit ihren Lebenslagen müssen zukünftig in Regelstrukturen  
595 eine angemessene Berücksichtigung finden. Wir setzen uns deshalb dafür  
596 ein, Menschen in pädagogischen Berufen in Aus- und Weiterbildung durch  
597 verpflichtende Module hinsichtlich verschiedener Lebensweisen und  
598 LSBTIQA\* zu sensibilisieren. Damit stärken wir die "Regenbogenkompetenz"  
599 an unseren Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen. Wir werden Strukturen  
600 der queeren Szene, insbesondere bei der Errichtung queerer Zentren als  
601 Bildungs- und Begegnungsorte sowie als Anlaufstellen für Betroffene von  
602 Diskriminierung und Feindlichkeit stärker fördern. Um flächendeckende  
603 Angebote zu gewährleisten, sollen queere Themen in die bestehende  
604 Jugendarbeit – mit besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes –  
605 integriert werden.
  
- 606 • Wir werden Strukturen der queeren Szene, insbesondere bei der Errichtung  
607 queerer Zentren als Bildungs- und Begegnungsorte sowie als Anlaufstelle

608 für Betroffene von Diskriminierung und Feindlichkeit, stärker fördern.

- 609 • Im Gesundheitswesen werden wir die besonderen Bedürfnisse queerer  
610 Menschen, insbesondere von trans\* Personen, stärker in den Blick nehmen.  
611 Die Angebote der HIV- und STI-Prävention, Beratung und Testung werden wir  
612 weiter stärken.
- 613 • Auch für queere Menschen im Alter werden wir uns einsetzen. Um  
614 Diskriminierung, beispielsweise in betreuten Wohnverhältnissen  
615 vorzubeugen, werden wir durch die Etablierung queer-sensibler  
616 Qualifizierung und Zertifizierung in stationären und ambulanten  
617 Pflegeeinrichtungen sowie in Hospizen, zielgruppensensible Pflege für  
618 LSBTIQA\* sowie die Sensibilisierung Pflegender für den alltäglichen  
619 Umgang mit Pflegebedürftigen dieser Zielgruppe fördern. Darüber hinaus  
620 unterstützen wir queere Senior:innen-Arbeit und machen uns für queere  
621 Wohnprojekte, etwa in Mehrgenerationenhäusern, für einen  
622 generationenübergreifenden Austausch stark.
- 623 • Weiterhin werden wir uns für die notwendige historische Aufarbeitung der  
624 strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des darauffolgenden  
625 Umgangs mit den Opfern stark machen. Weiter unterstützen wird die  
626 Forderung zur Sichtbarmachung und Dokumentation der LSBTIQ\*-Geschichte in  
627 Thüringen, insbesondere Aufarbeitung und Dokumentation von LSBTIQ\*-  
628 Biografien und -Erfahrungen in der Nachkriegszeit, in der DDR und nach der  
629 Wende.
- 630 • Queere Geflüchtete erfahren oftmals in ihren Herkunftsländern Verfolgung  
631 und Gewalt seitens des Staates, der Familie oder Gesellschaft. Auch  
632 "nach" ihrer Flucht sind sie in Deutschland von Rassismus sowie  
633 Queerfeindlichkeit betroffen, weshalb sie breitere Unterstützung,  
634 Anerkennung und einer besonderen Beachtung bedürfen. Wir treten daher für  
635 die Entwicklung von Schutzkonzepten in Gemeinschaftsunterkünften bis hin  
636 zu besonderen Schutzzräumen für queere Geflüchtete ein.
- 637 • Wir werden ein starkes und wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz zu  
638 Umsetzung der europäischen Vorgaben einführen. Der Begriff "Rasse" soll im  
639 AGG ersetzt und durch die Einführung eines  
640 Landesantidiskriminierungsgesetzes die bestehenden Schutzlücken  
641 geschlossen werden. Dabei soll Diskriminierung aufgrund rassistischer  
642 Zuschreibungen oder aufgrund des sozialen Status, unbedingt in die  
643 Novellierung einbezogen werden. Da sich das AGG vor allem auf das  
644 Zivilrecht beschränkt, kann durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz  
645 auch der Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Akteur:innen im  
646 Freistaat geboten werden.

## 647 **1.7 Vielfalt, Migration und Zuwanderung**

648 Thüringen ist bunt und weltoffen! Dafür setzen wir uns als Sozialdemokrat:innen  
649 täglich ein. Die hier lebenden Menschen verschiedener Religionen, Kulturen und  
650 Herkunftsländern bereichern unser Bundesland. Wir begreifen Zuwanderung als eine  
651 Chance, dem demografischen Wandel entgegenzutreten und die schon heute  
652 bestehenden Fachkräftebedarfe zu decken. Deshalb braucht es eine wertschätzende  
653 Willkommenskultur, die diese Menschen akzeptiert, respektiert und in unsere  
654 Gesellschaft integriert. Die Aufgabe die entsprechenden Voraussetzungen zu  
655 schaffen, liegt hier bei Land und Kommunen.

656 Die Fluchtbewegungen haben in den letzten Jahren zugenommen. Die wenigsten  
657 Menschen verlassen freiwillig ihr Land, sondern sehen es als letzten Ausweg vor  
658 Verfolgung, Vertreibung und dem sicheren Tod. Wir leben in Thüringen die  
659 solidarische Gemeinschaft und leisten unseren Beitrag durch die Aufnahme von  
660 Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten bei uns Schutz suchen.

661 Das werden wir tun:

- 662 • Wir wollen eine gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und soziale  
663 Teilhabe. Wir unterstützen daher auch weiterhin die Arbeit der kommunalen  
664 Ausländerbeiräte, der Migrantensedstorganisationen und ihrer  
665 Dachorganisation. Außerdem müssen Hürden für bereits in Deutschland  
666 lebende Personen abgeschafft werden. Geflüchteten soll der Zugang zum  
667 Arbeitsmarkt erleichtert werden. Insbesondere das Angebot an  
668 Fachsprachkursen muss ausgebaut werden.
- 669 • Wir bauen die interkulturelle Öffnung von Verwaltungs- und  
670 Bildungseinrichtungen weiter aus, denn wir begreifen Vielfalt als  
671 Ressource in Thüringen. Die Teilhabe im gesellschaftlichen Leben, - in  
672 Bildungs-, sozialen und kulturellen Einrichtungen von Menschen mit  
673 Migrationsgeschichte ist der Schlüssel zum Erfolg. Das Thüringer  
674 Integrationskonzept schreiben wir fort und erfüllen es mit Leben.
- 675 • Wir werden uns dafür stark machen, dass dauerhaft in Thüringen lebende EU-  
676 Bürger:innen bei den Landtags- und Bundestagswahlen wählen können. Wir  
677 wollen das Wahlrecht auf kommunaler Ebene für dauerhaft lebende  
678 Staatsangehörige außerhalb der Europäischen Union ermöglichen.
- 679 • Wir stehen für eine Politik, die Migration vorausschauend und realistisch  
680 gestaltet. Deswegen werden wir gemeinsam mit dem Bund die Verfahren  
681 erleichtern und beschleunigen. Menschen, die Schutz benötigen, erhalten in  
682 Thüringen Asyl. Deshalb gestalten wir eine soziale Migrationspolitik.

- Als SPD haben wir uns für eine Reform des Einwanderungsrechts stark gemacht und setzten uns auch weiterhin für eine Erleichterung der Verfahren ein. Wir begrüßen die Öffnung des Arbeitsmarkts für alle beruflich Qualifizierten aus Nicht-EU-Ländern und nicht nur für Akademiker und Fachkräfte in Mangelberufen sowie die Möglichkeiten des Wechsels vom Asyl in die Arbeitsmigration.
- Wir werden ein Ausbildungsprogramm zur Gewinnung von ausländischen Fachkräften auflegen, das maßgeschneiderte Betreuung und Sprachkurse enthält und verstärkt Menschen unabhängig von einer sogenannten Bleibeperspektive offensteht. Das erachten wir für notwendig, um diesen Menschen die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- Die Anerkennung von Berufsabschlüssen stellt noch immer eine große Hürde für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt dar. Wir setzen uns für eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein, damit vorhandene Qualifikationen besser eingebracht werden können.
- Wir setzen uns für ein vereinfachtes Verfahren zur Umsetzung der bundesgesetzlichen Regelungen zum Familiennachzug und für eine erleichterte Arbeitserlaubnis für Geduldete ein.
- Wir setzen in der Integrationspolitik einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen. Wir setzen uns daher für eine möglichst frühe und individuelle Förderung ein, um Benachteiligungen gar nicht erst entstehen zu lassen. Das umfasst sowohl die Ansprache und Beteiligung der Eltern als auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte.
- Die Repräsentanz von Lehrkräften und Erziehungskräften mit Migrationsgeschichte ist verschwindend gering. Wir wollen durch gezielte Ansprache unsere Bildungslandschaft diverser machen. Wir werden die Sozialbetreuungsrichtlinie fortschreiben. Der Zugang zu Angeboten für Integration, Sprache und Qualifizierung soll Menschen aus dem Ausland, unabhängig vom Herkunftsland und der Bleibeperspektive, gesichert werden, das gilt für Arbeitskräfte aus der EU und für Geflüchtete gleichermaßen.
- Integration gelingt vor Ort in den Kommunen und Gemeinden. Wir werden sie dabei unterstützen, ihre Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden und zu Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln und darüber hinaus das gesellschaftliche Engagement von Zugewanderten stärken. Die Integration in den Quartieren werden wir durch ein Förderprogramm stärken.
- Eine humanitäre Politik für Geflüchtete gestalten: Unabhängig von der Chance auf die Anerkennung in einem Asylverfahren sollen alle eine

721 unvoreingenommene, würdige und faire Behandlung erfahren. Auf dieser  
722 Grundlage bekennen wir uns zur humanitären Aufnahme und Unterbringung von  
723 Geflüchteten in Thüringen. Dazu gehören einheitliche verbindliche  
724 Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünfte, die eine  
725 Ankunft unter menschenwürdigen Umständen garantiert und eine  
726 menschenwürdige Unterbringung gewährleisten.

- 726 • Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe an unserem gesellschaftlichen  
727 Leben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, mehr Sprachkurse und  
728 Bildungsangebote von Anfang an zu ermöglichen.
- 729 • Wir setzen uns für eine kontinuierliche Förderung der Arbeit der  
730 psychosozialen Beratungsstelle für Geflüchtete refugio e.V. durch das Land  
731 ein. Wir stellen so sicher, dass das Knowhow von refugio weiter genutzt  
732 werden kann, um traumatisierten Geflüchteten zu helfen, die im Regelsystem  
733 keine passenden Angebote finden.
- 734 • Besonders schutzbedürftige Personen wie unbegleitete Minderjährige,  
735 Schwangere, Alleinerziehende, Personen mit schweren körperlichen oder  
736 psychischen Erkrankungen und traumatisierte Geflüchtete brauchen besondere  
737 Beachtung. Wir werden die dafür bestehenden Versorgungsstrukturen weiter  
738 vorhalten und nach dem aktuellen und prognostizierten Bedarf überprüfen  
739 und anpassen.
- 740 • Mit der Einrichtung eines Landesamtes für Migration und Integration  
741 bündeln wir Fachkompetenzen und Expertise effizient an einem Ort. Die  
742 Aufgabe des Landesamtes soll sein, die Migration und Integration zentral  
743 zu steuern, Dadurch sollen klare Strukturen entstehen, die bei der  
744 Gewinnung von Fachkräften für den heimischen Arbeitsmarkt helfen und für  
745 mehr Akzeptanz in der Gesellschaft sorgen.

## 746 **1.8 Aufarbeitung der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie**

747 Die Corona-Pandemie war für die gesamte Gesellschaft eine völlig neue  
748 Herausforderung. Trotz einer in Thüringen gelungenen Bewältigung sind wir  
749 überzeugt, dass die gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie –  
750 einschließlich der Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung – einer systematischen  
751 gesellschaftlichen Aufarbeitung bedürfen. Ziel dieser Aufarbeitung sind sowohl  
752 die systematische quantitative und qualitative Erhebung und Auswertung der  
753 Auswirkungen der Pandemie und ihrer Bekämpfungen vor allem auf das Wohlbefinden,  
754 der Angehörigen vulnerabler Gruppen sowie auf das Funktionieren derjenigen  
755 Institutionen, von denen das Wohlbefinden der vulnerablen Gruppen und ihrer  
756 Angehörigen besonders abhängig ist. Dies wollen wir durch eine Enquete-  
757 Kommission „Folgerungen und Konsequenzen für den Freistaat Thüringen aus der  
758 Corona Pandemie“ des Thüringer Landtags erarbeiten.

759 **2. Gute Arbeit, starke Wirtschaft**

760 Wir sind die Partei der ‚Guten Arbeit‘ und stehen an der Seite der  
761 Beschäftigten. Wir sind solidarisch mit unseren Kolleg:innen sowie den  
762 Gewerkschaften und unterstützen diese im gemeinsamen Kampf für bessere  
763 Arbeitsbedingungen, gute Löhne und Renten. Die vergangenen Jahre haben gezeigt,  
764 dass eine funktionierende Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer:innen,  
765 Arbeitgeber:innen und Politik uns durch die Krise bringen kann. Der  
766 demografische Wandel, die Dekarbonisierung und Digitalisierung sorgen im  
767 Freistaat Thüringen für einen enormen Wandel in der Arbeitswelt. Wir wollen  
768 diese Transformationsprozesse sozialdemokratisch gestalten, damit Thüringen ein  
769 wachsender und innovativer Wirtschaftsstandort bleibt.

770 **2.1 Gute Arbeit und Fachkräftesicherung**

771 Jede:r muss von seiner Arbeit leben können und braucht eine sichere Perspektive  
772 für das Alter. Mehr als 30 Jahre nach der Wende streiten wir immer noch für  
773 gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Löhne in Ost und West. Gleichzeitig wird  
774 die Fachkräftesicherung die zentrale Herausforderung für die Wirtschaft in den  
775 kommenden Jahren.

776 Als Sozialdemokrat:innen sind wir überzeugt, dass wir zur Sicherung des  
777 Fachkräftebedarfs in den kommenden Jahren Gute Arbeit, eine steigenden  
778 Tarifbindung und mehr betriebliche Mitbestimmung brauchen. Wir stehen an der  
779 Seite der Kolleg:innen, der Betriebsräte:innen und der Gewerkschaften, die in den  
780 letzten Jahren immer deutlicher machen, dass sie bereit sind sich für ihre  
781 Belange stark zu machen. In diesen Bemühungen werden wir sie weiterhin  
782 unterstützen und alle gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen stärken, die  
783 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Thüringen beitragen.

784 Das werden wir tun:

- 785 • Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitsbedingungen durch  
786 landesgesetzliche Rahmenbedingungen im Interesse der Kolleg:innen zu  
787 gestalten: Dazu müssen wir unter anderem das Vergabegesetz reformieren.  
788 Zukünftig soll die Tarifbindung einen größeren Stellenwert bekommen.  
789 Öffentliche Vergaben sollen nur noch an Unternehmen erfolgen, die auch  
790 tarifgebunden sind. Dies muss auch für Vergaben auf kommunaler Ebene  
791 gelten. Damit leisten wir auch einen Beitrag die Löhne zwischen Ost und  
792 West anzugeleichen.
- 793 • Als SPD Thüringen ist uns der Arbeitnehmer:innenschutz ein wichtiges  
794 Anliegen. Deshalb treten wir einer Ausweitung der Ladenöffnungsgesetzes,  
795 mehr Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit entschieden entgegen. Mit  
796

797 Sanktionen bei Nichteinhaltung wollen wir den Schutz unserer Kolleg:innen  
798 stärken. Dazu soll der Landesbetrieb für Arbeitsschutz personell gestärkt  
werden.

- 799 • Fachkräftemangel macht sich auch in Teilen des öffentlichen Dienstes  
800 bemerkbar. Wir als SPD Thüringen setzen uns dafür ein, die Attraktivität  
801 des Landesdienst zu verbessern, um Fachkräfte in der öffentlichen  
802 Verwaltung zu halten. Wir wollen die Forderungen der Gewerkschaften nach  
803 guten Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst unterstützen.  
804 Mitbestimmung ist ein wichtiges Anliegen, daher setzen wir uns für die  
805 Allzuständigkeit der Personalrät:innen ein und erfüllen diese in unseren  
806 Wirkungskreisen mit Leben.
- 807 • Als SPD Thüringen unterstützen wir das Konzept des „lebenslangen Lernens“  
808 und wollen diese mit der Bildungsfreistellung stärken. Schwerpunkt hierbei  
809 wird die Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung der  
810 Auszubildenden sein.
- 811 • Zudem ist die Sicherstellung eines angepassten  
812 Weiterqualifizierungsangebots und der Ausbau vorhandener Beratungsangebote  
813 zentrales Instrument, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und  
814 Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Wir werden  
815 betriebliche Investitionen in Qualifikation und Weiterbildungen fördern.
- 816 • Wir wollen das Anerkennungsverfahren von Schul- und Berufsabschlüssen  
817 durch Entbürokratisierung vereinfachen. Zusätzlich wollen wir eine  
818 Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen für Fachkräfte über  
819 Quereinstiegsqualifikationen erwirken.
- 820 • Wir wollen, dass alle Menschen in Thüringen eine gute Perspektive haben  
821 und hier gut leben und arbeiten können. Wir werden dafür sorgen, dass alle  
822 Menschen, die nach Thüringen zugewandert sind, ein Angebot für einen  
823 Sprach- und Integrationskurs bekommen und auf dem Weg in den Ausbildungs-  
824 und Arbeitsmarkt begleitet werden. Wir wollen diese bis zum Eintritt in  
825 das Berufsleben bei Thüringer Unternehmen begleiten und sie von Anfang an  
826 in enger Abstimmung mit den Kommunen und mit der Zivilgesellschaft in die  
827 Aufnahmegesellschaft integrieren. Darüber hinaus werden wir Maßnahmen und  
828 Projekte zur Stärkung von Antidiskriminierung im Betrieb fördern. Eine  
829 staatliche Subventionierung bei der Anwerbung von Auszubildenden und  
830 Fachkräften sollen zukünftig nur Betriebe erhalten, die einen Tarifvertrag  
831 haben und der Belegschaft verpflichtende Integrationsmaßnahmen anbieten.
- 832 • Für die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte in Thüringen müssen neue Wege  
833 gegangen werden. Es ist notwendig, jungen Menschen aus Drittstaaten  
834 frühzeitig eine berufliche Perspektive zu öffnen. Aus diesem Grund

- 835 unterstützen wird das Pilotvorhaben einer German Professional School in  
836 Thüringen, die diese Gruppe anspricht und innerhalb eines Jahres auf den  
837 Thüringer Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und auf ein Leben in Deutschland  
838 vorbereitet sowie frühzeitig die Vermittlung zu Ausbildungsbetrieben  
839 unterstützt
- 840 • Wir werden eine zentrale, koordinierende Stelle für die Anwerbung  
841 ausländischer Fachkräfte einsetzen. Hierfür wird die Thüringer Agentur für  
842 Fachkräftegewinnung weiterentwickelt. Damit bringen wir nicht nur die  
843 Erfordernisse von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unter einen Hut,  
844 sondern heben Synergien und Potenziale.
- 845 • Wir unterstützen die Etablierung einer Arbeitnehmer:innenkammer. Uns ist  
846 wichtig, dass es für die Einführung dieser Institution eine breite  
847 Zustimmung der Gewerkschaften gibt. Diese Kammer soll arbeitsorientierte  
848 Beratungsangebote sowie Beratung in der individuellen Entwicklung durch  
849 Weiterbildungen und allgemeine Bildungsangebote für Beschäftigte anbieten.  
850 Als Pendant der öffentlichen Wirtschaftskammern (IHK, HWK) ist die  
851 Arbeitnehmer:innenkammer zusätzlich Interessenvertretung gegenüber Politik  
852 sowie Verwaltung und ermöglicht eine stärkere Sichtbarkeit der  
853 Arbeitnehmer:innenperspektiven zum Beispiel bei parlamentarischen  
854 Gesetzgebungsverfahren.
- 855 • Wir unterstützen weiterhin die Etablierung einer  
856 Technologieberatungsstellen nach rheinland-pfälzischem Vorbild.
- 857 • Der Wandel der Arbeitswelt, der sich insbesondere in durch die  
858 Digitalisierung und die gesetzten Nachhaltigkeitsziele abbildet, bietet in  
859 den Thüringer Unternehmen und ihren Beschäftigten enorme Chancen,  
860 erfordert aber auch eine hohe Bereitschaft zu Veränderungen. Um die  
861 richtigen Weichenstellungen für die Transformation von Arbeit vorzunehmen  
862 und damit Gute Arbeit und Innovationen in Thüringer Betrieben realisieren  
863 zu können, braucht es unabhängige, kontinuierliche und beschäftigungs- und  
864 arbeitsweltorientierte Forschung. Wir setzen uns für die Gründung eines  
865 Instituts für arbeitnehmer:innennahe Forschung und Beratung ein. Dieses  
866 Institut hat die Aufgabe die Arbeitsbedingungen in Thüringen dauerhaft zu  
867 untersuchen. Auf Basis der Forschungsergebnisse werden wir ein Monitoring  
868 für Arbeit, Ausbildung und Leben in Thüringen etablieren und Beratungs-  
869 und Fortbildungsangebote für Arbeitnehmer:innen und ihr Vertretungen  
870 stärken.
- 871 • Wir lassen niemanden zurück: Die SPD setzt sich dafür ein, dass die  
872 Landesarbeitsmarktprogramme zur Integration von Langzeitarbeitslosen  
873 evaluiert und die wirksamen fortgeführt werden.

- 874 • Wir werden uns auf Bundesebene für ein modernes Arbeitsrecht einsetzen,  
875 das an die veränderten Rahmenbedingungen der Digitalisierung angepasst  
876 wird. Neue Arbeitsformen dürfen Arbeits- und sozialen Schutz sowie  
877 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten nicht aushöhlen. Auf diese Weise  
878 wollen wir auch für tarifgebundene und mitbestimmungspflichtige  
879 Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen in der digitalen Welt erhalten.
  
- 880 • Forderungen nach längerer Lebensarbeitszeit erteilen wir eine klare  
881 Absage. Wir wollen stattdessen dafür sorgen, dass Beschäftigte ihre  
882 Arbeitskraft im Freistaat noch produktiver einsetzen können und dass kein  
883 Thüringer ohne Berufsabschluss zurückbleibt.

## 884 **2.2 Sozialwirtschaft stärken – ohne geht es nicht!**

885 Insbesondere in der Corona-Pandemie wurde mehr als deutlich, dass eine  
886 funktionierende Sozialwirtschaft maßgeblich und unverzichtbar für unser gesamtes  
887 gesellschaftliches und wirtschaftliches System ist. Ohne ausreichend Personal in  
888 den SAGE-Berufen (Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege, haushaltsnahe  
889 Dienstleistungen, Erziehung) müssen sich Arbeitnehmer:innen selbst um die  
890 Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen kümmern mit der Folge, dass sie  
891 ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen können. Dies bildet jedoch die Basis der  
892 Wirtschaftskraft Thüringens sowie der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Wir  
893 definieren die sozialen Berufe als harte Standortfaktoren und setzen daher  
894 unseren Fokus in der Fachkräftesicherung auf die Stärkung der SAGE-Berufe.

895 Das werden wir tun:

- 896 • Eine intensive Fachkräfteoffensive soll die Arbeitsbedingungen verbessern  
897 und die Attraktivität der sozialen Berufe in der Gesellschaft steigern.  
898 Ein Wiedereinstiegsprogramm für qualifizierte Fachkräfte in die sozialen  
899 Berufe soll etabliert werden.
  
- 900 • Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir eine Kampagne zur Ausweitung  
901 und Stärkung der Tarifbindung in Thüringen auf den Weg bringen.
  
- 902 • Mit der Ausweitung des Modells zur praxisintegrierten Ausbildung mit  
903 tarifgerechter Ausbildungsvergütung auf alle SAGE-Berufe und der  
904 Erweiterung der Kapazitäten an staatlichen berufsbildenden Schulen leisten  
905 wir unseren Beitrag zur langfristigen Fachkräftesicherung und  
906 Nachwuchsförderung in den SAGE-Berufen.
  
- 907 • Wir wollen mit der Einführung der Schulgeldfreiheit in der Ausbildung der  
908 SAGE-Berufe sowie der Vergütung von Anerkennungspraktika für alle SAGE-  
909 Berufe, finanzielle Hürden abbauen und mehr jungen Menschen den Weg zur

910

Ausbildung ermöglichen.

911

- Um den akuten Fachkräftemangel in den sozialen Berufen einzudämmen, setzen wir auf berufliche Quereinstieger:innen und wollen die Optionen zur berufsbegleitenden Weiterbildung ermöglichen.

914

- Für uns als SPD Thüringen steht fest: Care-Arbeit ist Arbeit! Deshalb wollen wir Familien, insbesondere Frauen, in der Umsetzung des Familienalltags unterstützen und setzen uns für eine gerechte Verteilung und Anerkennung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit ein.

918

- Wir werden die Einrichtungen der frei-gemeinnützigen Träger in Thüringen stärken. Als Teile unserer pluralen Zivilgesellschaft, die durch eigenständige soziale, politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen geprägt sind, sehen wir insbesondere in den Wohlfahrtsverbänden eine tragende Säule unserer Demokratie. Um die Rolle des sogenannten dritten Sektors als Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit und Anbieter Sozialer Arbeit in Thüringen zu stärken, braucht es u.a. eine Fortschreibung des Thüringer Sozialwirtschaftsberichtes.

926

- Damit einher geht die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, um Trägervielfalt, unterschiedliche Werteorientierung und eine hohe Konzeptqualität zu gewährleisten sowie eine dialogische Partnerschaft zwischen öffentlichen und freien Trägern auf Augenhöhe in gemeinsamer Verantwortung für die Soziale Arbeit zu verstetigen.

931

- Es braucht unumgänglich eine thüringenweit einheitliche sowie auskömmliche Finanzierung und Planungssicherheit für die Träger, insbesondere um tarifgerechte Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen bei freien Trägern vergleichbar zum öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Dabei setzen wir als SPD Thürigen auf Transparenz: die Gehälter und etwaige Zusatzleistungen von Führungskräften der freien Träger müssen analog des öffentlichen Dienstes offengelegt werden.

938

- Die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechtes entlastet nicht nur die zuständige Verwaltung, sondern hilft ebenfalls Trägern, Vereinen und Verbänden. Die freiwerdenden Kapazitäten können u.a. genutzt werden, um Angebote der Qualifizierung für die Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden nachzugehen. Dieses Angebot und die Anerkennung sowie Förderung und Angebote der Qualifizierung für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden wollen wir stärken.

945

- Wir etablieren einen eigenen Digitalbonus für die Sozialwirtschaft, angelehnt an die bestehende Förderung für die gewerbliche Wirtschaft.

946

## 947 **2.3 Wirtschaft und Gute Arbeit in Zeiten der Transformation**

948 Wir können stolz auf die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens sein. Die  
949 Sozialdemokratie steht für eine zunehmend klimaneutrale und gleichzeitig  
950 wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft mit starker Mitbestimmung und hoher  
951 Tarifbindung. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen aus Industrie, Handwerk,  
952 Handel sowie der Dienstleistungsbranche bilden das Fundament unserer Wirtschaft.  
953 Der Thüringer Mittelstand mit seinen Beschäftigten ist bereits heute produktiver  
954 als der Bundesdurchschnitt.

955 Die oftmals mit ihrem persönlichen Vermögen haftenden Unternehmer des Thüringer  
956 Mittelstands haben den Strukturwandel der letzten dreißig Jahre entscheidend  
957 mitgestaltet – dafür gebührt ihnen zusammen mit ihren Mitarbeiter:innen Dank und  
958 Anerkennung. Aber auch größere Unternehmen investieren regelmäßig in ihre  
959 Thüringer Standorte und zeigen, dass unser Land auch im Standortvergleich  
960 wettbewerbsfähig ist. So investieren international agierende Unternehmen in  
961 Thüringen, ohne dass Milliardenförderungen locken.

962 Die SPD steht für eine soziale Marktwirtschaft, in der die Unternehmen gute  
963 Arbeitsbedingungen und faire Löhne zahlen, um im Wettbewerb um Fachkräfte zu  
964 bestehen. Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, in der der Staat den  
965 Unternehmen einen verlässlichen Rahmen setzt, so dass sie mit unternehmerischer  
966 Freiheit erfolgreich investieren und produzieren können. Und wir stehen für eine  
967 soziale Marktwirtschaft, in der Unternehmer:innen die betriebliche Mitbestimmung  
968 und das solidarische Miteinander im Betrieb als Chance betrachten.

969 Das werden wir tun:

- 970 • Die zentralen Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeit in unserem Land  
971 erfordern einen konsistenten Ansatz aus einer Hand. Wir werden daher ein  
972 Transformationsministerium bilden, indem die Zuständigkeit für Wirtschaft,  
973 Arbeit, Energie, Forschung und Technologie sowie digitale Infrastruktur  
974 verbunden werden.
- 975 • Um den Herausforderungen der multiplen Krisen und dem Strukturwandel  
976 gerecht zu werden, werden wir einen „Transformationsbudget Thüringen“  
977 einrichten. Damit wollen wir in den kommenden Jahren einen fühlbaren  
978 strukturpolitischen Impuls setzen und den notwendigen wirtschaftlichen  
979 Wandel in Thüringen aktiv gestalten.
- 980 • Aufbauend auf unseren Erfahrungen in der Automobilindustrie wollen wir  
981 eine umfassende Qualifizierungs- und Innovationsstrategie für  
982 Arbeitnehmer:innen sowie Unternehmen in den besonders von der  
983 Dekarbonisierung betroffenen Industrien und produktionsnahen

985 Dienstleistungen auflegen. Dabei wollen wir innovative Ansätze zur  
986 Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung erarbeiten und bei der  
987 Qualifizierung und dem Aufbau von unternehmensspezifischem Know-how und  
Innovationen unterstützen.

- 988 • Wir werden ein Kreditprogramm für zukunftsfähige kleinere und mittlere  
989 Unternehmen am Wirtschaftsstandort Thüringen etablieren, um diese bei der  
990 Umstellung auf eine CO2-freie Produktion zu unterstützen.
- 991 • Wirtschaft und Energie gehören zusammen. Die Energiewende der letzten  
992 Jahre hat gezeigt, dass eine gezielte, aber auch breite Entwicklung, der  
993 Einsatz und die Verwertung der erneuerbaren Energien auch mit  
994 energieintensiver Produktion Hand in Hand gehen muss. Wir setzen uns dafür  
995 ein, dass Energie vor Ort mit den örtlichen Energieversorgern erzeugt,  
996 gespeichert und gehandelt wird. Die Kommunen und ihre Stadtwerke als  
997 zentrale Stütze der Energiewende und das Rückgrat der Energieversorgung in  
998 Thüringen werden wir stärken.
- 999 • Wir schaffen mehr Klarheit für die Planung und vereinfachen die Planung  
1000 für die Errichtung, Erneuerung und den Betrieb von  
1001 Energieerzeugungsanlagen, Energiespeichern und den Netzausbau. Den  
1002 regionalen Verbrauch der erneuerbaren Energien werden wir zu dem stärken.  
1003 Das senkt dauerhaft Kosten, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer  
1004 Wirtschaft und stärkt Arbeitsplätze und Umwelt in der Region
- 1005 • Die Kofinanzierung von Programmen der Europäische Union und des Bundes zur  
1006 Wirtschaftsförderung im Allgemeinen sowie zur Bewältigung der  
1007 Transformation im speziellen werden wir umfassend sicherstellen.
- 1008 • Inflation und steigendes Zinsniveau stellen Kommunen und Unternehmen  
1009 zunehmend vor Finanzierungsprobleme. Instrumente, wie Bürgschaften und  
1010 zinsverbilligte Kredite, können ohne größere Fördersumme helfen, aus einem  
1011 unfinanzierbaren Vorhaben eine rentierliche Investition zu machen. Dazu  
1012 wollen wir die Eigenkapitalbasis der Thüringer Aufbaubank als zentrales  
1013 Förderinstitut des Freistaats weiter stärken, um eine effektive und  
1014 wirtschaftliche Umsetzung entsprechender Landesprogramme der  
1015 Wirtschaftsförderung im Zuschuss- und Darlehensbereich zu gewährleisten.  
1016 Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungen soll die  
1017 Sicherung von "Guter Arbeit", die die Beschäftigten mitbestimmt und  
1018 tarifiert entlohnt, als weiterer Förderschwerpunkt etabliert werden.
- 1019 • Die erfolgreichen, niedrigschwelligen Förderangebote „Digitalbonus“ und  
1020 „Dekarbonisierungsbonus“ werden wir für alle Unternehmen der gewerblichen  
1021 Wirtschaft öffnen, fortführen und bedarfsgerecht finanzieren. Wir werden  
1022 prüfen, inwieweit mehr Unternehmen Zugang zu alternativen

1023 Finanzierungsformen erhalten.

- 1024 • Die erfolgreiche Großflächeninitiative zur Bereitstellung größerer  
1025 Gewerbe- und Industrieflächen werden wir fortsetzen und konsequent auf die  
1026 Erfordernisse des Klimaschutzes, aber auch auf die Ansiedlung von „Green  
1027 Tech“ Industrien ausrichten. Die Außenwirtschaftsförderung wollen wir noch  
1028 stärker auf Branchen und Absatzmärkte ausrichten, die unter Bedingungen  
1029 der Transformation langfristig erfolgreich sein können.
- 1030 • Ohne Handwerker:innen wird die Transformation nicht gelingen. Die  
1031 Leistungssteigerung im Handwerk ist existenziell für die mittelständisch  
1032 geprägte Thüringer Wirtschaft. Darüber hinaus bietet das Handwerk für  
1033 viele Menschen gute Arbeit und faire Löhnen in allen Regionen unseres  
1034 Landes. Wir werden daher die bestehenden, handwerksspezifischen  
1035 Förderangebote deutlich erhöhen und bedarfsgerecht mit den  
1036 Handwerkskammern im Land weiterentwickeln.
- 1037 • Wir werden ein Gesetz zur Stärkung des Tourismus in Thüringen vorlegen.  
1038 Damit wollen wir nicht nur Klarheit über die öffentlichen Aufgaben sowie  
1039 vereinfachende Regelungen für die Förderung schaffen, sondern auch das  
1040 Kur-Erhöhungsortgesetz an die Erfordernisse der Transformation anpassen.
- 1041 • Unternehmertum braucht Freiheit: wir werden die Bemühungen des Bundes zur  
1042 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie zur Entbürokratisierung  
1043 unterstützen. Die Landesförderprogramme werden einfacher ausgestaltet und  
1044 wo notwendig die gesetzlichen Regelungen der Landeshaushaltssordnung sowie  
1045 die entsprechenden Verwaltungsvorschriften anpassen.
- 1046 • Thüringen soll das attraktivste Bundesland für Gründer:innen,  
1047 Nachfolger:innen sowie junge Unternehmen bleiben. Wir werden daher die  
1048 bestehenden Beratungs- und Förderangebote bedarfsgerecht weiterentwickeln  
1049 und die Finanzierung verstetigen. Das Gründen im Nebenerwerb muss gestärkt  
1050 und Förderinstrumente etabliert werden, um Gründer:innen im Nebenerwerb zu  
1051 entlasten. Wir werden die Förderung der Personaleinstellung über die  
1052 Thüringer Gründungsprämie ermöglichen und die Unterstützung bei der  
1053 Antragstellung von Fördermitteln als Beratungsleistung bezuschussen.
- 1054 • Wir entwickeln Scouting-Konzepte, um jungen Start-ups in Thüringen eine  
1055 Heimat zu bieten. Wir werden Anstrengungen unternehmen, um besonders  
1056 Start-ups anzuwerben, die eine hohe Wertschöpfung versprechen und gezielt  
1057 bestehende wissens- und technologieorientierte Branchen in Thüringen  
1058 stärken.
- 1059 • Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um die Renovierung von  
1060

1061 Technologie- und Gründungszentren zu fördern und ihre Attraktivität und  
1062 technologische Zukunftsfähigkeit zu stärken. Damit werden wir Start-ups  
1063 auch in den ländlichen Regionen beste infrastrukturelle Voraussetzungen  
bieten und Abwanderungen verringern.

- 1064 • Die in Thüringen bestehenden Trialoge aus Landesregierung,  
1065 Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften müssen genutzt werden, um den  
1066 Strukturwandel zu bewältigen. Hierzu gehören beispielsweise das Thüringer  
1067 Bündnis für die Zukunft der Industrie. Die Landesregierung soll  
1068 regelmäßige Veranstaltungen unter Beteiligung der Gewerkschaften und  
1069 betrieblichen Interessenvertretungen durchführen, die sich mit der  
1070 Bewältigung des Wandels beschäftigen, denn ihr Erfahrungswissen und ihre  
1071 Kompetenzen sind der wichtigste Baustein zur Gestaltung des Wandels.
- 1072 • Die Landessstrategien soll um das Nachhaltigkeitsziel „menschenwürdige  
1073 Arbeit für alle“ analog zur Agenda 2030 der Vereinten Nationen erweitert  
1074 werden. Denn sozialdemokratische Wirtschaftspolitik heißt, in den  
1075 Nachhaltigkeitsstrategien des Landes soziale, ökologische und ökonomische  
1076 Ziele gleichermaßen zu verankern.

## 1077 **2.5 Digitalisierung**

1078 Die SPD Thüringen steht für eine Digitalpolitik, die die Möglichkeiten und  
1079 Potenziale der digitalen Welt in den zentralen Lebensbereichen erschließen und  
1080 heben will, um das Leben und die Entfaltungsmöglichkeiten der Thüringer  
1081 Bürger:innen zu verbessern. Damit stärken wir Thüringen als Ort guten Lebens und  
1082 Arbeitens sowie als Wirtschafts- und Innovationsstandort. Für uns stehen die  
1083 Menschen in Thüringen im Mittelpunkt; denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck,  
1084 sondern soll den Bürger:innen ein besseres Leben in unserer demokratischen  
1085 Gemeinschaft in Freiheit ermöglichen. Wir wollen diesen kontinuierlichen  
1086 Transformationsprozess der Digitalisierung weiterhin als Chance begreifen und  
1087 gemeinsam mit den Thüringern sozialverträglich und wirtschaftlich erfolgreich  
1088 gestalten.

1089 Das werden wir tun:

- 1090 • Digitalisierung macht das Leben der Menschen besser. Innovative Ansätze  
1091 der Telemedizin machen es möglich, dass Hausärzte vor Ort unkompliziert  
1092 Spezialisten der Krankenhäuser der Maximalversorgung hinzuziehen können. Im  
1093 Nahverkehr bietet Digitalität die Chance neue Konzepte von Ruftaxis zu  
1094 etablieren, die Wartezeiten minimieren und gleichzeitig kostengünstig  
1095 sind.
- 1096 • Das 2020 gegründete Thüringer Zentrum für Lernende System und Robotik  
1097

1098 (TZLR) hat sich als zentrale Anlaufstelle im Bereich der Künstlichen  
1099 Intelligenz erfolgreich. Wir werden sicherstellen, dass das Zentrum seine  
1100 erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann.

- 1100 • Für kleine und mittlere Unternehmen stellt die Digitalisierung aufgrund  
1101 des dynamischen Anpassungsdrucks eine besondere Herausforderung dar.  
1102 Unternehmen in allen Sektoren, vom verarbeitenden Gewerbe bis hin zum  
1103 Tourismus müssen ihre Dienstleistungs- und Geschäftsmodelle auf den  
1104 Prüfstand stellen. Mit dem Kompetenzzentrum Wirtschaft 4.0 werden wir  
1105 Unternehmen und ihre Beschäftigte weiter dabei unterstützen, die Chancen  
1106 der Digitalisierung zu ergreifen.
- 1107 • Grundvoraussetzung der weiteren Digitalisierung von Wirtschaft und  
1108 Gesellschaft ist dabei ein leistungsfähiges flächendeckendes  
1109 Glasfasernetz, welche die stetig wachsenden Datenströme verarbeiten und  
1110 weiterleiten kann. Wir werden daher den eigenwirtschaftlichen Ausbau  
1111 privater Telekommunikationsunternehmen gezielt durch Beratungsangebote für  
1112 Kommunen unterstützen. . Die dafür verwendeten Glasfasern müssen hohen  
1113 Umweltstandards genügen. So sollten lange Lieferwege vermieden und  
1114 Thüringer Produzenten gestärkt werden, um den CO2-Abdruck zu senken.
- 1115 • Wo der Markt nicht hinreichend schnell und umfassend ausbaut, werden wir  
1116 durch gezielte Förderung der Thüringer Glasfasergesellschaft in Beratung  
1117 und Ausbau eine flächendeckende Glasfasererschließung erreichen – wo immer  
1118 möglich sollen die Netze der Zukunft im Eigentum der Kommunen entstehen.  
1119 Das Bundesförderprogramm zum Glasfaserausbau werden wir vollständig  
1120 gegenfinanzieren.
- 1121 • Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass Telekommunikationsanbieter  
1122 stärker beim Mobilfunk in die Pflicht genommen und an ihren Ausbauzielen  
1123 festgehalten werden. Gleichzeitig werden wir auf Landesebene weitere  
1124 Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus prüfen, beispielsweise durch  
1125 Anpassungen der Bauordnung oder des zur Verfügung stellen von Standorten.
- 1126 • Der Ausbau der digitalen Infrastruktur benötigt Rechtssicherheit und  
1127 Transparenz. Mit einem Beschleunigungs- und Transparenzgesetz Glasfaser  
1128 werden wir nicht nur Daten zum Verlauf von geförderter und nicht  
1129 geförderter Telekommunikationsinfrastruktur kontinuierlich erheben und in  
1130 öffentlichen Verzeichnissen allgemein zugänglich bereitstellen, sondern  
1131 auch die Verfahrensbeschleunigungen ermöglichen.
- 1132 • Wir stehen für eine Netzpolitik, die individuelle Freiheitsrechte und die  
1133 Notwendigkeiten der Daseinsfürsorge in Einklang bringt. Wir setzen uns ein  
1134 für die Beschränkung der Macht großer Plattformen, für  
1135 diskriminierungsfreie Algorithmen sowie für freie Software und offene

1136 Standards wo immer sinnvoll und möglich. Wir stehen ein für eine möglichst  
1137 weitgehende „Open Access“ Regulierung bestehender digitaler Infrastruktur,  
1138 um so den Zugang zu digitalen Diensten im ländlichen Raum zu verbessern  
1139 und zu vergünstigen.

- 1140 • Datenschutz und Datensouveränität sind für uns elementare Grundrechte.  
1141 Gleichwohl dürfen die darauf aufbauenden rechtlichen Regelungen nicht dazu  
1142 führen, dass ein Übermaß an Bürokratie entsteht oder digitale Anwendungen  
1143 zum Nutzen der Menschen nicht eingesetzt werden können. Wir setzen uns  
1144 daher für datenschutzrechtliche Regelungen mit Augenmaß ein: was gegenüber  
1145 großen „Tech-Konzernen“ notwendig ist, kann gegenüber Kleinst-, kleinen und  
1146 mittleren Unternehmen schnell unverhältnismäßig sein.

## 1147 **2.6 Land- und Forstwirtschaft**

1148 Über die Hälfte der Fläche Thüringens wird für landwirtschaftliche Zwecke  
1149 genutzt, somit prägt die Landwirtschaft einen erheblichen Teil der Thüringer  
1150 Landschaft. Dies bedeutet für uns als SPD Thüringen, dass unsere Umwelt sowohl  
1151 Lebensraum als auch Produktionsstätte ist und dementsprechend gepflegt werden  
1152 muss. Umso wichtiger ist es daher, dass Thüringen den Fokus auf eine  
1153 gemeinwohlorientierte Landwirtschaft legt, die die Herstellung guter und  
1154 gesunder Lebensmittel für die regionale Versorgung Thüringens auch in Zukunft  
1155 sichert und allen Landwirt:innen ein angemessenes Auskommen und regionale  
1156 Wertschöpfung ermöglicht.

1157 Das werden wir tun:

- 1158 • Wir werden die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union auch  
1159 in Zukunft kritisch begleiten und gemeinwohlorientiert ausrichten. Die  
1160 Beiträge von Landwirt:innen zum Natur- und Klimaschutz müssen finanziell  
1161 sehr viel stärker gewürdigt werden.
- 1162 • Wir werden die Gemeinwohlprämie des Deutschen Verbandes für  
1163 Landschaftspflege in Thüringen im Rahmen der Eco-Schemes erproben und ggf.  
1164 anwenden.
- 1165 • Wir werden die Erste-Hektar-Prämie erhöhen, um kleinere und mittlere  
1166 Landwirtschaftsbetriebe zu fördern.
- 1167 • Wir werden die „Vom Hof auf den Tisch“- Strategie und die EU-  
1168 Biodiversitätsstrategie im deutschen GAP-Strategieplan maßgeblich  
1169 berücksichtigen.
- 1170 • Wir wollen eine schnelle, praktikable und langfristig belastbare Umsetzung

1171 der höheren Tierwohlstandards in Thüringen umsetzen. Dies muss sich im  
1172 Rechtsrahmen, aber auch in der Förderkulisse niederschlagen. Gleichzeitig  
1173 werden wir uns weiter für ein verpflichtendes Tierwohllabel bei tierischen  
1174 Produkten einsetzen, um Verbraucher:innen eine Orientierung zu liefern.

- 1175 • Wir werden die Neugründung und den Erhalt von Ökolandbau mit ausreichenden  
1176 finanziellen Mitteln ausstatten und bis Ende 2029 die Zielstellung von 30%  
1177 Ökolandbau in Thüringen erreichen.
- 1178 • Wir werden Junglandwirt:innen in der praxisnahen Aus- und Weiterbildung in  
1179 Thüringen, sowie der Existenzgründung in oder mit einem  
1180 landwirtschaftlichen Betrieb unterstützen. Um die erheblichen  
1181 Herausforderungen der Unternehmensnachfolge, Fachkräftegewinnung und der  
1182 Stärkung des Know-Hows in der Region zu stärken, setzen wir uns dafür ein,  
1183 die Ausbildungsangebote und die vorhandenen Studienangebote zu stärken.
- 1184 • Landwirtschaftliche Flächen unterliegen einen besonderen  
1185 gesellschaftlichen Schutz. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die  
1186 Agrarstruktur sich am Zweck der landwirtschaftlichen Produktion orientiert  
1187 und Bodenspekulationen aktiv verhindert werden. Wir setzen uns für eine  
1188 verbindliche Kompensation von Flächen im gesamten Freistaat ein. Diese  
1189 darf nicht weiter auf Kosten vor allem der landwirtschaftlich genutzten  
1190 Flächen erfolgen. Brach- und Altlastflächen, sowie die Entsiegelung von  
1191 Flächen sind die entscheidenden Maßnahmen um das Ziel der Netto-Null-  
1192 Bodenversiegung in den nächsten Jahren zu erreichen.
- 1193 • Wir werden uns für regionale Wirtschaftskreisläufe durch  
1194 Wertschöpfungszentren in Nahversorgerregionen in Thüringen einsetzen, die  
1195 sich um die Vernetzung, Beratung, Coaching und Qualifizierung von  
1196 Landwirt:innen kümmern.
- 1197 • Wir setzen uns für gemeinsam genutzte Verarbeitung, Lager, Vertriebs- und  
1198 Entsorgungsinfrastrukturen ein, um Thüringer Produkte vor Ort verfügbarer  
1199 zu machen und zugleich eine höhere Wertschöpfung in der Region zu  
1200 ermöglichen. Den Verlust der Infrastruktur wie Schlachthöfe werden wir  
1201 konsequent stoppen. Historische Nutzungsformen wie Wanderschäferei oder  
1202 Hüteschafthaltung und Waldweide wollen wir dabei in besonderer Weise  
1203 honorieren.
- 1204 • Wir werden die Position der Erzeuger:innen gegenüber dem  
1205 Lebensmittelhandel deutlich stärken und realistische Erzeugerpreise  
1206 ermöglichen. Wir streben eine Landwirtschaft an, die faire Preise für  
1207 Erzeuger:innen, Handel und Verbraucher:innen ermöglicht.

- 1208 • Wir werden die Bejagung von Schwarzwild in Thüringen konsequent  
1209 fortsetzen, um die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinpest (ASP)  
1210 einzudämmen.
  
  - 1211 • Die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER für die  
1212 flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wird sich daran  
1213 orientieren, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erweitern und  
1214 extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere der Rinderhaltung,  
1215 Weideprämien, Agroforstsysteme bis hin zur schonenden Landbewirtschaftung  
1216 von Auen, Mooren und Feuchtgebieten fortzuführen bzw. neu zu etablieren.
  
  - 1217 • Wir werden artenreiches Grünland durch eine aus der ersten Säule  
1218 finanzierte Weidetierprämie für Milchkühe und extensive Mutterkuhhaltung  
1219 im Rahmen der EU-Förderung fördern und erhalten
  
  - 1220 • Wir werden den Klimaschutz in der Landwirtschaft voranbringen und die  
1221 Humusmehrung in Böden durch eine standort- und betriebsgerechte  
1222 Mindestfruchfolge sowie die Wiedervernässung von Mooren angemessen  
1223 fördern.
  
  - 1224 • Wir wollen Hochwasserereignissen durch eine konsequente Entwicklung der  
1225 Auenräume entgegenwirken. Hierfür wollen wir Flächennutzungen stärken,  
1226 welche die Auen als
- 1227 Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zusammenfasst und resistenter gegen  
1228 Schäden durch Hochwasserlagen macht.
- 1229 • Wir werden die standortnahe Wasserversorgung der Landwirtschaft und  
1230 Forstwirtschaft stärken. Nicht nur für die Versorgung von Kulturen auf den  
1231 Feldern und Wäldern auch für die Bereitstellung von Löschwasser und zur  
1232 langfristigen Neubildung von Grundwasser braucht es einen konkreten  
1233 Fahrplan bis 2029.
  
  - 1234 • Wir werden den Einsatz von Düngemitteln und insbesondere Mineraldünger  
1235 reduzieren und einen geschlossenen Stickstoffkreislauf mit effizientester  
1236 Nutzung aufbauen.
  
  - 1237 • Wir werden den Pestizideinsatz im Rahmen des EU-Ziels deutlich reduzieren.  
1238 Dies schaffen wir u.a. durch eine noch gezieltere und räumlich begrenztere  
1239 Anwendung von chemischen Pestiziden. Dafür braucht es Alternative  
1240 Werkzeuge für die konventionelle Landwirtschaft, um die  
1241 Lebensmittelerzeugung zuverlässig, umweltverträglich und preisgerecht zu  
1242 gewährleisten.

- 1243     • Wir werden den Einsatz weiterer landwirtschaftlicher Flächen für die  
1244       Herstellung von Biokraftstoffen, zur Energieerzeugung oder zur technischen  
1245       Kohlenstoffabscheidung (BECCS) kritisch prüfen.
  
- 1246     • Wir werden die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der Vielfalt der  
1247       Angebote für umweltverträglicher Ernährungsstile ernstnehmen und in den  
1248       Kantinen öffentlicher Einrichtungen attraktive günstige Angebote u.a. für  
1249       eine pflanzenbasierte Ernährung schaffen.
  
- 1250     • Wir wollen den Erhalt und die Zustandsverbesserung unseres Waldes sowie  
1251       die Entwicklung einer nachhaltigen und naturgemäßen Waldbewirtschaftung.  
1252       Dabei soll allen Funktionen des Waldes gleichermaßen Rechnung getragen  
1253       werden. Die Wertschöpfung der Forstwirtschaft soll weiter ausgebaut  
1254       werden. Wir werden ein Programm zur Mobilisierung weiterer  
1255       Privatwaldflächen auf den Weg bringen. Den Verkauf von landeseigenem Wald  
1256       lehnen wir ab.
  
- 1257     • Wir wollen die Gemeinschaftsforstämter erhalten und sicherstellen, dass  
1258       die Förster als Mittler zwischen privaten Waldbesitzern und der  
1259       Holzindustrie helfen, alle Waldteile nachhaltig zu nutzen. An der  
1260       eigentumsübergreifenden Holzvermarktung soll festgehalten werden. Die  
1261       Entwicklung der Thüringen Forst-Anstalt werden wir weiter unterstützen.
  
- 1262     • Wir wollen auch privatrechtliche Zusammenschlüsse von Waldbesitzern als  
1263       wichtige Säule der forstlichen Bewirtschaftung erhalten. Der Waldumbau  
1264       kann nur nachhaltig gewinnen, wenn alle Verantwortlichen für die Zukunft  
1265       der Wälder mit eingebunden werden.
  
- 1266     • Die Jagd muss sich an ökologischen und wildbiologischen Grundsätzen,  
1267       neuesten Erkenntnissen der Jagdpraxis, Werten des Tierschutzes und  
1268       Erfordernissen der Lebensmittelhygiene orientieren. Wir wollen, dass sich  
1269       die Bejagung künftig mehr am jeweiligen Waldzustand und weniger an  
1270       Abschussplänen orientiert. Damit wollen wir eine angemessene Wilddichte  
1271       erreichen und den Aufbau stabiler, vielfältig strukturierter Wälder  
1272       sicherstellen.
  
- 1273     • Wir setzen uns für hohe Qualitätsstandards und nachhaltige  
1274       Teichwirtschaften in ganz Thüringen ein. Wir unterstützen die Thüringer  
1275       Fischer:innen und Angler:innen dabei, den Lebensraum Gewässer in einen  
1276       guten Zustand zu versetzen. Dazu gehört für uns auch die Durchgängigkeit  
1277       für wandernde Fischarten.

1278 **3. Leben in einem freien und sicheren Land**

1279 Freiheit und Sicherheit sind menschliche Grundbedürfnisse. Es braucht eine  
1280 Balance zwischen ihnen, die nicht immer einfach auszuhandeln ist, aber das  
1281 Herzstück einer demokratischen Gesellschaft bildet. Das Leben in einem sicheren  
1282 Land, welches die Freiheit schützt und Recht durchsetzt, ist Basis eines  
1283 handlungsfähigen Staates. Wir Sozialdemokrat:innen wollen Sicherheit so  
1284 organisieren, dass sie Freiheit gewährleistet. Es ist unser Anspruch, dass alle  
1285 Menschen in Thüringen sicher sind und sich auch sicher fühlen können, unabhängig  
1286 von Hautfarbe, sexueller Orientierung oder politischen Einstellung.

1287 Neben der Ermutigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und der  
1288 Präventionsarbeit von Vereinen und Initiativen ist es uns genauso wichtig,  
1289 Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz- und Rettungsorganisationen sowie die  
1290 kommunalen Ordnungsdienste zu stärken. Wer sie angreift, greift unsere  
1291 demokratische Gesellschaft an. Wir stehen fest an der Seite derer, die sich  
1292 täglich in Haupt- und Ehrenamt für ein demokratisches Thüringen einsetzen und  
1293 es vor Angriffen schützen.

## 1294 **3.1 Eine starke Polizei – analog und digital**

1295 Die Menschen im Freistaat Thüringen leben sicher. Dafür sorgt eine starke und  
1296 moderne Polizei vor Ort und im Netz. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür  
1297 gesorgt, dass die Polizist:innen unseres Landes gut ausgestattet und ausgebildet  
1298 auf alle Herausforderungen reagieren können. Hinzu kommen Verbesserungen bei den  
1299 Beförderungsmöglichkeiten, der Bezahlung und dem Gesundheitsmanagement. Mit  
1300 dieser Strategie waren wir erfolgreich: beispielsweise die Zahl der  
1301 Einruchsstrafaten nimmt ab, die Aufklärungsquote ist hoch. Thüringen ist  
1302 bundesweit eines der sichersten Bundesländer. Diese erfolgreiche Arbeit wollen  
1303 wir fortsetzen.

1304 Das werden wir tun:

- 1305 • Wir werden die Personalausstattung der Thüringer Polizei weiter erhöhen,  
1306 um die Präsenz in der Fläche zu verbessern. Die Zahl der Anwärter:innen im  
1307 Polizeibereich versteigen wir auf 300 pro Jahr. Durch zusätzliche Stellen  
1308 schaffen wir eine zukunftsfähige Personalstruktur für eine langfristig  
1309 leistungsfähige Thüringer Polizei. Mit einer flächendeckenden  
1310 Polizeipräsenz stärken wir das Sicherheitsempfinden unserer Bürger:innen.
  
- 1311 • Mit der Neuausrichtung des Kontaktbereichsbeamten haben wir einen  
1312 wichtigen Schritt für eine Polizei für Stadt und Land gemacht. Mit der  
1313 zügigen Besetzung der neuen Stellen schließen wir die weißen Flecken im  
1314 Freistaat und schaffen mit konkreten Ansprechpartner:innen Sicherheit an  
1315 jedem Ort.

- 1316     • Einsatzkräfte verdienen den größtmöglichen Schutz. In den letzten Jahren  
1317        haben wir sie fortlaufend mit moderner Schutzausrüstung und zeitgemäßen  
1318        Einsatzmitteln ausgestattet. Der landesweite Einsatz von Bodycams ist  
1319        dabei ein wesentliches Element und dient dem Schutz unserer Einsatzkräfte  
1320        und der Beweissicherung. Wir unterstützen Gesetzesinitiativen zur  
1321        Verschärfung von Straftatbeständen zum Schutz von Polizei- Einsatz und  
1322        Rettungskräften.
  
- 1323     • Wir machen den Polizeiberuf noch attraktiver. Neben einer guten Besoldung  
1324        bieten wir gute Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten. Für  
1325        Kriminalisten richten wir spezielle Ausbildungsmodule ein – die  
1326        Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern werden wir intensivieren.
  
- 1327     • Polizeidienststellen gehören zur Grundinfrastruktur der öffentlichen  
1328        Daseinsvorsorge. Den Investitionsstau bei der Sanierung von  
1329        Polizeiliegenschaften werden wir durch ein Investitionsprogramm  
1330        beseitigen.
  
- 1331     • Die begonnene Entwicklung des Bildungszentrums Meiningen hin zu einem  
1332        modernen Campus setzen wir mit Hochdruck fort. Während der Ausbildung  
1333        sollen verstärkt demokratische Grundwerte vermittelt werden.  
1334        Polizeidienstanwärter:innen sollen sensibilisiert werden für  
1335        unterschiedliche Arten von Diskriminierung. Von Beginn der Ausbildung an  
1336        muss eine selbstkritische und offene Kultur in der Polizei gepflegt  
1337        werden. Nur so kann sich der Polizeidienst weiterentwickeln und sich  
1338        Anwärter:innen zukünftig sicher im Einsatzgeschehen bewegen. Damit  
1339        schaffen wir moderne Unterrichtsmethoden und Unterbringungsmöglichkeiten.  
1340        Mit der Fusion der Bildungseinrichtungen, Bildungszentrum und  
1341        Fachhochschule legen wir den Grundstein für eine leistungsfähige Struktur  
1342        und attraktive Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte.
  
- 1343     • Im Kampf um die besten Köpfe werden wir mit der Einführung der freien  
1344        Heilfürsorge für alle Polizist:innen, der Ruhegehaltsfähigkeit der  
1345        Polizeizulage und eines grundlegend zu novellierenden den aktuellen  
1346        Bedürfnissen Zulagensystems für die faire Vergütung eines anspruchsvollen  
1347        Jobs sorgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir mit  
1348        angepassten Einsatzzeiten und speziellen Betreuungsangeboten verbessern.  
1349        Wir verurteilen jegliche Art von Übergriffen sowie Mobbing und  
1350        unterstützen die Entwicklung und Etablierung von Awareness- und  
1351        Präventionsstrukturen, die so etwas wirksam verhindern. Der Schutz der  
1352        Auszubildenden steht dabei an oberster Stelle.
  
- 1353     • Den Frauenanteil in Führungspositionen der Polizei wollen wir deutlich  
1354        erhöhen. Dazu werden wir ein Mentoring-Programm für gezielte  
1355        Frauenförderung aufsetzen. Außerdem wollen wir noch mehr Menschen mit

1356 unterschiedlichem kulturellem und persönlichem Hintergrund für den  
1357 Polizeiberuf ansprechen, um die Pluralität der Gesellschaft auch in den  
1358 Sicherheitsbehörden abzubilden. Besonders Menschen mit unterschiedlichen  
1359 Sprachkenntnissen sollen angesprochen werden, da klare und gute  
1360 Kommunikation die Basis jeder Polizeiarbeit ist.

- 1361 • Es darf keine rechtsfreien Räume in der digitalen Welt geben. Der  
1362 zunehmenden Verrohung im Internet und der Verlagerung von Straftaten in  
1363 den Cyberraum werden wir nicht tatenlos zusehen. Wir wollen dem Beispiel  
1364 anderer Länder durch die Einrichtung eines Studiengangs zum IT-Ermittler  
1365 folgen. Mit einem verstärkten Fortbildungsprogramm wollen wir zudem eigene  
1366 IT-Fachkräfte und IT-Kriminalisten aufbauen.
- 1367 • Die Digitalisierung der Thüringer Polizei treiben wir mit voller Kraft  
1368 voran. Deshalb haben wir die Online-Wache eingeführt und werden ihre  
1369 Einsatzmöglichkeiten weiter ausbauen. Die Ausstattung der Polizist:innen  
1370 mit aktuellen digitalen Endgeräten werden wir unter Beachtung hoher  
1371 Sicherheitsstandards weiter fortführen. Gefahrenlagen und  
1372 Kriminalitätsphänomene ändern sich rasant und ihre Bekämpfung bedarf  
1373 zeitgemäßer rechtlicher Handlungsgrundlagen. Die Angriffe auf IT-Systeme  
1374 von Bürger:innen, Verwaltung und Unternehmen nehmen stetig zu. Wir statthen  
1375 Ermittler:innen technisch und rechtlich so aus, dass sie auch bei immer  
1376 größeren Datenbeständen zügig und genau ermitteln können. Möglichkeiten  
1377 der Künstlichen Intelligenz setzen wir dabei an geeigneter Stelle ein,  
1378 beispielsweise bei der schwierigen und wichtigen Bekämpfung von  
1379 Kinderpornografie.
- 1380 • Wir richten ein Thüringer Cybersicherheitszentrum ein. In diesem sollen  
1381 sich alle Thüringer Stellen, die sich um den Schutz von IT-Systemen  
1382 befassen eng und regelmäßig austauschen, um Staat, Wirtschaft und  
1383 Bürger:innen besser vor Angriffen aus dem Netz zu schützen.
- 1384 • Wir verurteilen Gewaltstraftaten gegen Frauen – insbesondere Femizide. Wir  
1385 sehen in dem besseren Schutz von Frauen ein Schwerpunkt polizeilichen  
1386 Handelns und werden entsprechende Handlung- und Interventionsansätze  
1387 optimieren. Weiterhin sollen Polizist:innen während und nach ihrer  
1388 Ausbildung intensiver für Hasskriminalität gegen Frauen sensibilisiert  
1389 werden. Niemand darf in Thüringen bei Fällen von sexueller Gewalt das  
1390 Gefühl bekommen von den Sicherheitsbehörden nicht ernstgenommen zu werden.  
1391 Gegenüber dem Bund werden wir uns für eine Änderung des Strafgesetzbuches  
1392 einsetzen, damit insbesondere Femizide künftig härter bestraft werden.
- 1393 • Im Rahmen eines Modellprojektes wollen wir Erfahrungen in der  
1394 falldatenbasierten Verbrechensbekämpfung im Deliktfeld der Wohnungs- und  
1395 Ladeneinbrüche sammeln.

- 1396     • Wenige Mehrfach- und Intensivtäter:innen begehen einen großen Teil der  
1397        Straftaten in unserem Land. Damit stellen sie eine große Herausforderung  
1398        für Polizei, Justiz und andere Behörden dar. Wir evaluieren die Konzepte  
1399        zum Umgang mit diesen Täter:innen, um zum besseren Schutz der Bevölkerung  
1400        alle behördlichen Möglichkeiten auszunutzen.
  
- 1401     • Eine konsequente und erfolgreiche Deradikalisierungsarbeit ist der beste  
1402        Schutz vor terroristischen Gefahren. Die bestehenden Ansätze in den  
1403        Sicherheitsbehörden wollen wir überprüfen und die Deradikalisierungsarbeit  
1404        fachlich übergreifend ausgestalten.
  
- 1405     • Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Korruption, Betrug und Untreue stellen  
1406        für Sozialdemokrat:innen nicht nur eine Gefahr für ehrliche Bürger:innen  
1407        und die sozialen Sicherungssysteme dar, sondern gefährden den sozialen  
1408        Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität  
1409        werden wir die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für unsere  
1410        Polizeibeamt:innen intensivieren.
  
- 1411     • Unsere erfolgreiche Präventionsarbeit setzen wir fort. Wir nehmen  
1412        Unsicherheiten und Ängste ernst und ergreifen gezielte  
1413        Präventionsmaßnahmen, um das Sicherheitsempfinden unserer Bürger:innen zu  
1414        stärken und Straftaten zu verhindern. Die bestehenden Präventionsangebote  
1415        halten wir uneingeschränkt aufrecht. Mit der Einrichtung des  
1416        Landespräventionsrates haben wir die Arbeit der unterschiedlichen  
1417        Akteur:innen erfolgreich vernetzt und Impulse gesetzt.
  
- 1418     • Wir werden eine positive Fehlerkultur innerhalb der Polizei weiter  
1419        fördern. Es ist wichtig, dass es auch innerhalb der polizeilichen  
1420        Strukturen möglich ist, über Fehler im Einsatz und Unsicherheiten im  
1421        Vorgehen zu sprechen. Supervision und Beratungsangebote ermöglichen es,  
1422        Vorgehensweisen zu reflektieren und innerhalb der Dienstgruppe zu  
1423        verbessern. Wir werden den Thüringer Polizeidienststellen Mittel zur  
1424        Verfügung stellen, die Selbstreflexion und Selbstkritik in einem  
1425        geschützten Raum ermöglichen. Dazu dient auch eine  
1426        Polizeivertrauensstelle, die Bürger:innen und Polizist:innen gleichermaßen  
1427        als Anlaufstelle dienen soll und Anonymität und Vertraulichkeit  
1428        gewährleistet.
  
- 1429     • Wir werden, gemeinsam mit den Berufsvertretungen, eine Studie über  
1430        Demokratiefeindlichkeit und Rassismus in den Sicherheitsbehörden auf den  
1431        Weg bringen. Wir lassen nicht zu, dass sich rechtsextremistische  
1432        Glutnester in den demokratischen Institutionen ausbreiten. Mit dem  
1433        Sozialkompetenzzentrum stärken wir in Lehre und Fortbildung die  
1434        demokratische Resilienz. Präventionsangebote in der Aus- und Fortbildung  
1435        werden wir weiter ausbauen.

1436

### 3.2 Feuerwehr und Katastrophenschutz

1437 Der Brand- und Katastrophenschutz und die Rettungsdienste sind ein wichtiger  
1438 Pfeiler der Inneren Sicherheit in Thüringen. Die 60.000 Mitglieder der  
1439 Feuerwehren und weitere 10.000 Mitglieder in Rettungsorganisationen leisten mit  
1440 ihrem ehrenamtlichen Engagement einen unersetzlichen Beitrag für ihre  
1441 Mitbürger:innen. Unser Ziel ist deshalb eine gute Ausstattung, gute Ausrüstung,  
1442 gezielte Aus- und Fortbildung sowie eine fortlaufende Nachwuchsgewinnung für die  
1443 Held:innen des Alltags.

1444

Das werden wir tun:

- 1445 • Wir wollen die Leistungen der ehrenamtlichen Helfer:innen mit einer  
1446 öffentlichkeitswirksamen Kampagne würdigen. Diese soll ihnen Anerkennung  
1447 und Respekt zeigen und vor allem junge Menschen für das Ehrenamt  
1448 begeistern. Ohne Unterstützung der Arbeitgeber:innen, Ausbildungsstätten  
1449 und Schulen geht es nicht. Die zeitlichen Herausforderungen der  
1450 Ehrenamtlichen müssen hier gezielt beleuchtet werden.
- 1451 • Die hohe Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude von Feuerwehren und  
1452 Rettungskräften werden wir durch Investitionen in der Fläche unterstützen.  
1453 Dazu gehört die persönliche Ausrüstung, die Fahrzeugausrüstung und der  
1454 Erhalt und Bau von Gerätehäusern. Wir treten für eine Erhöhung der  
1455 Fördersummen und Förderquoten seitens des Landes ein. Ein besonderes  
1456 Augenmerk soll dabei auf der sogenannten schwarz-weiß-Trennung liegen, um  
1457 Brandkrebs vorzubeugen.
- 1458 • Durch Investitionen in Infrastruktur und Lehrangebote, insbesondere mit  
1459 Blick auf klima- oder technologiebasierten Veränderungen der  
1460 Einsatzszenarien werden wir die Thüringer Landesfeuerwehr- und  
1461 Katastrophenschutzzschule weiterentwickeln. Dabei setzen wir das Projekt  
1462 TLFKS 2.0 fort, indem sich modernisierte Anlagen und dezentrale Ausbildung  
1463 vereinen.
- 1464 • Wir werden die zentrale Beschaffung von Feuerwehrausrüstung erweitern und  
1465 so versuchen die Beschaffung der Feuerwehrfahrzeuge in Zweckverbänden oder  
1466 auf Landesebene zu bündeln und Kostenvorteile zu erreichen, von denen  
1467 Kommunen und ihre Feuerwehren profitieren.
- 1468 • Mit der Stabilisierung der deutschlandweit einzigartigen Feuerwehrrente  
1469 und der Erhöhung der Entschädigungssätze in Feuerwehren haben wir ein  
1470 starkes Zeichen der Anerkennung gesetzt. Dieses wollen wir der Schaffung  
1471 einer Helfer:innenprämie fortsetzen, die für 10 aktive Dienstjahre eine  
1472 500 €-Prämie vorsieht.

- 1473 • Wir haben der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) im Freistaat eine  
1474 tragfähige Struktur gegeben. Diese wollen wir ausbauen und stärken, damit  
1475 PSNV-Kräfte durch professionelle Schulung und Vernetzung unterstützt  
1476 werden. So können Einsatzkräfte im Ernstfall umfassend psychologisch  
1477 betreut werden.
- 1478 • Die integrierten Leitstellen sind ein zentrales Element für eine effektive  
1479 Alarmierung und Steuerung von Einsätzen der Feuerwehren und  
1480 Rettungsdienste. Mit der Schaffung der neuen Leitstellenstruktur in  
1481 kreisübergreifenden Verbünden haben wir die Weichen für die Zukunft  
1482 gestellt. Die Arbeit für moderne Alarmierungsstrukturen werden wir  
1483 fortsetzen und uns für die regelmäßige Durchführung des bundesweiten  
1484 Alarmtages einsetzen.
- 1485 • Der Schutz Kritischer Infrastrukturen und ein leistungsfähiger  
1486 Bevölkerungsschutz ist in den letzten Jahren zu Recht stark in den Fokus  
1487 gerückt. Wir intensivieren den Schutz dieses Rückgrats unseres  
1488 Gemeinwesens, stellen die Umsetzung der Schutzmaßnahmen bei privaten und  
1489 öffentlichen Stellen sicher und setzen uns weiter für eine angemessene  
1490 Beteiligung des Bundes an dieser Aufgabe ein.

### 1491 **3.3 Kampf für Demokratie**

1492 Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Erfolge beim Kampf gegen  
1493 rechtsextremistische Veranstaltungen und Strukturen erzielen können. Feinden der  
1494 Demokratie, der Verfassung und der Menschenrechte, dem Extremismus jeglicher Art  
1495 werden wir uns auch weiterhin entschieden entgegenstellen.

1496 Politische Bildung und Demokratiearbeit sind für uns stetige gesellschaftliche  
1497 und politische Aufgaben. Um dieser Aufgabe nicht nur gerecht zu werden, sondern  
1498 auch deren Bedeutung anzuerkennen, werden wir ein Demokratiefördergesetz  
1499 beschließen. Programme, Projekte, Konzepte, Vorhaben etc. brauchen, um wirken zu  
1500 können, eine langfristige Planungssicherheit und damit unumgänglich eine  
1501 finanzielle Absicherung. In diesem Zusammenhang müssen auch die bestehenden  
1502 Landesprogramme auf ihre Förderung sowie ihre inhaltliche Ausrichtung evaluiert  
1503 werden. Neue Herausforderungen und Bedrohungen unserer Freiheit und Demokratie,  
1504 wie digitaler Faschismus, Desinformationen, Verschwörungserzählungen, rechter  
1505 Terror in Thüringen oder Radikalisierungen im Zuge der Corona-Pandemie als auch  
1506 Zielgruppen, wie Migrant:innenselbstorganisationen, müssen mit aufgenommen  
1507 werden. An dieser Neugestaltung darf deshalb nicht ausschließlich  
1508 regierungsintern gearbeitet, sondern die Zivilgesellschaft muss adäquat daran  
1509 beteiligt werden.

1510 Wir werden zivilgesellschaftliche Akteur:innen unterstützen, indem wir

- 1511     • ihre, oftmals ehrenamtliche Tätigkeit erleichtern, indem bürokratische  
1512       Hürden abgebaut werden. Dort wo Zivilgesellschaft, Staat, Behörden  
1513       zusammenarbeiten entstehen Partner:innenschaften, die nachhaltig wirken  
1514       können.
  
- 1515     • ihre Arbeit würdigen: sie verteidigen in verschiedenster Form die  
1516       demokratischen Grundlagen unserer pluralen Gesellschaft, wirken sozial und  
1517       solidarisch. Es gilt sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu bestärken.
  
- 1518     • ihre Arbeit nicht nur anerkennen, sondern deren weite Perspektiven auf  
1519       Landesebene auch im Rahmen eines institutionalisierten Austauschs mit der  
1520       Regierung und dem Landtag einbinden. Deshalb fordern wir, dass  
1521       Zivilgesellschaft und die zuständigen politischen Vertreter:innen  
1522       regelmäßig gemeinsam an einem Tisch zusammenkommen, um sich über aktuelle  
1523       gesellschaftliche Problemlagen auszutauschen.
  
- 1524     • im Kampf gegen die extreme Rechte bei Behörden und Verwaltung für eine  
1525       verbesserte Anerkennung der Perspektive von zivilgesellschaftlichen  
1526       Akteur:innen werben, so dass die Zusammenarbeit beispielsweise bei der  
1527       Organisation und Durchführung von Demonstrationen erleichtert wird.
  
- 1528     • mit ihnen, Akteur:innen aus Staat und Wissenschaft gemeinsam an einer  
1529       langfristigen Demokratie-Förderstrategie und ihrer kontinuierlichen  
1530       Fortentwicklung arbeiten.
  
- 1531     • Wir verstetigen und bauen das Thüringer Landesprogramm für Demokratie,  
1532       Toleranz und Weltoffenheit als wertvolle Unterstützung der  
1533       Demokratieförderung aus. Wir werden das Thüringer Demokratiefördergesetz  
1534       einführen, um so bewährten Projekten des Engagements zur  
1535       Demokratieförderung und politischen Bildung eine verlässliche und  
1536       langfristige Ausfinanzierung zu ermöglichen und wiederkehrenden  
1537       Verwaltungsaufwand zu reduzieren

1538 Außerdem werden wir konsequent an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der  
1539 Untersuchungsausschüsse zu den NSU-Morden 5/1 und 6/1 als auch der Enquete-  
1540 Kommission gegen Rassismus und Diskriminierungen 6/1 weiterarbeiten und die  
1541 demokratiefördernde und rassismus- und diskriminierungskritische Bildungsarbeit  
1542 an Schulen, in der außerschulischen Bildung und in Organisationen und Behörden  
1543 stärken.

1544 Das werden wir tun:

- 1545     • Wir setzen uns für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei  
1546       Landtagswahlen auf 16 Jahre und des passiven Wahlalters bei

1547 Bürgermeister:innen- und Landrät:innenwahlen ein, um junge Menschen  
1548 möglichst früh an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen

- Wir werden eine „Koordinierungsstelle für Demokratiebildung an Schulen“ einrichten. Seit Jahrzehnten gibt es Modellprojekte, die Kitas und Schule als Lernorte für Demokratie erproben, nun kommt es darauf an, flächendeckend für ein Angebot der Demokratiebildung an Thüringer Schulen zu sorgen.
  - Wir werden uns für ein passives und aktives Wahlrecht für Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene einsetzen, um diesen Menschen die Einbindung in den politischen Diskurs aktiver zu ermöglichen und Potentiale für die gesellschaftliche Beteiligung zu heben. Dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen soll so politische Teilhabe und Mitwirkung ermöglicht werden.
  - Das Amt für Verfassungsschutz muss weiter personell und materiell angemessen ausgestattet sein, um den wachsenden Aufgaben zum Schutz unserer Demokratie gerecht zu werden. Eine ausreichende parlamentarische Kontrolle ist dabei weiterhin zu gewährleisten.
  - Mit der Einrichtung der Task-Force Versammlungslagen konnten wir Landkreise und Kommunen bei teilweise komplizierten Rechtsfragen beraten und sie in die Lage versetzen, sich insbesondere gegen Veranstaltungen der extremen Rechten zur Wehr zu setzen. Diese erfolgreiche Arbeit setzen wir fort und entwickeln sie weiter.
  - Um bei Konflikten in Kommunen den Dialog und demokratische Problemlösungen zu unterstützen sowie Radikalisierungen und Populismus vorzubeugen, werden wir Angebote der kommunalen Konfliktberatung verstetigen und ausbauen.
  - Kampf gegen Hass und Hetze im Netz – Das Internet erlaubt durch seine Anonymität oft radikale Äußerungen, die manchmal auch in schreckliche Taten umschlagen können. Wir unterstützen die Gesetzinitiativen auf Bundesebene zur besseren Bekämpfung dieser Phänomene. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Medienverantwortliche werden wir intensivieren. Wir schaffen die personelle Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaft, um Strafverfahren schnell abzuschließen.
  - Rechte Demokratiefeind:innen werden wir konsequent aus dem öffentlichen Dienst entfernen.
  - Wir setzen uns weiterhin für die Entwaffnung von Rechtsextremist:innen

1583 ein.

- 1584 • Für alle Fördermaßnahmen des Landes wird künftig der Grundsatz gelten:  
1585 Keine öffentlichen Mittel für rechte Demokratiefeind:innen. Wer staatliche  
1586 Hilfen beantragt, muss sich deshalb auf den demokratischen Grundkonsens  
1587 verpflichten. Damit verhindern wir, dass Fördermittel indirekt zur  
1588 Unterstützung demokratiezersetzender Unternehmungen eingesetzt werden.

## 1589 **3.4 Justiz**

1590 Wir Sozialdemokrat:innen sind stolz auf unseren demokratischen Rechtsstaat, der  
1591 die Würde des Menschen an erste Stelle setzt. Wir stehen für eine moderne,  
1592 leistungsfähige und bürgernahe Justiz. Nur Reiche können sich einen schwachen  
1593 Staat leisten. Wir wollen, dass Straftaten schnell aufgeklärt und konsequent  
1594 geahndet werden. Die Bürger:innen haben ein Recht darauf, ihre Ansprüche zügig  
1595 durchzusetzen. Wir verteidigen unseren Rechtsstaat gegen Bedrohungen und gegen  
1596 die zunehmende Radikalisierung. Extremismusbekämpfung und Prävention, aber auch  
1597 unser Einsatz gegen Hass und Hetze sind wichtige Felder der Justizpolitik. Die  
1598 Opfer von Straftaten stehen bei uns im Mittelpunkt und verdienen Würdigung und  
1599 Unterstützung. Die zunehmende Digitalisierung der Justiz und der Verwaltung  
1600 bietet eine Vielzahl von Chancen sowohl für die Bürger:innen als auch für die  
1601 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen den Weg der Digitalisierung und der  
1602 modernen Kommunikation in der Justiz weiter beschreiten und diesen vorantreiben.

1603 Das werden wir tun:

- 1604 • Wir sorgen für eine Einstellungsoffensive für Justizbedienstete mit  
1605 modernen Werbe- und Einstellungsverfahren. Wir stocken die Einstellungen  
1606 bei der Justiz auf, um die Personalverstärkungen bei der Polizei auf die  
1607 Justiz nachzuziehen und den Generationenwechsel abzufedern.
- 1608 • Wir verbessern die Attraktivität der Arbeit in der Justiz durch moderne  
1609 Arbeitsmodelle, die die weitere Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und  
1610 verbesserte Altersteilzeitregelungen, durch den verstärkten,  
1611 flächendeckenden Einsatz des mobilen Arbeitens und durch ein umfassendes  
1612 Personalentwicklungskonzept.
- 1613 • Wir haben die richterliche Mitbestimmung in der Thüringer Justiz deutlich  
1614 ausgebaut. Die neu geschaffenen Verfahren und Instrumente sind mit Leben zu  
1615 erfüllen, zu evaluieren und fortzuentwickeln.
- 1616 • Wir stehen für den Erhalt der Justizstandorte mit allen ihren Gerichten  
1617 für unsere Bürger:innen

- 1618     • Bei den Staatsanwaltschaften verstärken wir die Bereiche für organisierte  
1619       Wirtschafts-, Internet- und Staatsschutzkriminalität und stärken die  
1620       Vermögensabschöpfung für kriminell erlangte Gewinne.
- 1621     • Wir setzen die angestoßene Modernisierung der IT-Infrastruktur mit der  
1622       Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz zügig mit einem  
1623       straffen Projektmanagement um und ermöglichen flächendeckend  
1624       Videovernehmungen, Videokonferenzen und Videoanhörungen.
- 1625     • Prävention ist die beste Sicherheitspolitik. Durch einen landesweiten  
1626       Ausbau der regionalen Präventionsstrukturen wollen wir Straftaten  
1627       vorbeugen. Dazu gehört auch der flächendeckende Aufbau von Jugendstationen  
1628       analog zu den erfolgreichen Modellprojekten in Jena und Gera.
- 1629     • Immer mehr ältere Mitmenschen werden Opfer von Straftätern (z.B.  
1630       Enkeltrick). Außerdem verlagert sich das Kriminalitätsgeschehen stark ins  
1631       Netz. Um Menschen jeden Alters vor Kriminalität zu schützen, legen wir  
1632       eine nachhaltige Präventionsstrategie mit den Schwerpunkten „Cybercrime“  
1633       und „Kriminalität gegen Senioren“ auf.
- 1634     • Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung werden wir konsequent nutzen.  
1635       Mit einem engen Austausch zwischen Justiz und Polizei gehen wir gegen das  
1636       Phänomen von Mehrfach- und Intensivstraftätern vor.
- 1637     • Justizvollzug weiter modernisieren. Wir Sozialdemokrat:innen stehen für  
1638       einen progressiven, menschenwürdigen und dem Ziel der Resozialisierung  
1639       verpflichteten Strafvollzug. Wir Thüringer Sozialdemokrat:innen haben 2014  
1640       in Regierungsverantwortung mit der Verabschiedung des Thüringer  
1641       Justizvollzugsgesetzbuches den modernen Justizvollzug in Thüringen  
1642       entscheidend geprägt, welches wir forschreiben möchten.
- 1643     • Nur mit einer ausreichenden Personalausstattung in den  
1644       Justizvollzugseinrichtungen, in den Fachdiensten ebenso wie im allgemeinen  
1645       Vollzugsdienst gelingt ein moderner Justizvollzug. Zur Gewinnung von  
1646       qualifizierten und motivierten Nachwuchskräften werden wir die  
1647       Attraktivität des Berufsfeldes „Justizvollzug“ steigern. Hierzu setzen wir  
1648       uns für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, eine moderne Ausrüstung,  
1649       eine gezielte Personalentwicklung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, eine  
1650       verbesserte Besoldungs- und Beförderungssituation, insbesondere die  
1651       Verbesserung der Anwärterbesoldung durch die Wiedereinführung eines  
1652       Anwärtersonderzuschlages, ein.
- 1653     • Die Bildungs- und Beschäftigungsangebote für Gefangene wollen wir auf  
1654       hohem Niveau erhalten. Die Möglichkeiten, eine Ersatzfreiheitsstrafe in  
1655

1656 der Haft abzuarbeiten, wollen wir ausweiten. Zudem sind wir überzeugt,  
1657 dass die Bedingungen in Haft mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in  
1658 Freiheit mithalten müssen. Digitalisierung und demografischer Wandel  
1659 dürfen nicht vor den Toren der Haftanstalten enden. Die Bereitstellung  
1660 digitaler Medien und Bildungsangebote für Gefangene wollen wir prüfen. Die  
1661 Möglichkeiten des elektronischen Besuchs wollen wir ausbauen. Die  
1662 Situation älterer Gefangener in Haft wollen wir ebenfalls verbessern.  
Dabei werden wir auf die Erfahrungen anderer Länder zurückgreifen.

- 1663 • Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf eine stärkere  
1664 Berücksichtigung der Opferperspektive und den Ausgleich der Tatfolgen  
1665 während der Inhaftierung legen.
- 1666 • Um den Übergang der Gefangenen in die Freiheit zu erleichtern, wollen wir  
1667 das professionelle Übergangsmanagement gesetzlich verankern.
- 1668 • Die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten wollen wir u. a. durch eine  
1669 Verbesserung der medizinischen, insbesondere psychiatrischen Versorgung,  
1670 zum Beispiel durch eine Kooperation mit dem Maßregelvollzug, erhöhen.
- 1671 • An dem Gemeinschaftsprojekt mit dem Freistaat Sachsen „JVA Zwickau-  
1672 Marienthal“ halten wir deshalb fest. Der hierfür vorgesehene  
1673 Personalübergang muss sozialverträglich, transparent und im Einvernehmen  
1674 mit den betroffenen Bediensteten erfolgen. Die sinnvolle Nachnutzung  
1675 künftig wegfallender Justizvollzugseinrichtungen werden wir ergebnisoffen  
1676 prüfen. In die Prüfung werden wir bestehende Bedarfe, zum Beispiel in den  
1677 Bereichen Sicherungsverwahrung und seniorengerechter Vollzug, mit  
1678 einbeziehen.
- 1679 • Neben dem Justizvollzug ist die ambulante Straffälligenhilfe mit den  
1680 Sozialen Diensten in der Justiz und den Vereinen der freien  
1681 Straffälligenhilfe die wichtigste Säule der Resozialisierung von  
1682 Straffälligen in Thüringen. Durch eine Stärkung tragen wir aktiv dazu bei,  
1683 dass Inhaftierungen von Straffälligen ebenso wie weitere Straftaten  
1684 vermieden werden. Somit wird der Resozialisierungsprozess von  
1685 Straffälligen verbessert und ein wichtiger Anteil zur inneren Sicherheit  
1686 geleistet.
- 1687 • Gerade die Mitarbeiter:innen der Sozialen Dienste in der Justiz leisten  
1688 als staatliche Institution in den Bereichen der Bewährungs- und  
1689 Gerichtshilfe sowie der Führungsaufsicht einen erheblichen Anteil zur  
1690 Vermeidung neuer Straftaten. Wir setzen uns für eine auskömmliche  
1691 personelle Ausstattung der Sozialen Dienste in der Justiz ein. Damit  
1692 gewährleisten wir, dass die qualitativ hochwertige Tätigkeit weiter  
1693 verbessert wird und mehr Zeit für die Hilfe und Kontrolle der

- 1694 Straffälligen zur Verfügung steht. Ebenfalls erachten wir eine  
1695 Verbesserung der technischen Ausstattung für notwendig. Mobiles Arbeiten  
1696 ist gerade im ländlichen Raum unerlässlich, um Straffällige auch im  
1697 häuslichen Umfeld begleiten zu können.
- 1698 • Neben den staatlichen Institutionen leisten die Vereine der freien  
1699 Straffälligenhilfe einen enormen Anteil in der Arbeit. Sie vermitteln und  
1700 begleiten in der Ableistung gemeinnütziger Arbeit und bieten  
1701 spezialisierte Beratungsangebote an. Hinzu kommen Angebote für Soziale  
1702 Trainingskurse. Für uns als Sozialdemokrat:innen ist es ein wichtiges  
1703 Anliegen, die bestehenden Strukturen in Thüringen weiter zu festigen und  
1704 auszubauen. Hierzu gehört die Schaffung einer Förderstruktur und -praxis,  
1705 die es ermöglicht, Modellprojekte voll zu finanzieren. Somit werden  
1706 Anreize für die Fortentwicklung in diesem wichtigen Bereich geschaffen.
- 1707 • Wir solidarisieren uns mit den Opfern rassistischer Überfälle. Es darf  
1708 nicht passieren, dass Opfer als Täter:innen behandelt werden, medial als  
1709 solche inszeniert werden und derartige, die Grundfesten unserer Demokratie  
1710 verletzende Überfälle nicht zeitnah und vollständig aufgeklärt werden.
- 1711 • Kommunale Amts- und Mandatsträger:innen sind zentrale Akteur:innen unserer  
1712 Demokratie. Sie sind vermehrt Anfeindungen ausgesetzt. Als Demokrat:innen  
1713 dulden wir das nicht. Das öffentliche Interesse muss in diesen Fällen  
1714 stets anerkannt werden. Bestehende Beratungsangebote wollen wir bündeln  
1715 und ausfinanzieren.
- 1716 • (Weiter-)Lernen ermöglichen – für die persönliche Entwicklung und die  
1717 berufliche Qualifikation. Für einen sensiblen und bedarfsgerechten Umgang  
1718 des entsprechenden Fachpersonals der Justiz mit von Rassismus und  
1719 Diskriminierung betroffenen Personen sind fundierte Grundlagen zu  
1720 rassistischen und diskriminierenden Sachverhalten und Tatmotiven  
1721 unerlässlich. Wir bauen daher das Fortbildungsprogramm für Richter:innen  
1722 und Staatsanwält:innen hinsichtlich des Umgangs mit rassistisch  
1723 motivierten Straftaten weiter aus.

## 1724 **3.5 Verbraucher:innenschutz**

1725 Verbraucher:innen stehen häufig einer hohen Marktmacht einzelner Unternehmen  
1726 gegenüber. Die Zusammensetzung der Nebenkostenabrechnung, die angekündigte  
1727 Mieterhöhung oder Verträge mit Medien- und Kommunikationsanbietern verunsichern  
1728 und überfordern viele Bürger:innen. Wir wollen Verbraucher:innen schützen durch  
1729 Regeln und Organisationen. Wir sehen die Verbraucherzentrale als einen  
1730 unverzichtbaren Partner beim Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Gerade  
1731 in Zeiten von sich verändernden Märkten und hoher Inflation brauchen  
1732 Bürger:innen Sicherheit und Schutz vor Abzocke und unlauteren Methoden.

1733 Das werden wir tun:

- 1734 • Der Beratungsauftrag der Verbraucherzentrale Thüringen – unabhängig von  
1735 wirtschaftlichen Interessen – ist angesichts der immer unübersichtlicheren  
1736 Märkte als Gegengewicht für den Verbraucher dringender denn je. Wir wollen  
1737 die Finanzierung der Verbraucherzentrale angemessen erhöhen, um den  
1738 bestehenden Beratungsumfang auszubauen, insbesondere im Hinblick auf  
1739 Beratung in leichter Sprache und in unterschiedlichen Fremdsprachen. Die  
1740 Finanzierung der Verbraucherzentrale wird in den kommenden Jahren auch die  
1741 Preisentwicklung berücksichtigen. Dabei soll vor allem die institutionelle  
1742 Förderung verstärkt werden, um die Verbraucherzentrale unabhängiger zu  
1743 machen.
- 1744 • Sonntagsarbeit belastet Arbeitnehmer und Familien. Der Sonn- und  
1745 Feiertagsschutz ist ein wichtiges Gut. Deshalb werden wir Sonntagsarbeit  
1746 auf ein erforderliches Minimum begrenzen. Wir wollen gemeinsam mit den  
1747 Gewerkschaften das Bundesarbeitszeitgesetz ändern, um den Sonn- und  
1748 Feiertagsschutz zu stärken.
- 1749 • Um den weiteren notwendigen Personalabbau verkraften zu können und um eine  
1750 effizientere Aufgabenerfüllung zu erreichen, sollen Fach-, Rechts- und  
1751 Dienstaufsicht im Bereich des Verbraucher- und Arbeitsschutzes gebündelt  
1752 werden.
- 1753 • Das Angebot an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen nimmt ständig zu und  
1754 die Hersteller agieren zunehmend überregional. Hinzu kommen immer neue  
1755 Verfahren der Bearbeitung von Lebensmitteln, neue Materialien und  
1756 Werkstoffe, chemische Substanzen usw. Die zunehmende Produktvielfalt  
1757 verlangt eine höhere Spezialisierung und eine vertiefte Erfahrung der  
1758 amtlichen Überwachung. Diese Spezialisierung ist nicht für alle Aufgaben  
1759 durch die kommunalisierte Überwachung zu leisten. Vor allem die  
1760 Kleinteiligkeit der kommunalen Strukturen verhindert eine Spezialisierung.  
1761 Wir wollen spezialisierte und überregionale Kontrollteams in den Bereichen  
1762 schaffen, für deren Überwachung den Landkreisen und kreisfreien Städten  
1763 das notwendige Spezialwissen fehlt. Ebenfalls auf den Prüfstand gehört  
1764 aber auch die Option einer Rückverstaatlichung von Aufgaben und  
1765 Zuständigkeiten der Veterinär-, Lebensmittelüberwachungs- und Umweltämter.
- 1766 • In vielen Bereichen versagt die Selbstregulation des Marktes, bestehen  
1767 Vollzugsdefizite bei der Marktüberwachung oder werden Verbraucher durch  
1768 „Abzockstrategien“ systematisch geschädigt. Hier fehlen die notwendigen  
1769 Marktwächter. Für bestimmte Fragen brauchen wir daher zur Unterstützung  
1770 der Verbraucher und der staatlichen Überwachung auch kollektive  
1771 Klagerechte. Wir treten auf Bundesebene für Klagerechte von  
1772 Verbraucherschutzorganisationen z.B. der Verbraucherzentralen ein. Wir

1773 wollen Klagerechte für Verbraucherorganisationen z.B. gegen typische  
1774 „Abzockstrategien“ bei geringen Streitwerten und bei unlauterem Wettbewerb  
1775 (Mondpreise, Lockvogelangebote, falsche Preisauszeichnung).

## 1776 **4. Zusammenhalt in Stadt und Land**

1777 Wir sind davon überzeugt, dass ländliche Regionen einen hohen ökonomischen,  
1778 ökologischen, sozialen, kulturellen und demokratischen Mehrwert für unseren  
1779 Freistaat haben, auf den wir als Gesellschaft nicht verzichten können. Auf dem  
1780 Land organisieren Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben mit hoher Kompetenz,  
1781 viel Engagement und in gemeinschaftlichen Strukturen. Es gibt dort viel Wissen  
1782 und Erfahrungen, die nicht verloren gehen dürfen. Unsere Städte sind  
1783 Knotenpunkte, die für das gesamte Land Bildungs- und Kultureinrichtungen vor-  
1784 und hohe wirtschaftliche Potenziale für alle bereithalten. Wir wollen die  
1785 Lebensqualität in Thüringen erhöhen, die Natur schützen und das Gemeinwesen  
1786 stärken – der Schlüssel dafür liegt in unseren Kommunen.

### 1787 **4.1 Unsere Kommunen**

1788 Rund 90 Prozent der Fläche Thüringens zählt zum ländlichen Raum. Kultureller  
1789 Reichtum & Tourismus, Unternehmergeist & Handwerkskunst, Sport & Ehrenamt sind  
1790 hier zu Hause. Der ländliche Raum gehört zur Thüringer Identität. Gleichzeitig  
1791 lebt Thüringen auch von seinen zentralen Städten, die in die Regionen und auch  
1792 bundesweit ausstrahlen und das Bild Thüringens mitprägen.

1793 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet für uns nicht, den urbanen Raum  
1794 in ländlichen Regionen nachzuahmen und umgekehrt. Wir erkennen die besonderen  
1795 Verhältnisse jeder Region an, wollen aber dafür Sorge tragen, dass Städte und  
1796 Dörfer für jede Generation ein lebenswertes Zuhause sind.

1797 Das werden wir tun:

- 1798 • Die strategische Ausweisung von Ober- und Grundzentren hat eine hohe  
1799 Bedeutung für die Entwicklung der einzelnen Kommunen. Oberzentren müssen  
1800 überregional und langfristig gedacht werden. Die bloße Bevölkerungszahl  
1801 ist weniger entscheidend, als die mit dem Oberzentrum verbundenen  
1802 Funktionen, die in Thüringen oft überregional, also funktionsteilig  
1803 getragen werden. Oberzentren sind gerade mit Blick auf die Regionen mit  
1804 angrenzenden bevölkerungsstarken Bundesländern von entscheidender  
1805 strategischer Bedeutung, unter anderem für die Ansiedlungs- und  
1806 Infrastrukturpolitik. Die Ausweisung von Grundzentren muss auch die  
1807 perspektivische Entwicklung von Regionen in den Blick nehmen.
  
- 1808 • Die Fläche leidet insbesondere auch am Auspendeln ihrer Einwohner:innen.

- 1809 Dörfer werden zu Schlafstätten, Kleinstädte verlieren zunehmend ihren  
1810 Einzelhandel, wenn die Bevölkerung ihre wesentliche Zeit außerhalb der  
1811 kommunalen Grenzen verbringt. Neben klassischer Wirtschaftsförderung  
1812 spielt daher insbesondere auch die Ansiedlung staatlicher Institutionen  
1813 eine tragende Rolle, um die Erwerbsquote vor Ort zu stärken.
- 1814 • Kommunen übernehmen Verantwortung für eine zukunftsgerechte Kommunal- und  
1815 Raumentwicklung. Sie setzen sich aktiv für den Schutz sowie den Erhalt der  
1816 Lebensgrundlagen ein, mindern Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt und  
1817 gehen sparsam mit Flächen um. Für eine qualifizierte Innenentwicklung (z.  
1818 B. angemessene Nachverdichtung, Umnutzung, Umstrukturierung,  
1819 Flächenrecycling, ggf. Rückbau) bedarf es weiterhin personeller und  
1820 finanzieller Unterstützung. Die erfolgreiche Förderung der Klima- und  
1821 Energiemanager werden wir fortsetzen.
- 1822 • Fachkräftemangel, Demographie, Digitalisierung – die Herausforderungen der  
1823 Kommunen sind groß und kaum abschließend aufzuzählen. Um diesen Aufgaben  
1824 begegnen zu können, ist neben einer finanziellen Ausstattung, die die  
1825 kommunale Selbstverwaltung verlässlich ermöglicht, die Verwaltungsstruktur  
1826 grundlegend. Gebietszusammenschlüsse mit dem Ziel, die Verwaltung zu  
1827 stärken und gemeinsam größere Haushalte aufzustellen, die das Bündeln der  
1828 finanziellen Kraft, das Priorisieren von großen Maßnahmen, das regionale  
1829 Denken sowie das Spezialisieren von Mitarbeiter:innen ermöglicht, bleibt  
1830 für uns Priorität.
- 1831 • Neu gegliederte Gemeinden müssen beim Zuwachsen unterstützt werden.  
1832 Hierbei helfen nicht nur Gelder zum Abbau von Altschulden und Prämien, um  
1833 die Kosten des Zusammenschlusses z.B. für angleichende IT-Maßnahmen zu  
1834 schultern, sondern auch und insbesondere Unterstützung bei der Hebung von  
1835 Fördermitteln, die helfen gemeinsame Projekte der neuen  
1836 Gebietskörperschaft zeitnah zu realisieren.
- 1837 • Um flächenmäßig großen Städten und Gemeinden bei Erhalt sowie der  
1838 Bewirtschaftung der (eingemeindeten) Infrastruktur zu unterstützen, wollen  
1839 wir eine Flächenpauschale etablieren, die dem Umfang der Verkehrs-, Grün-,  
1840 und Waldfläche und den damit verbundenen Unterhaltskosten Rechnung trägt.
- 1841 • Wir stehen für eine bürokratiearme Stärkung der interkommunalen  
1842 Zusammenarbeit jenseits des aktuellen Finanzausgleichsgesetzes mit dem  
1843 Ziel des Zusammenwachsens von kommunalen Gebietskörperschaften und  
1844 Regionen. Der Fokus der interkommunalen Zusammenarbeit muss auf dem  
1845 Erreichen von Synergien und der Steigerung von Effizienz und  
1846 Bürger:innenfreundlichkeit liegen. Ziel muss es sein, langfristig eine  
1847 stabile Verwaltung zu gewährleisten, die gleichermaßen auch attraktiver  
1848 Arbeitgeber ist

- Wir setzen uns für eine digitale Fördermitteldatenbank ein, die nicht nur die vorhandenen Fördermittel aufzeigt, sondern mögliche Kombinationen mit Bundesmitteln etc. mitdenkt und Verwaltungsmitarbeiter:innen entlastet. Die Kommunalberatung wollen wir fortsetzen. Sie unterstützt die kommunale Familie kostenfrei beim Umsetzen geförderter Projekte.
- Zusätzlich zu einer Fördermitteldatenbank gilt es, den Kommunen dauerhaft mit investiven Zuweisungen zu helfen, den Investitionsstau planbar abzutragen. Dafür ist eine Priorisierung unerlässlich. Um Eigenmittel auch kurzfristig abbilden zu können, wollen wir einen Fond einrichten, der akut fehlende Eigenmittel als zinsgünstige Darlehen ausreicht. So erhöhen wir die Planungssicherheit in der kommunalen Familie und stärken die kommunale Selbstverwaltung. Die jährlich mit dem Finanzausgleich ausgereichte Investitionspauschale wollen wir mit Blick auf steigende Preise dynamisieren.
- Die Kur- und Erholungsorte sind ein prägender Teil der touristischen Landschaft Thüringens. Wir sprechen uns für eine stetige und verlässliche finanzielle Unterstützung dieser Orte aus. Dabei gilt es insbesondere in den Blick zu nehmen, dass die Kurorte keine Möglichkeit haben im gleichen Maß auf Gewerbesteuereinnahmen zurückzugreifen, wie andere Kommunen. Erholungsorte durchlaufen einen vergleichbar hohen Aufwand der Prädikatisierung.
- Wir setzen uns für die Stärkung der Kinder- und Jugendgremien ein. Nachdem wir erfolgreich Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalordnung etabliert haben, ist es nun folgerichtig, dass wir Kommunen bei der Umsetzung finanziell unterstützen. Kinder- und Jugendgremien sollen auch auf Landkreisebene die Regel werden.
- Wir unterstützen ebenso die flächendeckende Einrichtung von Selbstvertretungsgremien von Menschen mit Behinderungen (sog. Beiräten von/für Menschen mit Behinderungen) auf kommunaler Ebene, damit auch ihre Beteiligung flächendeckend gesichert wird und sie die Gestaltung ihrer Kommune im Sinne von Inklusion und Barrierefreiheit begleiten.
- Die derzeitige Unterteilung in Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben gerät in der Realität zunehmend an Grenzen. Eine Neujustierung muss vor allem die finanziellen Folgen und die Bedeutung der Aufgaben für die Bürger:innen in den Blick nehmen.

## 4.2 Wohnen

Das Thema Wohnen spiegelt die Vielseitigkeit Thüringens wieder. Von der Wohnung

- 1887 im Plattenbaugebiet bis zum alten Hof auf dem Dorf. Die Herausforderungen der Energiewende werden wir für alle Wohnformen solidarisch anpacken.
- 1888 Wohnen und vor allem bezahlbares Wohnen war und ist ein Grundanliegen  
1889 sozialdemokratischer Politik. Dabei spielt die Wohnungsbauförderung eine  
1890 zentrale Rolle.
- 1891 Die Wohnungsbauunternehmen brauchen Verlässlichkeit und – angesichts der  
1892 zeitlichen Abläufe bei Planung und Bau von Wohnungen – auf Jahre im Voraus  
1893 vorhersehbare Rahmenbedingungen. Daher ist es wichtig diese Mittel planbar zur  
1894 Verfügung zu stellen, um sozialen Wohnungsbau auch weiterhin zu ermöglichen.
- 1895 Dem Wunsch nach Wohneigentum werden wir auch den Familien ermöglichen, denen das  
1896 Ansparen von Eigenkapital nicht möglich ist. Dafür werden wir ein Mietkaufmodell  
1897 auflegen.
- 1898 Das werden wir tun:
- 1899 • Bezahlbarer Wohnraum in den Zentren, weniger Leerstand auf dem Land und  
1900 eine höhere Immobilien-Eigenumsquote sind unsere Ziele. Dafür wollen wir  
1901 den kommunalen und sozialen Wohnungsbau fördern.
  - 1902 • Gerade für Haushalte mit geringen Einkommen bietet das Mietkaufmodell eine  
1903 Alternative für den Erwerb von selbstgenutzten Wohnraum. Beispielsweise  
1904 können durch die Thüringer Landesentwicklungsgesellschaft Wohnungen mit  
1905 staatlicher Finanzierung errichtet und diese dann jungen Familien zum  
1906 Mietkauf angeboten werden. Dieser Ansatz ermöglicht es auch Familien ohne  
1907 Eigenkapital, Wohneigentum zu erwerben und trägt darüber hinaus zur  
1908 Vermögensbildung bei.
  - 1909 • Wohnungsneubau wollen wir durch die deutliche Vereinfachung von  
1910 Planungsverfahren und Standards beschleunigen und intensivieren. Eine  
1911 wichtige Rolle spielt für uns die Wohnbauförderung des Freistaats in Form  
1912 von Zuschüssen und Darlehen. Wir wollen, dass der öffentlich getragene  
1913 Wohnungsbau neben der Förderung auch selbst Wohnraum schafft.
  - 1914 • Wir werden als Land den Aufbau Kommunaler Bodenfonds unterstützen. Damit  
1915 können Kommunen langfristig Flächen für die eigene Entwicklung von  
1916 Wohnraum sowie öffentlicher Infrastruktur erwerben.
  - 1917 • Den Kommunen soll ermöglicht werden, Einnahmen aus Mieteinkünften  
1918 zweckgebunden für die Sanierung ihrer Immobilien oder den Ankauf von  
1919 Schrottimmobilien, von Leerstehenden und von Leerstand bedrohten  
1920 Wohngebäuden und Brachflächen zu verwenden. Kommunaler Wohnraum muss auch

1921 in Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept in öffentlicher Hand bleiben.

- Wir unterstützen die Kommunen, um familienfreundliche Standortplanung im Sinne einer räumlichen Vernetzung von Lern- und Freizeitorten, von Wohn-, Arbeits- und Versorgungsbereichen, um möglichst kurze Wege zu realisieren und damit den Verkehrsaufwand für Familien zu reduzieren. Dazu gehört auch die Förderung von innerstädtischem Wohnraum für Familien, um urbane Qualitäten wie kurze Wege, vielfältige Erwerbsmöglichkeiten und Aktivitäten auch Familien zugänglich zu machen
  - Für uns hat die Entwicklung der bestehenden Gebäude Vorrang. Neubauten sind erst mit Ausschöpfung der Leerstandspotentiale ein Mittel der Wahl. Das schont Ressourcen, hält bestehende Siedlungsstrukturen intakt und erhält einen vielfältigen Gebäudebestand.
  - Jedes Haus braucht eine Aufgabe. Daher wollen wir besonders im ländlichen Raum Anreize für den Erwerb bestehender Gebäude schaffen. Eine Stärkung der Siedlungskerne soll vor der Ausweisung neuer Baugebiete erfolgen. Weiterhin braucht es ein Praxiskonzept für die Reaktivierung von Brachen und die Beseitigung von „Schrottimmobilien“.
  - Wir wollen durch energieeffizientes Sanieren und moderne Technologien wie z. B. Wärmepumpen, Solarthermie oder Gebäudespeicher, den Heizenergieverbrauch deutlich senken und erneuerbar decken. Bis 2040 streben wir einen klimaneutralen Gebäudebestand an.
  - Mit der kommunalen Wärmeplanung wollen wir eine öffentlich getragene, für alle Einkommen leistbare Wärmeversorgung langfristig sicherstellen und ausbauen. Neubaugebiete sollen durch eine gemeinsame Wärmeversorgung langfristig eine günstige und umweltfreundliche Versorgung erhalten. Unser oberstes Ziel bleibt eine günstige und umweltverträgliche Wärmeversorgung von Ein- und Mehrfamilienhäuser, für Mietende und Eigentümer, sicher zu stellen.
  - Viele Wohngebäude müssen in den nächsten Jahren saniert werden, um dauerhaft die Betriebskosten und die Abhängigkeit von den fossilen Energien zu verringern. Wir setzen uns dafür ein, dass in Thüringen ein Heizungstauschbonus als Anreiz und Unterstützung für die Erneuerung der Heizung kommt.
  - Neben der finanziellen Förderung brauchen insbesondere kleinere Kommunen ohne eigene:n Klimaschutzmanager:in mehr fachliche Unterstützung. Quartierslösungen für Wärmeversorgung und energetische Sanierung sind oft sinnvoll, benötigen aber erhebliche Unterstützung bei der Analyse der

- 1959      Optionen und bei der Projektentwicklung. Die ThEGA soll soweit gestärkt  
1960      werden, dass sie Kommunen bei der Problemidentifikation, Antragstellung,  
1961      Gründung von Energiegenossenschaften, Personalaufbau, Vernetzung und  
1962      Projektbearbeitung qualifiziert beraten kann.
- 1963      • Die Ansprüche an Wohnraum, ob zur Miete oder als Eigentum, wandeln sich im  
1964      Laufe des Lebens. Wir wollen Menschen mit überschüssigen Wohnraum mit  
1965      Menschen mit dem wachsenden Bedarf zusammenbringen. Dafür braucht es eine  
1966      aktive Beratung, Unterstützung und den Anreiz für den Wohnungs- und  
1967      Haustausch überall da, wo dieser benötigt wird. Der Tausch wird auf den  
1968      besonderen Wohnungsmarkt in Thüringen deutlich breiter angenommen werden,  
1969      als in deutlich dichter besiedelten Räumen. Zudem werden wir zusätzlich  
1970      zur Beratung, mit der Auszahlung eines Umzugsbonus die Hürden für den  
1971      Wechsel senken.
- 1972      • Wir wollen die Wohngemeinnützigkeit für Unternehmen oder Genossenschaften  
1973      wieder auf den Weg bringen. Breite Schichten der Bevölkerung sollen  
1974      dadurch wieder Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten. Die  
1975      Gemeinnützigkeit kann beispielsweise anerkannt werden, wenn  
1976      Wohnungsunternehmen oder -genossenschaften sich verpflichten, Gewinne zu  
1977      begrenzen.
- 1978      • Wir wollen aktiv am Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit  
1979      mitwirken, um diese in Thüringen gemeinsam mit Bund und Kommunen zu  
1980      reduzieren und möglichst bis 2030 zu überwinden.
- 1981      • Wir haben den Holzbau durch Änderung der Bauordnung vereinfacht. Wir  
1982      setzen uns weiterhin dafür ein, den Holzbau voranzubringen und bei  
1983      Neubau- und Sanierungen ein etablierter Baustoff wird.
- 1984      • In Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten werden wir die Anwendung der  
1985      Kappungsgrenze zur Deckelung der Preissteigerungen bei  
1986      Bestandsmietverträgen noch gezielter anwenden. Zudem setzen wir uns dafür  
1987      ein, die Mietpreisbremse auszuweiten und zu entfristen.
- 1988      • Die öffentliche Förderung zum Ausbau des barrierefreien Wohnens ist mit  
1989      einer Mietpreisbindung zu koppeln.
- 1990      • Beim Neubau werden wir unseren Blick auf die Weiterentwicklung des  
1991      Seriellen Bauens und auf modulare Systeme richten. Diese bieten eine  
1992      Chance, um durchgehend Qualität sicherzustellen und die Preisexplosion bei  
1993      der Errichtung von Neubauten abzufangen. Ein besonderer Fokus liegt hier  
1994      auf flächensparenden Konzepten wie der Verknüpfung von  
Mehrgeschosswohnungsbau mit kompakten Reihenhäusern.

1995 Weiterhin werden wir:

- 1996 • das Angebot kostenloser Energieberatungen stärken und Beratungsangebote zum energieeffizienten Sanieren ausbauen
- 1997
- 1998 • das Bauen mit alternativen Baustoffen wie z.B. Holz, Lehm, Stroh insbesondere für öffentliche Bauvorhaben deutlich ausweiten
- 1999
- 2000 • Forschung zu Ersatzbaustoffen und Baustoffrecycling stärker fördern. Unser Ziel ist eine Kreislaufwirtschaft auch im Baubereich weiter auszubauen.
- 2001 Insbesondere die Recyclingquote von Gipsprodukten muss deutlich erhöht werden.
- 2002
- 2003

## 2004 4.3 Mobilität und Infrastruktur

2005 Mobilität darf keine soziale Frage sein. Die Erreichbarkeit von Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, Ärzt:innen und des Arbeitsplatzes müssen jederzeit gewährleistet sein. Viele Thüringer:innen pendeln täglich zu ihrer Arbeit und sind auf verschiedenste Verkehrsträger und Mobilitätsarten angewiesen. Wir wollen einen integralen Taktfahrplan, der ein hochwertiges und attraktives Angebot schafft und eine ernsthafte Alternative zum Auto darstellt. Die ländliche Struktur Thüringens und der demographische Wandel erfordern flexible Lösungen. Wichtig ist, dass wir uns nicht selbst beschränken, in dem wir stets vom aktuellen Bedarf ausgehen – so kann es keinen Wandel im Nutzungsverhalten des ÖPNV geben. Vielmehr müssen wir Angebote schaffen, die Bedarfe erst erzeugen. Ob es sich um Rufbussysteme, Anrufsammlertaxis, Mitfahrkonzepte handelt, ist vor Ort zu entscheiden. Unser Ziel ist es, dass Menschen abseits des Schulbusverkehrs jeden Tag und in jedem Ort angebunden sind. Wir unterstützen die Kommunen bei der Verkehrswende durch gezielte Förderung des ÖPNV und des Radwegebaus. Unsere Mobilitätspolitik schafft qualitative Angebote für die Thüringer:innen.

2021 Das werden wir tun:

- 2022 • Wir setzen uns für eine langfristige sichere Finanzierung und Fortsetzung des Deutschlandtickets ein. Ein Ticket für alle - das schafft Klarheit im Tarifgefüge und senkt die Hürden für die Nutzung von Bus, Straßenbahn und Zug.
- 2023
- 2024
- 2025
- 2026 • Wir wollen zudem für junge Menschen ein 29-Euro-Ticket (Jugendticket) als Ergänzung des Deutschlandtickets einführen. Dies entlastet auch weiterhin Menschen bei der täglichen Fahrt zur Schule, Ausbildung oder auf Arbeit. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der bisherige Preis des Tickets erhalten bleibt.
- 2027
- 2028
- 2029
- 2030

- 2031     • Wir setzen uns auch zukünftig für einen flächendeckenden Thüringer  
2032       Nahverkehrsverbund ein, der gemeinsame Tickets ermöglicht, Kosten senkt  
2033       und Hindernisse zur Nutzung minimiert.
  
- 2034     • Damit der Umstieg auf gemeinsam genutzte Verkehrsmittel gelingt, müssen  
2035       Busse, Straßenbahnen, Car-Sharing Angebote, Rad, Auto und Fußgängerverkehr  
2036       in einen gemeinsamen Takt schlagen. So verkürzen wir Umstiegszeiten,  
2037       verkürzen Reisezeiten und optimieren eine effiziente gemeinsame Nutzung.  
2038       Daher unterstützen wir den raschen weiteren Ausbau des integralen  
2039       Taktfahrplans in allen Landesteilen.
  
- 2040     • Moderne Mobilität braucht einen attraktiven Mix aus öffentlichen  
2041       verfügbarsten Verkehrsangeboten, die den teuren Individualverkehr an vielen  
2042       Stellen überflüssig machen. Damit dies kein Lippenbekenntnis ist brauchen  
2043       wir die 3-Vs: Verdichtung, Vertaktung und Verfügbarkeit. Neben den Erhalt  
2044       von festen Verkehrsangeboten nach Fahrplan braucht es mehr flexibel an den  
2045       am Bedarf ausgerichteten Angeboten auf Abruf. Hierzu zählt u.a. die  
2046       Nutzung von gemeinsam genutzten PKWs, flexiblen Busverbindungen, Ruftaxis  
2047       und Rufbusangebote.
  
- 2048     • Wir werden auch zukünftig die tausenden Pendelnde im Land durch den  
2049       vermehrten Einsatz des Jobticket, Pendlerparkplätzen, sowie P+R und  
2050       kombinierten Verkehrsangeboten unterstützen.
  
- 2051     • Wir wollen da die Tarifintegration ermöglichen, wo durch eine Nutzung des  
2052       Fernverkehrs die Taktdichte für Pendelnde wie beispielsweise auf der  
2053       Saalebahn erhöht werden kann.
  
- 2054     • Wir werden gemeinsam mit der Deutschen Bahn und den privaten  
2055       Verkehrsgesellschaften Strategien zur Schienen-Anbindung aller Thüringen  
2056       Regionen entwickeln. Unser Ziel ist ein S-Bahn-Takt für Thüringen.
  
- 2057     • Das Rückgrat des öffentlichen Personenverkehrs ist oft schienengebunden.  
2058       Daher setzen wir uns für die zügige Reaktivierung von stillgelegten  
2059       Bahnstrecken ein. Dort, wo nötig, wie zum Beispiel auf der Strecke  
2060       zwischen Leinefelde und Gotha, setzen wir uns für den zweigleisigen Ausbau  
2061       ein. Zugleich unterstützen wir weiterhin den Ausbau von landesbedeutsamen  
2062       Buslinien um das Streckennetz zu verdichten, da wo es keine Schiene gibt.
  
- 2063     • Thüringen darf nicht weiter Schlusslicht bei der Elektrifizierung von  
2064       Bahnstrecken sein. Wir setzen uns für die zügige Elektrifizierung der  
2065       Haupt- und Nebenstrecken ein, wie wir bei der Mitte-Deutschland-Verbindung  
2066       schon gezeigt haben.

- Wir unterstützen die Kommunen bei der Verkehrswende und hier insbesondere bei der Förderung Neuanschaffung von Straßenbahnen und Bussen sowie der Umrüstung und dem Erhalt der Infrastruktur wie u.a. Ladestrukturen, Betriebshöfen, Schienen, Oberleistungen.
- Wir setzen uns für eine integrierte Straßenbauplanung ein, die Tiefbauarbeiten und die Verbesserung der Rad- und Fußgängerinfrastruktur gemeinsam denkt und verbessert
- Wir investieren massiv in die Thüringer Fahrradinfrastruktur, um neue Radwege und Radschnellstraßen zu bauen, aber auch innerörtliche Fahrradspuren und sichere Abstellmöglichkeiten einzurichten. Dafür stellen wir den Kommunen das Instrument einer Radwegeinvestitionspauschale zur Verfügung.
- Wir unterstützen die Aktualisierung und Umsetzung der kommunalen Radverkehrskonzepte und werden einen landesweiten Masterplan Radwegenetz aufstellen. Weiterhin engagieren wir uns in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen.
- Fußgänger:innen werden in Mobilitätsfragen häufig nicht mitgedacht, obwohl ein sehr großer Teil unserer Wege zu Fuß absolviert wird. Wir setzen uns daher für mehr verkehrsberuhigte Zonen, mehr Möglichkeiten der Straßenquerung, im Bedarfsfall längere Ampelphasen für Fußgänger:innen und grundsätzlich Tempo 30 innerorts ein. Künftig werden integrierte Nahverkehrskonzepte nur noch gefördert, wenn der Fußverkehr und die Notwendigkeit der Barrierefreiheit ausreichend Berücksichtigung finden.
- Die Öffentliche Hand soll als Vorreiterin der Elektromobilität agieren. Soweit möglich sollen künftig nur noch Dienstwagen auf Landes- und Kommunalebene mit alternativen Antrieben angeschafft werden.
- Flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur landesweit voranbringen. Dafür braucht es auch den Ausbau der Netzinfrastruktur bzw. des Stromverteilnetzes vor Ort.
- Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes als Grundlage für die Nutzung autonomer Mobilitätskonzepte zur intelligenten Vernetzung und Vermeidung von VerkehrPlanungsabläufe effizienter gestalten, organisatorische bzw. personelle Engpässe beseitigen und Fördermittelnutzbarkeit erhöhen

#### 2100 **4.4 Bürgernahe und digitale Verwaltung**

2101 Ob Onlinehandel oder KI-Entwicklungen - die digitale Transformation erfasst alle

2102 gesellschaftlichen Bereiche. Seit 2014 treiben Landesverwaltung und  
2103 Kommunalverwaltungen die Digitalisierung voran, um die Serviceorientierung und  
2104 Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung zu erhöhen und auch den Wirtschaftsstandort  
2105 Thüringen zu stärken. Die Landesverwaltung hat in den vergangenen Jahren  
2106 konsequent ihre digitalen Strukturen und Anwendungen erweitert und  
2107 professionalisiert. Neben dem Einsatz energieschonender Technik, sogenannter  
2108 Green IT wurde auch die Garantie der Datensicherheit als wichtige Säule für  
2109 Vertrauen in Online-Services gestärkt. Dort wo Menschen Unterstützung für die  
2110 Nutzung digitaler Angebote benötigen, sollen diese angeboten werden.

2111 Wir brauchen eine digitale und nutzerfreundliche Verwaltung. Dies ist das  
2112 wirksamste Instrument um Nutzungsschwierigkeiten für alle Menschen und Unternehmen  
2113 abzubauen.

2114 Das werden wir tun:

2115 Wir verbessern die Rahmenbedingungen

- 2116 • Die zentrale Koordinierung gemeinsamer Aufgaben und Dienste über das  
2117 Thüringer Finanzministerium und das Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ)  
2118 ist effizient und soll weiter ausgebaut werden.
- 2119 • Die Rolle des Chief Information Officer (CIO) stärken wir zusätzlich durch  
2120 dessen komplette digitale Rahmenverantwortung der Landesregierung für die  
2121 digitale Transformation und dieser zusätzlich die Funktion des Chief  
2122 Digital Officer (CDO) ausfüllt.
- 2123 • Wir bündeln die operativen Aufgaben im Bereich des E-Governments und der  
2124 Digitalisierung und entwickeln diese weiter zu einem Zentrum für digitale  
2125 Transformation in der Landesverwaltung. Dieses kann die Ressorts bei E-  
2126 Governmentvorhaben und der digitalen Transformation unterstützen.
- 2127 • Quelloffene Software und offene Standards sollen künftig konsequent  
2128 Vorrang genießen, soweit sie wirtschaftlicher und vergleichbar funktional  
2129 ist.
- 2130 • Wir setzen den eingeschlagenen Weg hin zu einem Open-Source-Arbeitsplatz  
2131 in der Landesverwaltung fort, um die Abhängigkeit von großen  
2132 Softwarefirmen zu verringern. Wir wollen eine aktive Rolle bei der  
2133 Errichtung des neuen geplanten Zentrums für digitale Souveränität (Zendis)  
2134 einnehmen.
- 2135 • Wir binden die Kommunen noch intensiver in das CERT des Landes ein und  
2136 werden ein

2137 IT-Sicherheits-Gesetz auf den Weg bringen.

- 2138 • Wir werden ethische Standards für den Einsatz Künstlicher Intelligenz in  
2139 der öffentlichen Verwaltung entwickeln und zur Erprobung konkreter  
2140 Anwendungsfälle ein Kompetenzzentrum in der Thüringer Landesverwaltung  
2141 einrichten.
- 2142 • Offene Daten sind ein wichtiger Rohstoff unserer digitalen Welt.  
2143 Behördliche Daten über die Umwelt, Geodaten, wollen wir maschinenlesbar  
2144 für Wirtschaft und Öffentlichkeit nutzbar machen.

2145 Wir unterstützen die Kommunen

- 2146 • Wir setzen den Weg fort, Kommunen zentrale Dienste unentgeltlich zur  
2147 Verfügung zu stellen und fördern die Kommunen weiterhin bei der  
2148 Digitalisierung ihrer Verwaltungen. Wir stärken hierbei die Rolle der KIV  
2149 als dem zentralen IT-Dienstleister für die Kommunen.
- 2150 • Wir prüfen die Konzentration übertragener kommunaler Aufgaben mit dem  
2151 Ziel, die Digitalisierung ortsungebundener Leistungen schneller und  
2152 effizienter umzusetzen.
- 2153 • Den Kommunen wollen wir flächendeckende, einheitliche Onlinedienste zur  
2154 Verfügung stellen. Gemeinsam mit den Kommunen streben wir eine  
2155 einheitliche Cloud-Lösung an.
- 2156 • An der Finanzierung zentraler Anwendungen durch das Land auch für die  
2157 Kommunen werden wir festhalten. Dies gilt im Einzelfall auch für  
2158 Fachverfahren, wenn dadurch die notwendige Konsolidierung vorangetrieben,  
2159 Standards durchgesetzt und Komplexität vermindert wird.
- 2160 • Wir stellen zentrale Basisdienste für eine Onlineverwaltung den Kommunen  
2161 durch das Land zur Verfügung. Dazu zählen insbesondere Plattformen für die  
2162 Online-Verwaltungsleistungen, über die Bürgerinnen und Bürger elektronisch  
2163 Anträge einreichen, unterschreiben und bezahlen können.

2164 Wir treiben die digitale Transformation voran

- 2165 • Mit einem verbindlichen „Digitalcheck“ für Gesetze und Verordnungen  
2166 reduzieren wir Formvorschriften und vereinfachen Prozesse.
- 2167 • Wir schaffen ein modernes und digitaltaugliches Verwaltungsverfahrensrecht  
2168 in Thüringen.

- 2169     • Online-Leistungen sollen barrierefrei sein.
  
  - 2170     • Wir streben eine gesetzliche Regelung an, die es den Gemeinden und  
2171       Landkreisen erleichtert, Aufgaben im Bereich der  
2172       Verwaltungsdigitalisierung und der IT-Sicherheit kommunal gebündelt und  
2173       gemeinsam wahrzunehmen.
- 2174    Wir modernisieren die Register
- 2175     • Bis 2030 streben wir eine möglichst vollständige Modernisierung der  
2176       wichtigsten Verwaltungsregister in Thüringen an. Wir schaffen die  
2177       rechtlichen und technischen Voraussetzungen dafür, dass die darin  
2178       gespeicherten Daten von allen berechtigten Verwaltungsträgern abgerufen  
2179       werden können, wenn durch Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen  
2180       Verwaltungsleistungen beantragt werden.
  
  - 2181     • Wir wollen, dass Thüringerinnen und Thüringer deutschlandweit und im EU-  
2182       Ausland komfortabel Verwaltungsleistungen beantragen können. Dazu werden  
2183       wir die Register in Thüringen mit den nationalen und den europäischen  
2184       Registern verbinden.
  
  - 2185     • Um insbesondere die kommunalen registerführenden Stellen zu entlasten,  
2186       prüfen wir die Einrichtung weiterer Spiegel- und Zentralregister.
  
  - 2187     • Durch die Einbindung eines Datenschutzcockpits gewährleisten wir, dass für  
2188       die Bürgerinnen und Bürger jederzeit nachvollziehbar und transparent ist,  
2189       in welchen Fällen dazu berechtigte öffentliche Stellen ihre Daten und  
2190       Nachweise in Verwaltungsverfahren verwendet haben
- 2191    Wir verbessern die Rahmenbedingungen der Personalbindung und -gewinnung
- 2192     • Flexibles Mobiles Arbeiten ist eine Voraussetzung zur Bindung und  
2193       Gewinnung von Fachkräften. Wir wollen die Möglichkeiten gemeinsam mit den  
2194       Personalräten weiter ausbauen.
  
  - 2195     • Darüber hinaus werden wir in bestehenden Landesliegenschaften Co-Working-  
2196       Spaces einrichten.
  
  - 2197     • Mit der IT-Laufbahn und den Studiengängen Verwaltungsinformatik an der  
2198       dualen Hochschule Gera Eisenach (DHGE) und der Fachhochschule Schmalkalden  
2199       gehen wir einen richtigen Weg weiter.
  
  - 2200     • Die laufbahnrechtlichen Möglichkeiten wollen wir umfassend nutzen und

2201 erweitern, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

- 2202 • Die IT-Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeiter werden wir stärken. Dabei  
2203 binden wir Angebote wie den EGovCampus über unsere Hochschulen ein.
- 2204 • Wir stärken IT-kompetenzen von Führungskräften durch verbindliche  
2205 Fortbildungen.

## 2206 **5. Beste Bildung und erstklassige Wissenschaft**

2207 Unser sozialdemokratisches Bildungsversprechen ist Chancengleichheit. Jeder und  
2208 Jede muss das Recht auf gute Bildung und gleiche Chancen erhalten. Wir wollen,  
2209 dass der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern, vom Geschlecht oder  
2210 Herkunft beeinflusst wird. Wir wollen, dass unser Bildungssystem das  
2211 Handwerkzeug für die eigene Mündigkeit auf dem Weg gibt. Unser  
2212 Chancenversprechen gilt dabei ein Leben lang. Bildung vermittelt Orientierung  
2213 und ermöglicht Emanzipation, Teilhabe und Mitbestimmung. Wir schaffen  
2214 Aufstiegschancen in allen Bereichen der allgemeinen, beruflichen und  
2215 akademischen Bildung. Mit einem offenen System der Aus- und Weiterbildung  
2216 bekommen alle die Chance, beruflich Schritt zu halten oder aufzusteigen.

### 2217 **5.1 Schule**

2218 Wir wollen eine Schule für alle. Mit der Thüringer Gemeinschaftsschule haben wir  
2219 einen Paradigmenwechsel zu einem sozial gerechten Schulsystem in Thüringen  
2220 gelegt. Die Herausforderungen des Lehrer:innenmangels und des Stundenausfalls  
2221 werden wir mit neuen Lösungen angehen und Thüringen wieder zu einem  
2222 erfolgreichen Bildungsland machen.

2223 Den Bildungsauftrag zu erfüllen, so dass Unterricht stattfindet und  
2224 Schüler:innen die Schule mit einem Abschluss verlassen, ist oberste Priorität.  
2225 Dafür ergreifen wir Maßnahmen in verschiedenen Bereichen: Wir stellen uns  
2226 weiterhin der zentralen bildungspolitischen Herausforderung des Schulwesens, dem  
2227 Lehrer:innenmangel zu begegnen und so weiterhin flächendeckend den Unterricht  
2228 für alle Schüler:innen zu gewährleisten.

2229 Das werden wir tun:

- 2230 • Die Schulen werden mehr Entscheidungen selbst treffen können. Insbesondere  
2231 bei der Personalgewinnung. So sollen die Schulleiter:innen die Möglichkeit  
2232 erhalten, geeigneten Bewerber:innen, in Absprache mit dem Schulamt,  
2233 Einstellungszusagen zu geben. Das Schulbudget werden wir den Schulen zur  
2234 eigenverantwortlichen Bewirtschaftung pauschal zur Verfügung stellen.

- Die Thüringer Schulämter werden wir nachhaltig stärken – durch zusätzliches und leistungsgerecht bezahltes Fachpersonal, dessen Personalstellen wir aus dem Bildungsministerium umverlagern, und durch eine deutliche Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse. Die Schulämter werden so zum wichtigsten, regional verankerten und daher um die Probleme vor Ort wissenden Ansprechpartner der Schulen in allen Fragen der Schulqualität und Schulentwicklung, der Personalgewinnung, des Einsatzes von Seiteneinsteiger:innen und der Digitalisierung schulischer Bildung.
- Der Landesschulbeirat wird in seinen Kompetenzen deutlich gestärkt. Er erhält insbesondere ein eigenes Initiativrecht. So kann er das Ministerium auffordern, für ein erkanntes Problem eine Lösung in einer bestimmten Frist zu erarbeiten. Der Lösungsvorschlag ist dann dem Landesschulbeirat vorzulegen. Die Arbeit des Gremiums erfolgt transparent und wird vollständig veröffentlicht.
- Zudem wird der Landesschulbeirat regelmäßig im für Bildung zuständigen Ausschuss des Thüringer Landtags um Stellungnahme zum aktuellen Arbeitsprozess gebeten. So wollen wir sicherstellen, dass die Arbeit des Bildungsministeriums künftig den Maßstäben der Praxisrelevanz, Qualität und umgehender Lösungen für bestehende oder sich abzeichnende Probleme folgt.
- Unsere Schulen brauchen nicht nur bestmögliche Unterstützung durch die Schulämter, sondern auch weitgehende Entlastung von Bürokratie und Verwaltungsarbeit. Die Schulleitungen, aber auch jede:r einzelne Lehrer:in sollen sich künftig auf die pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können. Daher werden wir an allen Schulen Verwaltungsassistent:innen einstellen, die sich um Antrags- und Meldeverfahren, Schulstatistik und Datenaufbereitung, die Verwaltung von Schulbudgets und Schulkonten, die Organisation von Veranstaltungen und Klassenfahrten und noch einiges andere kümmern werden. Gleichzeitig sollen viele bürokratische und an allen Schulen wiederkehrende Aufgaben in zentrale Servicestellen bei den Schulämtern verlagert werden.
- Lehrer:innenmangel und Stundenausfall sind ein bundesweites Problem, vor dem auch Thüringen nicht verschont bleibt. Wir müssen daher in den kommenden Jahren alle Möglichkeiten nutzen, um die Schulen mit dem benötigten Lehrer:innenpersonal auszustatten und die Unterrichtsversorgung weiterhin in der Fläche aufrechtzuerhalten. Dafür ist eine grundlegende Reform der Lehrer:innenausbildung unumgänglich. Die derzeit schularbeitbezogene Ausbildungsform lässt trotz verschiedener in den vergangenen Jahren unternommener Verbesserungen des Laufbahn- und Besoldungsrechts keinen wirklich flexiblen und dauerhaften Einsatz von Lehrkräften über die Grenzen der Schulararten hinweg zu. Unser Ziel ist es

- 2277 daher, ein Lehramt für die Sekundarstufe I und II einzuführen und damit  
2278 die breite Einsatzfähigkeit des so ausgebildeten Personals sowohl an den  
2279 Gymnasien als auch an den Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und  
Gesamtschulen zu ermöglichen.
- 2280 • Wir werden eine Übernahmegarantie für Referendar:innen (bei Bestehen der  
2281 Prüfungen) einführen. Die Verwaltungsgebühr zur „Feststellung der  
2282 Gleichwertigkeit von Abschlüssen“ wird künftig entfallen.
- 2283 • Wir sind überzeugt davon, dass Thüringen dem Vorbild anderer Länder (z.B.  
2284 Österreich, Schweiz, Dänemark) folgen und ein Jahresarbeitszeitmodell für  
2285 alle Lehrkräfte einführen sollte. Dieses Modell legt nicht nur die  
2286 wöchentlichen Unterrichtsverpflichtungen fest, sondern auch, welche  
2287 Arbeitszeit eine Lehrkraft insgesamt pro Woche zu erbringen hat und welche  
2288 Aufgaben überhaupt zum Lehrer:innenberuf gehören und welche nicht. Das  
2289 wird dann die Ausgangsbasis dafür, die Thüringer Lehrer:innen konsequent  
2290 von Bürokratie und Verwaltungsarbeit zu entlasten und ihnen mehr Freiraum  
2291 für ihre pädagogischen Kernaufgaben zu verschaffen.
- 2292 • Thüringen muss endlich mehr Lehrer:innen für Mangelfächer gewinnen. Dies  
2293 kann erreicht werden, indem wir in Mangelfächern Studierende bereits mit  
2294 Aufnahme des Studiums in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf analog zu den  
2295 Referendar:innen berufen. So unterstützen wir die Studierenden bei ihrem  
2296 Lebensunterhalt und gleichzeitig können wir gemeinsam mit den Hochschulen  
2297 bereits im Studium vermehrt schulpraktische Ausbildungsabschnitte  
2298 integrieren.
- 2299 • Priorität hat für uns, ausreichend grundständig qualifizierte Lehrer:innen  
2300 für den Schuldienst auszubilden und einzustellen. Wir wissen aber auch,  
2301 dass in den nächsten Jahren nicht ausreichend Absolvent:innen zur  
2302 Verfügung stehen. Deshalb benötigen wir weiter Seiteneinsteiger:innen für  
2303 den Schuldienst. Vor dem Einsatz im Unterricht müssen die  
2304 Seiteneinsteiger:innen ausreichend qualifiziert werden. Während des  
2305 Einsatzes wollen wir ihnen ein Unterstützungssystem zur Seite stellen.  
2306 Nach einer Bewährungsphase wollen wir ihnen nach einer erfolgreichen  
2307 Lehrprüfung auch in die Möglichkeit der Verbeamtung eröffnen.
- 2308 • Wir stellen die vermeintlichen Defizite von Schüler:innen nicht in den  
2309 Mittelpunkt, sondern deren individuellen Stärken, Interessen und  
2310 Bedürfnisse. Damit stellen wir sicher, dass sie die Erfahrung von  
2311 Selbstwirksamkeit machen. Deshalb muss lernförderlicher Unterricht  
2312 verbindlich werden. Die Schule trägt die Verantwortung für den Lernerfolg  
jeder Schülerin, jedes Schülers und organisiert verbindlich die passenden  
2313 Lernangebote. Dies soll in die Thüringer Schulordnung oder in das  
2314 Thüringer Schulgesetz aufgenommen werden. Die bisherige einseitige  
2315

2316 Ausrichtung auf Eigenverantwortlichkeit hat sich nicht bewährt.

- 2317 • Wir etablieren das Konzept Ganztagschule thüringenweit. Dabei reicht die  
2318 Hortbetreuung nach Ende des regulären Unterrichts explizit nicht aus.  
2319 Unterrichts-, Freizeit- und Unterstützungsangebote sollen, sich über den  
2320 Tag verteilt, abwechseln. So erhalten Schüler:innen ausreichend zeitliche  
2321 Regenerationsräume. Die Schule kann regional Verankerung finden,  
2322 beispielsweise durch Kontakte zu örtlichen Vereinen und Angeboten.
- 2323 • Die Thüringer Schüler:innenschaft wird zusehends heterogener, was alle  
2324 Lehrer:innen im Hinblick auf die Realisierung schulischer Inklusion und  
2325 die Ermöglichung individueller Förderung vor wachsende Herausforderungen  
2326 stellt. Wichtige Lösungsansätze sind für uns an dieser Stelle der weitere  
2327 Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens sowie der Ausbau von  
2328 Ganztagschulen. Zudem wollen wir mit Hilfe eines transparenten und  
2329 verlässlichen Personalbemessungssystems und anhand von Sozialindikatoren  
2330 an allen Schulen multiprofessionelle pädagogische Teams etablieren, in  
2331 denen neben den angestammten Lehrkräften bedarfsgerecht und an der  
2332 jeweiligen Situation vor Ort orientiert Förderpädagog:innen, DaZ-  
2333 Lehrer:innen, Pädagogische Assistentenkräfte und Schulsozialarbeiter:innen  
2334 kooperativ und arbeitsteilig zusammenwirken.
- 2335 • Grundlage der gemeinsamen Arbeit ist ein individuelles Schulkonzept, das  
2336 sich insbesondere den Fragen einer guten Berufsorientierung, einer Senkung  
2337 von Schulabbrecher:innenquoten und der Vernetzung in den Sozialraum  
2338 widmet. Für Schulen mit besonders hohen sozialen Herausforderungen braucht  
2339 es die beste Ausstattung.
- 2340 • Wir werden gemeinsam mit dem Bund dafür sorgen, dass unsere Schulen  
2341 schnellstmöglich mit Gigabit-Anschlüssen ausgestattet werden, diese auch  
2342 nutzen können und letztlich die digitale Ausstattung erhalten.
- 2343 • Die Schule von morgen ist digital. Digitale Bildung muss daher ihren  
2344 Niederschlag in allen Phasen der Lehrer:innenbildung und in den Lehrplänen  
2345 der Schulen finden. Nur entsprechend ausgebildete Pädagog:innen werden in  
2346 der Lage sein, das digitale Equipment nicht nur als technische Ergänzung  
2347 gewohnter Unterrichtsmaterialien zu sehen, sondern es auch sinnvoll  
2348 einzusetzen. Um die Digitalität in den Schulen weiter voranzubringen,  
2349 braucht es ebenso eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale  
2350 Geräte.
- 2351 • Darüber hinaus wollen wir in den Lehrplänen vermehrt den Umgang mit  
2352 (sozialen) Medien und der digitalen Welt thematisieren. Ein kritischer  
2353 Blick auf die Entwicklungen und die Stärkung der digitalen Resilienz  
2354 junger Menschen muss erklärtes Unterrichtsziel werden.

- Digitale Bildung muss ihren Niederschlag in allen Phasen der Lehrer:innenbildung und in den Lehrplänen der Schulen finden. Nur entsprechend ausgebildete Pädagog:innen werden in der Lage sein, das digitale Equipment nicht nur als technische Ergänzung gewohnter Unterrichtsmaterialien zu sehen, sondern es auch sinnvoll einzusetzen. Wir wollen das Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte, insbesondere zu dem Thema digitale Bildung erweitern.
- Die Thüringer Schulcloud muss weiter ausgebaut und zu einer wichtigen Ergänzung des Unterrichts von morgen werden. Die Cloud muss für alle nutzbar und deshalb barrierefreie umgesetzt werden.
- Um ein verlässliches, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot in Unterricht und Hort gerade auch an kleinen Schulen zu ermöglichen, haben wir mit der letzten großen Schulgesetznovelle verschiedene Kooperationsmodelle eröffnet. Wir wollen diese Kooperationen gezielt fördern, um den Schulstandorten eine gute Perspektive zu eröffnen.
- Bessere Schulen für alle zu entwickeln, heißt für uns auch, Familien spürbar von Kosten zu entlasten, die mit einem Schulbesuch einhergehen. Wir werden für alle Schulkinder ein kostenloses gesundes Mittagessen finanzieren.
- Wir lehnen jegliche Kürzungen des Sozialkundeunterrichts an den Thüringer Schulen ab. Sozialkunde ist das zentrale Fach demokratischer Bildung im Schulbereich. Gerade in Zeiten des Erstarkens von Rechten und Rechtsextremen ist es umso wichtiger, einen Schwerpunkt bei der schulischen Demokratiebildung zu setzen.
- Schüler:innen werden momentan nur sehr selten in gesamtschulische Angelegenheiten einbezogen. Das ist mit unserer Vorstellung von Schule als Diskussions- und Partizipationsort nicht vereinbar. Wir setzen uns für stärkere Mitwirkungsrechte der Schüler:innen ein. Deshalb strukturieren wir die Schulkonferenz neu: Schüler:innen werden künftig die Hälfte ausmachen. Dazu soll die Schulkonferenz nach Berliner Modell aufgewertet werden, nach dem hier wichtige Entscheidungen über gesamtschulische Angelegenheiten abgestimmt werden. Zudem werden wir die Stimmberichtigung der Schüler:innenvertreter:innen in Klassenkonferenzen und Fachkonferenzen ermöglichen.

## 5.2 Ausbildung stärken

In Thüringen finden ca. 9 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz, obwohl in Thüringen ca. 17 Prozent der Stellen unbesetzt

2393 bleiben. Über den steigenden Fachkräftebedarf wurde in den vergangenen Jahren  
2394 immer wieder diskutiert. Klar ist, dass wir bis 2030 in Thüringen circa 350.000  
2395 Fach- und Arbeitskräfte brauchen. Im Bereich der Sozialwirtschaft sind es ca.  
2396 80.000. Allein in der Altenpflege werden 8.000 neue Fachkräfte und im  
2397 Erzieher:innenbereich 6.000 bis 10.000 neue Fachkräfte bis 2030 gebraucht. Ein  
2398 Großteil des Fachkräftebedarfs richtet sich auf Ausbildungsberufe. Wir haben  
2399 also jeden Grund, bei jungen Leuten und an den Schulen für die duale Ausbildung  
2400 zu werben. Damit sich junge Menschen für den Weg einer dualen Ausbildung  
entscheiden, müssen wir die Ausbildung in Thüringer attraktiver machen.

2401 Das werden wir tun:

- 2402 • Zwar werden in vielen Ausbildungsbranchen Auszubildende händeringend  
2403 gesucht, dennoch fallen junge Leute durch das Raster und finden keinen  
2404 Ausbildungsplatz. Für diese Menschen wollen wir uns einsetzen und eine  
2405 umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in Thüringen einführen. Zudem  
2406 bilden immer weniger Unternehmen aus. Wir wollen gesetzlich allen  
2407 Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantieren. Weiterhin sollen die  
2408 Ausbildungsbedingungen durch einheitliche gesetzlich festgelegte  
2409 Mindeststandards umfassend verbessert werden.
- 2410 • Wir werden die infrastrukturellen Voraussetzungen für gute Ausbildung in  
2411 Thüringen schaffen. Dazu gehört die geförderte Errichtung von attraktiven  
2412 und bezahlbaren Wohnungen für Auszubildende: beispielsweise durch die  
2413 Schaffung von Wohnheimplätzen und Azubi-Appartements im ganzen Freistaat.  
2414 Gleichzeitig unterstützen wir mit Fördermitteln die Ertüchtigung von  
2415 Ausbildungsstätten.
- 2416 • Die SPD Thüringen setzt sich für eine Stärkung der dezentralen Ausbildung  
2417 ein. Wir nehmen es nicht hin, dass Auszubildende nur zentralisiert an  
2418 einem Standort in Thüringen geschult werden oder teilweise in andere  
2419 Bundesländer fahren müssen. Weiteren Zentralisierungsbestrebungen  
2420 erteilen wir eine Absage, explizit auch bei kleiner werdenden  
2421 Ausbildungsklassen.
- 2422 • Der Übergang von der Schule in die Ausbildung ist noch viel zu oft die  
2423 Hürde, an der viele Jugendliche der Übergang in eine selbstbestimmte  
2424 Zukunft erschwert wird und Betriebe ihre zukünftigen Fachkräfte verlieren.  
2425 Wir werden die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsinstrumente für  
2426 Betriebe sowie Bewerberinnen und Bewerber bedarfsgerecht ausbauen und  
2427 verstärken. Dazu gehört für uns auch, das Konzept der Produktionsschulen  
2428 in Thüringen pilothaft zu erproben und bei Erfolg flächendeckend  
2429 einzuführen.
- 2430 • Die duale Berufsausbildung ist ein Eckpfeiler unserer Wirtschaft und des

2431 Thüringer Arbeitsmarktes. Wir werden daher zusammen mit den Kammern eine  
2432 Kampagne für die duale Ausbildung auflegen. Darüber hinaus werden wir in  
2433 Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern prüfen, ob wir Handwerkergymnasien  
2434 bedarfsgerecht in allen Kammerbezirken aufbauen können.

- 2435
- 2436 • Bei der Weiterentwicklung des Thüringer Berufsschulnetzes ist uns der  
2437 Erhalt von Schulstandorten wichtig. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist  
2438 dabei die Erreichbarkeit der zuständigen beruflichen Schule für die  
2439 Auszubildenden. Hierfür brauchen wir geeignete schul- und  
2440 unterrichtsorganisatorische Konzepte für einen angemessenen (zeitlichen)  
Aufwand zum Erreichen der beruflichen Schule.

## 2441 **5.3 Hochschulen und Studium**

2442 Wissenschaft ist einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft: in  
2443 Forschung, Lehre und Transfer in die Gesellschaft. Deswegen kommt den  
2444 Hochschulen eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung Thüringens zu. Als  
2445 Thüringer SPD setzen wir uns für eine leistungsfähige Hochschullandschaft ein.  
2446 Ihre Attraktivität erhält sie durch die besonderen Profile der staatlichen  
2447 Hochschulen. Die Thüringer Hochschulen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass  
2448 sie erfolgreich im Wettbewerb mit anderen deutschen Universitäten und  
2449 Fachhochschulen mitspielen können. Damit die Hochschulen ihre Potenziale voll  
2450 entfalten können, bedarf es einer auskömmlichen Grundfinanzierung, die sich an  
2451 den wissenschaftsbezogenen Kostensteigerungen orientiert und mit einem  
2452 Strategieaufschlag zusätzliche Entwicklungsoptionen bietet. Die staatlichen  
2453 Hochschulen müssen frei von wirtschaftlichen Interessen und staatlicher  
2454 Bevormundung agieren können. Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie und der  
2455 offene Diskurs sind die Voraussetzungen dafür, dass sie ihre zahlreichen  
2456 Aufgaben in der und für die Gesellschaft erfüllen können.

2457 Das werden wir tun:

- 2458
- 2459 • Für uns darf das Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – von  
2460 der Entscheidung, ob überhaupt studiert wird, bis zur Frage, wie schnell  
2461 und wie erfolgreich das Studium verläuft. Deshalb wollen wir auf  
2462 Bundesebene daraufhinwirken, dass wir das BAföG als Fundament der  
2463 Studienfinanzierung stärken. So wollen wir Aufstiegschancen durch Bildung  
2464 ermöglichen. Dabei stehen wir für eine kontinuierliche Anpassung und  
2465 Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge, die Hebung von Altersgrenzen,  
2466 die Schließung des „Mittelstandslochs“ durch die Möglichkeit der Gewährung  
eines Volldarlehens und die Beseitigung bestehender Förderlücken.

2467

  - 2468 • Langzeitstudiengebühren an den Thüringer Hochschulen werden wir  
2469 abschaffen. Studieren in der Regelstudienzeit war und ist größtenteils  
eine Utopie. Daher wird die Überschreitung der Regelstudienzeit nicht mehr

2470                   als Grund für eine Exmatrikulation oder die Ablehnung eines Platzes im  
2471                   Studierendenwohnheim fungieren dürfen.

- 2472                  • Das Studierendenwerk werden wir dabei unterstützen, die Bearbeitung von  
2473                  BAföG-Anträgen zu beschleunigen und den Antragsstau abzubauen. Ziel muss  
2474                  es sein, dass ein gestellter BAföG-Antrag innerhalb von drei Monaten  
2475                  abschließend bearbeitet wird.
- 2476                  • Unser Ziel ist es, allen sozialen Gruppen den Zugang zur Hochschulbildung  
2477                  zu garantieren. Deshalb wollen wir mehr Menschen aus bislang an den  
2478                  Hochschulen unterrepräsentierten Gruppen ein Studium ermöglichen,  
2479                  insbesondere Menschen, deren Eltern nicht studiert haben. Initiativen wie  
2480                  „Arbeiterkind“ werden wir weiter unterstützen.
- 2481                  • An unseren Hochschulen sollen Menschen aus ganz unterschiedlichen  
2482                  gesellschaftlichen Bereichen und Kulturen, mit verschiedenen  
2483                  Lebenserfahrungen und -entwürfen gemeinsam lernen und lehren, forschen und  
2484                  zusammenarbeiten. Denn aus dieser Vielfalt entstehen spannende Diskurse  
2485                  und neue Ideen. Wir setzen uns für niedrigschwellige Begegnungs- und  
2486                  Austauschangebote, mehr internationale Gastwissenschaftlerinnen und  
2487                  Gastwissenschaftler und die gemeinsame Entwicklung digitaler Lehre mit  
2488                  internationalen Partnereinrichtungen ein.
- 2489                  • Für die Studierenden setzen wir uns auch auf Bundesebene für einen neuen  
2490                  Sozialpakt Hochschule ein. Dieser muss über eine angemessene  
2491                  Studienfinanzierung hinausgehen und auch langfristig finanziert werden  
2492                  studentischen Wohnraum und günstige Preise in der Essensversorgung der  
2493                  Menschen absichern. Hierzu wollen wir in Thüringen die Finanzierung des  
2494                  Studierendenwerks – analog zu den Hochschulen – langfristig sichern und  
2495                  jährlich erhöhen.
- 2496                  • Wir werden die Blaupause der Hochschulsozialarbeit an der Hochschule  
2497                  Nordhausen auf alle Thüringer Hochschulen ausweiten.
- 2498                  • Für uns ist ausgezeichnete Lehre zentraler Baustein einer zukunfts- und  
2499                  studierendenorientierten Hochschule. Wir setzen uns daher für eine  
2500                  Aufwertung der Lehre an den Thüringer Hochschulen, umfassende technische  
2501                  und didaktische Unterstützung für Lehrveranstaltungen und für eine  
2502                  Qualitätssicherung unter maßgeblicher Beteiligung der Studierenden ein.
- 2503                  • Unsere Hochschulen als Ideenentwickler und Impulsgeber: Für uns  
2504                  Sozialdemokraten kommt den Hochschulen eine wichtige Rolle in der  
2505                  Gesellschaft zu: sie generieren neues Wissen, entwickeln originelle Ideen  
2506                  und geben Impulse weit über den akademischen Kontext hinaus. In dieser  
2507

2508 Rolle werden wir die Hochschulen stärken, ihre Vernetzung mit  
2509 (insbesondere der kommunalen) Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
unterstützen.

- 2510 • Unsere Hochschulen als „Problemlöser“: Es sind die Hochschulen, an denen  
2511 künftige Fach- und Führungskräfte die Kompetenzen erwerben, die sie für  
2512 die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen benötigen. Wir stärken die  
2513 Hochschulen darin, das Studienangebot so zu gestalten, dass die  
2514 Studierenden für Zukunftsaufgaben qualifiziert werden und in ihrem  
2515 späteren beruflichen Umfeld wie auch als aktive Mitglieder der  
2516 Gesellschaft einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten  
2517 können.
- 2518 • Unsere Hochschulen international: Die Thüringer Hochschulen sind  
2519 international ausgerichtet und eingebunden. Als weltoffene  
2520 Bildungseinrichtungen sorgen sie für die Gewinnung, Integration und  
2521 Bindung internationaler Studierender, Lehrender und Forschender. Dazu  
2522 gehört, dass die Hochschulen internationale Studierende frühzeitig über  
2523 Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region informieren und – gemeinsam mit  
2524 den Kommunen und der Wirtschaft – beim Übergang in den regionalen  
2525 Arbeitsmarkt begleiten. Entsprechende Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen  
2526 an den Hochschulen unterstützen wir. Zugleich sehen wir die Hochschulen  
2527 bei ihren internationalen Aktivitäten, gerade auch bei der Zusammenarbeit  
2528 mit Partnern in autokratischen Staaten, grundlegenden demokratischen  
2529 Werten und der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet. Wir bestärken sie  
2530 darin, Impulse für globalen gesellschaftlichen Fortschritt zu geben.
- 2531 • Um Studierende von den Vorteilen eines Studiums in Thüringen zu  
2532 überzeugen, werden wir die Standortvorteile sowie die besten  
2533 Betreuungsverhältnisse oder die überdurchschnittliche Zahl von  
2534 Wohnheimplätzen pro Studierenden nachhaltig sichern und bewerben.
- 2535 • Duales Hochschulstudium: Wir setzen auch weiter auf die erfolgreiche  
2536 Zusammenarbeit der Dualen Hochschule mit den Unternehmen in der Region, um  
2537 Fachkräfte in und für Thüringen auszubilden. Wir werden das duale  
2538 Hochschulstudium durch Kooperationen der Dualen Hochschule mit den  
2539 Fachhochschulen auch im Masterbereich ausbauen.
- 2540 • Bestens qualifizierte Lehrkräfte für die Schule von morgen: Gute Schule  
2541 verlangt bestens qualifizierte Lehrkräfte. Daher werden wir die  
2542 Hochschulen bei der Weiterentwicklung der Lehrerbildung auch künftig  
2543 unterstützen. Schwerpunkte sehen wir in spezifischen Lehrangeboten vor  
2544 allem in den naturwissenschaftlichen Fächern und der Mathematik. Auch bei  
2545 der Entwicklung von Kompetenzen im Umgang mit heterogenen Schülergruppen  
2546 und bei der Medienbildung bedarf es neuer Ansätze.

- 2547     • Wir werden durch neue Instrumente des Zusammenwirkens von Hochschulen,  
2548       Gründungsinteressierten und einer professionellen Beratungsstruktur die  
2549       Voraussetzungen schaffen, dass Ausgründungen aus Hochschulen schneller  
2550       erfolgen können.
  
- 2551     • Hochschulfinanzierung: Auch in Zukunft werden wir die Grundfinanzierung  
2552       der Hochschulen auf hohem Niveau bis mindestens 2030 forschreiben und  
2553       sichern, indem wir den Empfehlungen des Wissenschaftsrates weiter folgen  
2554       und den Hochschulen jährlich die wissenschaftsspezifischen  
2555       Kostensteigerungen plus 1 % als Aufwuchs garantieren. Das in Thüringen  
2556       bewährte Modell der langfristigen Finanzierungssicherheit durch  
2557       Rahmenvereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen setzen wir  
2558       fort.
  
- 2559     • Um auch die wissenschaftliche Recherchearbeit auf den aktuellen Stand zu  
2560       bringen, werden wir für den Lizenzierwerb digitaler Literatur mehr Mittel  
2561       zur Verfügung stellen. Dies gilt ebenso für die Anschaffung zeitgemäße  
2562       Mediengeräte sowie Programme als auch für die entsprechende Schulung des  
2563       Personals.
  
- 2564     • Die FSU Jena hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich einen  
2565       Exzellenzcluster eingeworben. Dies ist ein Beleg für die hervorragende und  
2566       hoch kompetitive Forschungsqualität, die den Thüringer  
2567       Wissenschaftsstandort international sichtbar macht sowie weitere  
2568       Spitzenforschung und -wissenschaftler nach sich ziehen wird. Auf dieser  
2569       Grundlage unterstützen wir die Thüringer Hochschulen dabei, gezielt  
2570       großformatige Drittmittelprojekte bei der DFG, beim BMBF und bei der EU  
2571       einzuwirken, um den Forschungsstandort Thüringen aufzuwerten.
  
- 2572     • Als wichtige Arbeitgeber in diesem Land werden wir die Thüringer  
2573       Hochschulen dabei unterstützen, auch in der Zukunft attraktiv für die  
2574       Fachkräfte von morgen zu sein: für den wissenschaftlichen Nachwuchs,  
2575       Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und nichtwissenschaftliches  
2576       Personal. Deshalb wollen wir das Prinzip „Gute Arbeit“ in den Hochschulen  
2577       weiter umsetzen. Dazu gehört, dass Daueraufgaben grundsätzlich von  
2578       Dauerbeschäftigte erledigt werden.
  
- 2579     • Wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützen: Wir wollen in Bund und Land  
2580       durch geeignete Maßnahmen die Planbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren  
2581       erhöhen. Dazu gehört, dass die Zahl der Professuren moderat erhöht, mehr  
2582       Professuren als Tenure-Track-Professuren ausgeschrieben und  
2583       Qualifikationsstellen mit Stellenanteilen von mindestens 2/3 und einer  
2584       angemessenen Vertragslaufzeit besetzt werden. Gemeinsam mit den  
2585       Betroffenen und den Hochschulen werden wir prüfen, ob wir im Rahmen der  
2586       zur Verfügung stehenden Stellen neue Karriereziele neben der Professur

2587 einführen können. Ziel soll es sein, Wissenschaftlerinnen und  
2588 Wissenschaftlern eine alternative Perspektive für eine Dauerbeschäftigung  
2589 mit Schwerpunkt in der selbstständigen Lehre zu geben – ohne sie hierauf  
2590 zu beschränken. Darüber hinaus bedarf es an den Hochschulen einer noch  
2591 besseren Betreuung, Beratung und Unterstützung der Nachwuchskräfte.

- 2592 • Gleichstellung verwirklichen: Wir werden weiter darauf hinwirken, den  
2593 Frauenanteil in der Professorenschaft und in den Hochschulleitungen an den  
2594 Thüringer Hochschulen zu erhöhen. Dafür bedarf es verbindlicher  
2595 Zielkorridore.
  
- 2596 • Wir unterstützen das Universitätsklinikum Jena als Ort der Spitzenmedizin,  
2597 Forschungs- und Ausbildungsstätte des medizinischen Nachwuchses in  
2598 Thüringen. Auch für das UKJ wollen wir in Zukunft weiter jährlich die  
2599 wissenschaftsspezifischen Kostensteigerungen plus 1 % Strategiebudget als  
2600 Aufwuchs garantieren. Die weitere bauliche Entwicklung in Jena  
2601 unterstützen wir mit einem dritten Bauabschnitt. Dadurch verbessern wir  
2602 die Krankenversorgung, insbesondere in der Notfallmedizin und sorgen für  
2603 bessere Bedingungen für Studierende, Lehrende und Forschende.
  
- 2604 • Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die besonderen  
2605 Systemaufgaben der Universitätsklinika (Koordinierung, Vernetzung mit den  
2606 Krankenhäusern im ländlichen Raum, Krisen- und Pandemievorsorge,  
2607 Behandlungen von seltenen Krankheiten) im Rahmen der  
2608 Krankenhausfinanzierung besser abgebildet werden. Für das Pflegepersonal  
2609 wollen wir, dass die Arbeitszeit zwischen Ost- und West auch in den  
2610 Universitätsklinika endlich angeglichen wird.
  
- 2611 • Wir unterstützen den Aufbau des Zentrums für Psychische Gesundheit als  
2612 achtes Deutsches Zentrum für Gesundheitsforschung (DZG).
  
- 2613 • Die Digitalisierungsstrategie für den Thüringer Hochschulbereich soll 2025  
2614 fortgeschrieben werden, um die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen  
2615 Transformation gewinnbringend in Forschung, Lehre und Verwaltung zur  
2616 Geltung zu bringen. Die Digitalisierung vereinfacht hochschulübergreifende  
2617 und landesweite Kooperationen – diese werden wir fördern.
  
- 2618 • Wir wollen – auch über geeignete bundespolitische Initiativen – die  
2619 Einreise-, Aufenthalts- und Melderegularien für internationale Studierende  
2620 und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vereinfachen. Als Teil einer  
2621 umfassenden Willkommenskultur setzen wir uns dafür ein, dass in den  
2622 Behörden englischsprachige Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Darüber  
2623 hinaus wollen wir, dass Absolventen und Promovierte durch eine Reform des  
2624 Aufenthaltsrecht mehr Zeit bekommen, nach dem jeweiligen Abschluss eine  
2625 Berufstätigkeit oder den nächsten akademischen Qualifizierungsschritt in

2626 Angriff zu nehmen.

- 2627 • Die anwendungsbezogene Forschung an Fachhochschulen möchten wir stärken,  
2628 ohne diese zu kleinen Universitäten zu entwickeln. Forschungsstarke  
2629 Bereiche oder hochschulübergreifende Verbünde sollen daher das  
2630 Promotionsrecht erhalten, wenn sie hohe Qualitätsstandards gewährleisten.  
2631 Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, kooperative Promotionen  
2632 auszubauen und dafür günstige Bedingungen zu gewährleisten.
- 2633 • Neben notwendigen Neubauvorhaben wird die Erhaltung der bestehenden  
2634 Gebäude der Hochschulen und ihre energetische Sanierung zu einer großen  
2635 Herausforderung in den nächsten Jahren. Deshalb wollen wir ein  
2636 systematisches Sanierungsprogramm bis 2030 erarbeiten und schrittweise  
2637 umsetzen. Für die Hochschulen, das Studentenwerk, das Universitätsklinikum  
2638 und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird das Land die  
2639 notwendigen Flächen sichern und kostenlos bzw. über ein Erbbaurecht mit  
2640 symbolischer Vergütung zur Verfügung stellen.

## 2641 **5.4 Außeruniversitäre Forschung**

2642 Thüringen verfügt über leistungsfähige und profilierte Hochschulen. Diese werden  
2643 über eine vielfältige und lebendige Landschaft an außeruniversitären  
2644 Forschungseinrichtungen komplementiert, die sich durch einen hohen Vernetzungs-  
2645 und Kooperationsgrad miteinander auszeichnen und die Innovationslandschaft in  
2646 Thüringen ausmachen.

2647 Neben den von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Forschungsinstituten der  
2648 Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft,  
2649 der Helmholtz-Gemeinschaft, gehören auch vier durch das Land finanzierte  
2650 Forschungsinstitute sowie acht wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen mit  
2651 spezialisierten Schwerpunktsetzungen. Hier wird von der Grundlagenforschung bis  
2652 zur anwendungsorientierten Forschung Zukunft gemacht.

2653 Das werden wir tun:

- 2654 • Auch in Zukunft werden wir die Grundfinanzierung der Bund-Länder  
2655 finanzierten Forschungseinrichtungen gemeinsam mit dem Bund bis zum Jahr  
2656 2030 sicherstellen. Vergleichbar dem „Pakt für Forschung und Innovation“  
2657 für die von Bund und Land finanzierten Einrichtungen, mit verlässlichen  
2658 jährlichen Steigerungsraten und fester Laufzeit, werden wir für die  
2659 Landesforschungseinrichtungen einen vergleichbaren Pakt auf Landesebene  
2660 schaffen.
- 2661 • Im Rahmen der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft und Forschung belegt

2662 Thüringen in Bezug auf seine Bundesfinanzierungsquote (61 %; Basisjahr:  
2663 2019; aktuellster Wert aus GWK) den vorletzten Rang aller Bundesländer.  
2664 Unser Ziel muss es deshalb sein, die Nettoflüsse der  
2665 Wissenschaftsfinanzierung nach Thüringen zu verbessern. Das kann gelingen  
2666 durch die Teilnahme an entsprechenden Formaten der Bund-Länder-Förderung  
2667 (z.B. im Rahmen der Exzellenzstrategie, Neugründungsinitiativen und  
2668 Erweiterungen bestehender Einrichtungen) und über die aktive Bewerbung  
2669 Thüringens bei Ansiedlungen bzw. dem Aufbau von Forschungseinrichtungen.

- 2670 • Wir wollen die vier Landeseinrichtungen entsprechend ihres jeweiligen  
2671 extern begutachteten Entwicklungsstands gezielt weiter profilieren, um  
2672 ihre Aussichten auf die Aufnahme in eine bundesweit tätige  
2673 Forschungsträgerorganisation erhöhen. Hierfür wollen wir wenn nötig auch  
2674 zusätzliche Investitionsmittel bereitstellen.
- 2675 • Dort, wo von Bund und Ländern finanzierte Forschungseinrichtungen wachsen  
2676 und an Bedeutung gewinnen, wird das Land die notwendigen Ko-  
2677 Finanzierungsmittel für Ausstattung und Bauvorhaben zur Verfügung stellen.
- 2678 • Damit aus den Investitionen in Forschung und Innovationen ein  
2679 langfristiges Wirtschaftswachstum wird, bedarf es des Wissenstransfers in  
2680 Unternehmen oder Ausgründungen. Hierfür wollen wir Vernetzung der  
2681 Forschungseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft und den Hochschulen  
2682 sowie das Gründungsgeschehen verbessern.
- 2683 • Wir werden den innovationspolitischen Schwerpunkten der RIS Thüringen  
2684 folgen und bereits etablierte Thüringer Stärken wie Quantentechnologien,  
2685 hier speziell in der Quantenphotonik, alternative regenerative  
2686 Speichertechnologien in der Polymerforschung, den Wasserstofftechnologien,  
2687 der nächsten Generation in der Batterieforschung, Initiativen im  
2688 Nachhaltigen Bauen und Ressourcenmanagement besonders unterstützen.
- 2689 • Wir werden die bestehenden Förderinstrumente des Landes zur Unterstützung  
2690 von innovativen Gründungen neu sortieren und besser aufeinander abstimmen.

## 2691 **5.5 Lebenslanges Lernen**

2692 Lernen hört nicht nach der Schule auf. Neben frühkindlicher Bildung, dem  
2693 Schulwesen und den Hochschulen muss auch die Erwachsenenbildung als vierte Säule  
2694 unseres Bildungssystems gestärkt werden. Lebenslanges Lernen ist für uns das  
2695 verbindende Element, das von der Kindheit an bis ins hohe Alter eine aktive  
2696 Teilhabe ermöglicht.

2697 **Das werden wir tun:**

- 2698     • Jeder Mensch soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.  
2699       Deshalb setzen wir uns auch künftig dafür ein, dass  
2700       Bildungsveranstaltungen für Grundbildung flächendeckend im Freistaat  
2701       angeboten werden. Hierzu werden wir die Initiativen für Alphabetisierung  
2702       in Thüringen fortsetzen und wollen sie weiter verstärken.
  
- 2703     • Das Nachholen von Schulabschlüssen bleibt gebührenfrei. Verpasste Chancen  
2704       dürfen kein lebenslanges Hindernis darstellen.
  
- 2705     • Die Erwachsenenbildung muss sich für neue Lernformen und -bereiche öffnen.  
2706       Aus diesem Grund werden wir die kommunalen und freien Träger der  
2707       Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und anderen Einrichtungen auch  
2708       künftig angemessen unterstützen.
  
- 2709     • Teilhabe an Bildung ist Ausdruck von Lebensqualität und Lebensfreude auch  
2710       im fortgeschrittenen Lebensalter. Wir werden die Entwicklung und den  
2711       Ausbau von spezifischen Bildungsangeboten für ältere Menschen  
2712       voranbringen.

## 2713     6. Soziale Umwelt- und Klimapolitik

2714     Die Klimakrise ist eine Generationenaufgabe und schreitet mit immer spürbaren  
2715       Folgen voran. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Gegenwart, sondern auch  
2716       für die Zukunft. Nur durch wirksamen und ambitionierten Klimaschutz können wir  
2717       die natürlichen Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand bewahren. Die dafür  
2718       nötigen Veränderungen sehen wir als Chance. Wir werden den Wandel politisch  
2719       gestalten und dafür sorgen, dass es dabei sozial und solidarisch zugeht.  
2720       Klimaschutz darf nicht zur neuen sozialen Frage werden!

2721     Die SPD Thüringen bekennt sich zu den Klimazielen von Paris, zum Atomausstieg,  
2722       zum Kohlekompromiss und zu den Zielen des Bundes- und des Landesklimagesetzes.  
2723       Thüringen muss seinen gerechten Beitrag zur Begrenzung der Globalen Erwärmung  
2724       auf maximal 2°C, besser sogar auf 1,5°C, über dem vorindustriellen Niveau  
2725       leisten.

2726     Die Grundlage für den Klimaschutz ist eine konsequente Umstellung auf eine  
2727       regenerative Energieversorgung.

2728     Die Energiewende ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für deren  
2729       Gelingen es eine gut koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und  
2730       Kommunen und die Einbeziehung der Bürger:innen vor Ort braucht.

2731     Unsere Energiepolitik folgt der Logik, dass möglichst viel Energie dort erzeugt  
2732       wird, wo sie auch benötigt und verbraucht wird: regional, dezentral und

2733 erneuerbar. Das bringt neue Wertschöpfungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen,  
2734 z. B. durch die Nutzung virtueller Kraftwerke, insbesondere für den ländlichen  
2735 Raum.

2736 Wir wollen eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges  
2737 Wachstum schafft, Arbeitsplätze sichert, Energie sparsam und effizient einsetzt  
2738 und sich unabhängig macht von Rohstoffen wie Kohle, Uran, Öl und Gas. Dabei  
2739 setzen wir auf deutsche Ingenieurskunst und technologische Innovationen, damit  
2740 Thüringen auch im Jahr 2050 noch ein wettbewerbsfähiger Standort in der Welt  
2741 ist.

## 2742 **6.1 Energie für Thüringen: günstig, sicher, nachhaltig**

2743 Wir stehen für die sozial gerechte Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien  
2744 in Thüringen, die Stärkung regionaler Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit im  
2745 Einklang mit unseren sozialen Werten und die entschlossene Reduzierung der  
2746 negativen Auswirkungen der Energieversorgung auf die Umwelt, unter  
2747 Berücksichtigung sozialer Belange.

2748 Wir setzen uns mit Leidenschaft dafür ein, einen sachlichen Dialog zu  
2749 ermöglichen, der sich gegen eine Diskussionskultur wendet, die faktenlos und  
2750 populistisch ist.

2751 Für uns ist dabei klar, dass die notwendigen Entscheidungen für alle Menschen  
2752 sozial verträglich sein müssen. Dabei sind Menschen mit niedrigen und mittleren  
2753 Einkommen besonders aktiv durch die Einführung eines sozialen Klimageldes auf  
2754 Bundesebene und durch die Stärkung der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur und  
2755 Förderungen dauerhaft zu entlasten.

2756 Das werden wir tun:

- 2757 • Wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Transformation wird die  
2758 Verfügbarkeit erneuerbarer Energien aus Wind, Sonne, Biomasse,  
2759 Umweltwärme, Wasserkraft und Geothermie sein. Wir werden uns für einen  
2760 schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen, insbesondere auch  
2761 in der Nähe der energieintensiven Industriebetriebe.
- 2762 • Wir werden das Thüringer Klimagesetz novellieren und für den Freistaat das  
2763 Ziel der Treibhausgasneutralität mit konkreten Minderungsschritten  
2764 konkretisieren. Entsprechend passen wir die Minderungsziele an und  
2765 etablieren langfristig ein jährliches THG-Budget.
- 2766 • Um unvermeidbare Emissionen auszugleichen und der Atmosphäre langfristig  
2767 Treibhausgase zu entziehen, werden wir zudem die Potenziale natürlicher

2768 Kohlenstoffsenken in Form klimarobuster Wälder, wiedervernässter Moore und  
2769 humusreicher Böden künftig ausbauen und die Möglichkeiten zur technischen  
2770 Kohlenstoffabscheidung (sogenannte CSS-Technologien) kritisch prüfen.

- 2771 • Wir werden die Einstellung von Klimaschutz- und Energiemanager:innen und  
2772 die Erstellung und Umsetzung entsprechender Konzepte in den Kommunen  
2773 weiterhin finanziell fördern.
- 2774 • Den Kommunen kommt eine zentrale Rolle bei der Energiewende hinzu. Wir  
2775 werden die damit verbunden neuen Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich  
2776 berücksichtigen und die Kommunalaufsichten für diese Aufgaben  
2777 qualifizieren. Die Energieagentur des Landes Thüringen ThEGA werden wir  
2778 stärken, um die Beratung insbesondere von Kommunen bei den Themen  
2779 Energieerzeugung, -verteilung und -speicherung zu erweitern. Die Grundlage  
2780 für den Klimaschutz ist eine konsequente Umstellung auf eine effizientere  
2781 regenerative Energieversorgung und eine nachhaltige Landwirtschaft.
- 2782 • Die Möglichkeiten auszubauen, um die Bürger:innenbeteiligung direkt vor  
2783 Ort weiter zu stärken. Die Energieversorgung der Zukunft baut auf flexible  
2784 Erzeugung, Verbrauchs- und Speicherstrukturen auf. Der Strommarkt soll  
2785 hierfür weiter dezentralisiert werden.
- 2786 • Klimawandel und Biodiversitätsverlust wollen wir stärker im  
2787 Schulunterricht verankern. Ein wichtiger Schritt für die zielgerichtete  
2788 Vermittlung ist im Rahmen einer Landesstrategie Bildung für nachhaltige  
2789 Entwicklung (BNE) darzustellen.
- 2790 • Wir bekennen uns zu den Thüringer Stadtwerken als tragende Säule der  
2791 Energiewende. Deshalb wollen wir die Kommunen und ihre Stadtwerke bei  
2792 ihrer Nah- und FernwärmeverSORGUNG besser unterstützen. Dabei werden wir  
2793 insbesondere die erfassten Nutzungspotenziale durch den Einsatz neuer  
2794 Fernwärmequellen aus erneuerbaren Energien (Geothermie, Solarthermie,  
2795 Groß-Wärmepumpen, Bioenergie, etc.) konkret heben. Durch verstärkte  
2796 Kooperation, zielgerichteter Förderung und der weiteren Steigerung der  
2797 Effizienz wird die Wärmeversorgung langfristig gesichert bleiben.
- 2798 • Wir werden unsere Versorgungspartner vor Ort dabei unterstützen,  
2799 Fachkräfte zu gewinnen und mit attraktiven Arbeitsbedingungen zu halten.  
2800 Gerade für die Planungs- und Installationsarbeiten der nächsten Jahre  
2801 brauchen wir attraktive Angebote für hochspezialisierte Fachkräfte. Das  
2802 betrifft sowohl die beteiligten Behörden als auch die Unternehmen.
- 2803 • Der Zusammenschluss von Bürger:innen zu Genossenschaften macht es auch für  
2804 diejenigen möglich, zu Energieproduzenten zu werden, welche nicht über  
2805

2806 eigene Nutzflächen verfügen. Die Unterstützung beim Aufbau von  
2807 Energiegenossenschaften ist daher ein wichtiges Anliegen, um beim Ausbau  
2808 der Energieerzeugung und -speicherung direkte Beteiligungsmöglichkeiten zu  
schaffen.

- 2809 • Tiefengeothermie kann einen bedeutenden Beitrag zur Wärmeversorgung der  
2810 Zukunft leisten. Wir werden daher eine Potenzialanalyse zur  
2811 Tiefengeothermie in Thüringen erstellen sowie Förderprogramme und  
2812 Absicherungsinstrumente entwickeln. Diese Aktivitäten verzahnen wir eng  
2813 mit der kommunalen Wärmeplanung.
- 2814 • Mit einem Thüringer Solarausbaugesetz schaffen wir eine technologieoffene  
2815 Grundlage für den vielschichtigen und breiten Einsatz der Solarenergie im  
2816 Freistaat. Wir werden die Nutzung der Solarenergie voranbringen und das  
2817 SolarInvest-Programm u.a. durch eine gezieltere Förderung von  
2818 Stromspeichern anpassen. Mit Hilfe eines Landesprogramms sollen mehr  
2819 Flächen für Photovoltaik, insbesondere auf Dächern und Fassaden und der  
2820 nicht konkurrierenden Zweitnutzung in der Landwirtschaft beispielsweise  
2821 durch Agri-PV erschlossen werden. Solarparks wollen wir, im Sinne einer  
2822 Bündelung von Infrastruktur, vorrangig entlang von Fernstraßen,  
2823 Bahnschienen und Stromtrassen errichten. Kommunen bestärken wir darin, mit  
2824 einer gezielten Konzentrationsplanung Flächen für den Ausbau der  
2825 Photovoltaik auszuweisen.
- 2826 • Wir bekennen uns zum Ausbau der Windenergie in Thüringen als wichtigster  
2827 erneuerbarer Energiequelle. Sie ist essenziell, um den Energiebedarf  
2828 Thüringens vor Ort zu decken und die Energiewende nicht auf Kosten anderer  
2829 Bundesländer voranzutreiben. An den Bau neuer Anlagen setzen wir hohe  
2830 Standards für Umwelt- und Naturschutz und gestalten den Ausbau im Dialog  
2831 mit den Menschen vor Ort. Pauschale Verbote beispielsweise in Waldgebieten  
2832 lehnen wir ab. Im Sinne einer netzstabilen Versorgung auch von  
2833 energieintensiven Abnehmern wollen wir zugleich die regionalen  
2834 Wertschöpfungspotentiale in ganz Thüringen ausbauen.
- 2835 • Wir werden den Ausbau der Ökostromproduktion, insbesondere der  
2836 Windenergie, im Dialog mit den Menschen vor Ort vorantreiben. Dazu werden  
2837 wir die Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften zur Ausweisung von  
2838 Windvorranggebieten transparenter gestalten. Wir werden dafür sorgen, dass  
2839 die Windvorranggebiete dort ausgewiesen werden, wo lokale  
2840 Industrieunternehmen profitieren, der zusätzliche Netzausbaubedarf gering  
2841 ist und die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt klein sind.
- 2842 • Wir wollen das 2,2%-Flächenziel in Thüringen durch eine aktive  
2843 Konzentrationsplanung der Windvorrangflächen in ganz Thüringen erreichen.

- Wir werden die Planungsverfahren für den Neubau und für das Repowering von Windkraftanlagen vereinfachen und beschleunigen, um möglichst viele bereits für die Windenergieerzeugung genutzte Standorte weiternutzen zu können.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Kommunen und die Bürger:innen vor Ort direkt von der Windenergieerzeugung profitieren und bspw. an den Gewinnen aus der Windstromerzeugung beteiligt werden.
- Wir werden einen Thüringer Aktionsplan Energieeffizienz mit dem Ziel, den Gesamtenergieverbrauch massiv zu reduzieren, bis 2027 vorlegen.
- Die Biomasse ist als grundlastfähige Energiequelle ein wesentlicher Bestandteil einer erneuerbaren Energieversorgung. Dabei steht für uns die Nutzung von Abfällen und Reststoffen im Vordergrund. Wir unterstützen die Optimierung und Umrüstung auf einen flexiblen Betrieb sowie die Integration in die Gas- und Wärmenetze. Im Bereich der Abwasserentsorgung werden wir die Klärgasgewinnung stärken.
- Wir wollen Thüringen zum Stromspeicherland ausbauen. Dafür müssen wir Know-how bündeln und Lücken in der Wertschöpfungskette schließen. Speicher sind dabei für uns dabei nicht nur Batterien: Auch die an die Verfügbarkeit von grünem Strom angepasste Produktion von Betriebsstoffen und Rohprodukten „auf Lager“ kann einen spürbaren Beitrag zur Dekarbonisierung leisten.
- Um auch in Hochlastzeiten und während Dunkelflauten den Energiebedarf Thüringens jederzeit eigenständig decken zu können, werden wir die Entwicklung von Batterie- und Speichertechnologien vorantreiben. Pumpspeicherwerke sind als netzdienlicher Speicher von Strom wichtige Bestandteile einer sicheren Energieversorgung.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Thüringen Erzeugungskapazitäten für grünen Wasserstoff entstehen. Die innovative Thüringer Wasserstoffforschung u.a. am Erfurter Kreuz und in Sonneberg werden wir auch weiterhin unterstützen. Außerdem wollen wir Erfurt zu einem H2-Mobilitätshub ausbauen. Unser Ziel ist es, dass Thüringen seine zentrale Lage in Europa nutzt und an der gesamten Wasserstoffwertschöpfungskette teilhat. Daher werden wir die Thüringer Allianz für Wasserstoff fortführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln.
- Der Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur stellt für uns eine der wichtigsten industriepolitischen Weichenstellungen für Thüringen dar. Wir werden den Anschluss an das nationale Wasserstoffkernnetz

einfordern und regionale Verteilnetze unterstützen.

- Wir unterstützen Vorhaben, die die Direktlieferung der erneuerbaren Energien von den standortnahen Erzeugungsanlagen zu den lokalen industriellen Großabnehmern zum Ziel haben. Beispielsweise werden wir dafür sorgen, dass in diesen Fällen Grundstücke und Dachflächen im Landeseigentum ohne Ausschreibung zu einem marktgerechten Preis an lokale Projekte verpachtet werden können. Auf diese Weise sorgen wir dafür, dass lokale Unternehmen mit günstigem Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden und größere Teile der Wertschöpfung in Thüringen verbleiben.
- Die Beratungsangebote der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur werden wir ebenso ausbauen wie Netzwerke zum Erfahrungsaustausch. KMUs sollen zu den Themen Energieeffizienz und -produktivität beraten werden. Zuschuss- und Darlehensprogramme wie GreenInvest sollen bei der Modernisierung von Produktionsprozessen und -gebäuden unterstützen.
- Damit bestehender Wohnraum auch in Zukunft für alle Einkommensgruppen bezahlbar mit Wärme versorgt werden kann, brauchen wir weniger Verpflichtung und mehr Ermöglichung. Deshalb wollen wir die Optimierung der Wärmeversorgung gezielt fördern. Wir setzen uns daher für einen Heizungstauschbonus für Haushalte mit niedrigem Einkommen ein.
- Wir werden das Beratungsangebot des Stromsparcheck als Beratungs- und Unterstützungsangebot für Haushalte mit niedrigem Einkommen thüringenweit verstetigen.
- Wir halten an der Forderung der Bundesländer und der Sozialpartner zur Einführung eines zeitlich begrenzten Brückenstrompreises fest. Hierdurch sollen energieintensive Unternehmen bei der Energiewende unterstützt werden und die Verbraucher eine Entlastung erfahren.

## 6.2 Thüringens Natur erhalten

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Form von Klima, Umwelt und Natur sind ein Kernziel der SPD Thüringen. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, ökonomische Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit keine Gegensätze, sondern ein zusammengehörender Dreiklang. Durch konsequenteren Klima- und Umweltschutz beugen wir zukünftigen Krisen vor und schützen so gerade die sozial Schwächsten – in Thüringen und weltweit.

Wir unterstützen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und werden gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Thüringer Beitrag

2917 zur Umsetzung der 17 Ziele für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch  
2918 nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) fördern und insbesondere durch  
2919 Bildungsangebote und Projekte in Thüringen verankern.

2920 Wir stehen auch in Zukunft für die Bewahrung der vielfältigen und einmaligen  
2921 Landschaften in Thüringen, für saubere Luft, reines Wasser und gesunde Böden.

2922 Das werden wir tun:

- 2923 • Wir werden die EU-Biodiversitätsstrategie und der Aktionsplan  
2924 Insektschutz aktiv mit Maßnahmen unterstützen, um den weiteren Verlust  
2925 von Arten und Lebensräumen auch in der Kulturlandschaft mit konkretem  
2926 Handeln zu begegnen.
- 2927 • Unsere Landschaften, die in Deutschland zu den Zentren der Arten- und  
2928 Lebensraumvielalt zählen, wie zum Beispiel die Gipskarstlandschaft im  
2929 Südharz, müssen wir nachhaltig schützen und für zukünftige Generationen  
2930 bewahren. Der Ausstieg aus dem Naturgipsabbau muss das Hauptziel im  
2931 Südharz bleiben, um diese einmaligen Landschaften zu erhalten. Diese  
2932 Naturräume bilden die Grundlage, um nachhaltigen, schonenden Tourismus zur  
2933 Wertschöpfung in der Region weiter aufzubauen, zu fördern und zu erhalten.
- 2934 • Die Naturschutzförderung in Thüringen muss dahin verbessert werden, dass  
2935 Landwirte für die ökologische Leistung kostendeckend entlohnt werden. Nur  
2936 mit attraktiven Prämien zur Sicherung von gesellschaftlichen  
2937 Zielstellungen für sauberes Wasser, gesunde Böden und Reichtum der Natur  
2938 können Landwirte und Flächeneigentümer für diese Aufgabe gewonnen werden.
- 2939 • Um unsere selbst gesteckten Naturschutzziele zu erreichen, werden wir die  
2940 unteren Naturschutzbehörden, die Naturschutzverbände und die NATURA 2000  
2941 Stationen noch besser als Kompetenznetzwerk wirken lassen. Ein Schwerpunkt  
2942 sollen dabei z. B. in Zusammenarbeit mit den  
2943 Gewässerunterhaltungsverbänden und den Forstämtern konkrete in der Fläche  
2944 wirksame Arten- und Biotopschutzmaßnahmen sein. Für uns ist der Erhalt von  
2945 arten- und lebensraumreichen Kulturlandschaften am besten mit den Menschen  
2946 zu schaffen. Mit dem Konzept „Erhalt durch Nutzung“ wollen wir bei  
2947 Naturschutz und Landwirtschaft praktikable Lösungen finden.
- 2948 • Der Nationalpark und UNESCO Weltnaturerbe Hainich hat einen  
2949 außergewöhnlichen Wert für Thüringen. Wir setzen uns dafür ein, diesen  
2950 einzigartigen Buchenwald zu schützen und den Nationalpark als regionalen  
2951 Ankerpunkt für Naturschutz, Tourismus und Bildung für nachhaltige  
2952 Entwicklung weiterzuentwickeln.

- 2953     • Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab. Die Nutzung  
2954       gentechnisch veränderter Pflanzen schadet nicht nur dem Image „Thüringer  
2955       Qualität“, sondern birgt auch unabschätzbare Risiken. Der Freistaat  
2956       Thüringen geht hier vorbildlich voran: auf landeseigenen bzw. vom Land  
2957       verpachteten Flächen dürfen keine gentechnisch veränderten Pflanzen  
2958       angebaut werden. Wir setzen daher unsere Mitarbeit im Europäischen  
2959       Netzwerk gentechnikfreier Regionen engagiert fort, dem der Freistaat  
2960       Thüringen auf Betreiben der SPD beigetreten ist.
  
- 2961     • Um auch zukünftig angepasste Nutz- und Kulturpflanzen aus Thüringen  
2962       anbauen zu können, braucht es den Ausbau der Sortenforschung, der  
2963       Erhaltungszucht und der anwendungsorientierten Etablierung der  
2964       Erkenntnisse.
  
- 2965     • Ein wichtiges Ziel bleibt für uns die Reduzierung der Salzbelastung der  
2966       Werra.
  
- 2967     • Das Ziel einer Kreislaufwirtschaft in Thüringen steht für uns an erster  
2968       Stelle. Um der „Wegwerfgesellschaft“ etwas entgegenzustellen, setzen wir  
2969       uns für ein regeneratives System ein, dass in der Lage ist Ressourcen in  
2970       den Kreislauf wiederaufzunehmen und im System (teilweise)  
2971       weiterzuverwenden. Eine umfangreiche Müllreduzierung, Wiederverwendung  
2972       durch Recycling und eine neue Ingebrauchnahme durch Reparatur stehen hier  
2973       im Fokus. Die SPD Thüringen verpflichtet sich gezielte Investitionen,  
2974       insb. in die Entwicklung und den Transfer neuer Verfahren bzw. Prozesse,  
2975       umzusetzen.
  
- 2976     • Wir unterstützen das Bundesprogramm zur Vermeidung von Plastikmüll.  
2977       Weniger bis gar keine Produktion von Einwegverpackungen muss unser Ziel  
2978       sein. Dies ist nur ein Ansatz, um das Prinzip der Nachhaltigkeit zu  
2979       gewährleisten. Des Weiteren stehen wir für eine für alle verträgliche  
2980       Abfallgebührensatzung und für das Solidarprinzip bei der  
2981       Abwasserentsorgung.
  
- 2982     • Wir forcieren den ökologischen und klimarobusten Waldumbau in Thüringen.  
2983       Den Verlust der heimischen Wälder durch den Klimawandel und  
2984       Schädlingsbefall dürfen wir nicht hinnehmen und müssen spezielle Programme  
2985       auflegen, um nicht nur ThüringenForst, sondern auch die privaten  
2986       Waldbesitzer:innen und Kommunen zu unterstützen. Dabei soll auf  
2987       Kalamitätsflächen sowohl die Wiederaufforstung, als auch insbesondere auf  
2988       Staatswaldflächen die natürliche Wiederbewaldung berücksichtigt werden.  
2989       Zur nachhaltigen Finanzierung der Aufforstung wollen wir die Erlöse aus  
2990       Windkraftanlagen im Wald nutzen.
  
- 2991     • Wir fördern strukturreiche Waldränder für einen naturnahen Übergang von

2992 Wald in Wiese und Feld mit Strauchgürteln und Krautsaum sowie die  
2993 Wiederanlegung von Feldhecken als Rückzugsraum für viele bedrohte  
2994 Tierarten.

- 2995 • Wir begrenzen den Flächenverbrauch und werden eine  
2996 Flächenkreislaufwirtschaft einführen. Hierzu erstellen wir einen Thüringer  
2997 Masterplan Flächenverbrauch bis 2027, dem die Strategie eines Netto-Null-  
2998 Flächenverbrauchs zu Grunde liegt. Die zunehmende Versiegelung führt nicht  
2999 nur zum Verlust der Artenvielfalt und dem Ausstoß von Treibhausgasen durch  
3000 den Verlust von Grünland, sondern vernichtet auch unwiederbringlich Böden  
3001 für die landwirtschaftliche Nutzung. Wir müssen mit unseren Böden endlich  
3002 verantwortungsvoll umgehen, denn Boden ist ein begrenztes Gut! Wir setzen  
3003 uns für eine Kompensation von in Anspruch genommen Flächen ein, die eine  
3004 effektive und langfristige ökologische Wirkung entfaltet. Dafür braucht es  
3005 einen landesweiten Ausgleichspool.
- 3006 • Wir werden insbesondere in ländlichen Regionen die Anreize und Förderungen  
3007 für innerstädtische Siedlungsentwicklung z. B. in Form höherer Fördersätze  
3008 für Abriss oder energetische Sanierung verbessern. Abriss und Sanierung in  
3009 der Innenstadt muss Vorrang vor der Ausweisung neuer Wohngebiete haben.
- 3010 • Die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER für die  
3011 flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wird sich daran  
3012 orientieren, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erweitern und  
3013 extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere der Rinderhaltung,  
3014 Weideprämien, Agroforstsysteme bis hin zur schonenden Landbewirtschaftung  
3015 von Auen, Mooren und Feuchtgebieten fortzuführen bzw. neu zu etablieren.

## 3016 **7. Gesundheit und Pflege stärken**

3017 Noch nie standen gesundheitspolitische Themen so sehr im Mittelpunkt wie seit  
3018 Beginn der Corona-Pandemie. In den vergangenen Jahren haben sich bestehende  
3019 Probleme weiter verschärft und gegenseitig verstärkt. Viele Fragen hängen  
3020 direkt miteinander zusammen: allen voran eine gute Pflege, ein moderner  
3021 öffentlicher Gesundheitsdienst, solide aufgestellte Krankenhäuser und eine  
3022 vernetzte Versorgung.

3023 Uns liegt eine landesweite qualitativ gute Gesundheitsversorgung am Herzen.  
3024 Deshalb sollten alle Thüringer:innen eine Gesundheitsversorgung aus einer Hand  
3025 bekommen können. Dazu bedarf es einer sukzessiven Reduktion der starren Trennung  
3026 zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Das Fachpersonal in den  
3027 Krankenhäusern, den ambulanten Angeboten und im Rettungsdienst muss  
3028 unkompliziert zusammenarbeiten können, um den Genesungsprozess der Patienten  
3029 bestmöglich zu fördern. Unser Ziel ist die bessere Zusammenarbeit und die  
3030 Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen. Wir werden lokale

3031 Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft fördern.

3032 Wir haben in den letzten Jahren bereits Anreize geschaffen, damit sich junge  
3033 Ärzte auf dem Land niederlassen und so die haus- und fachärztliche  
3034 Grundversorgung sicherstellen. Außerdem haben wir die Studienplätze für  
3035 Humanmedizin erhöht.

3036 **7.1 Krankenhäuser, Fachärzte und Notfallversorgung**

3037 Die hohe Qualität der medizinischen Versorgung in Thüringen möchten wir  
3038 flächendeckend erhalten. Der medizinische Fortschritt einerseits sowie der  
3039 demografische Wandel (mehr Patienten, weniger Fachkräfte) andererseits machen es  
3040 jedoch dringend erforderlich, dass sich insbesondere die Krankenhäuser  
3041 strukturell weiterentwickeln. Alle Standorte werden auch in Zukunft benötigt,  
3042 sie müssen sich jedoch spezialisieren und in einer Region stärker  
3043 zusammenarbeiten - untereinander sowie mit den ambulanten Ärzten. Ein zentraler  
3044 Bestandteil ist dabei die Reform der Notfallversorgung. Wenn sich Krankenhäuser  
3045 spezialisieren, braucht es ein verlässliches und gut ausgebautes System an  
3046 Rettungsmitteln, damit die Patienten an die Stelle gelangen, wo sie am besten  
3047 versorgt werden.

3048 Das werden wir tun:

- 3049 • Mit Sorge sehen wir die zunehmenden Probleme einiger kommunaler Kliniken  
3050 in Thüringen. Die Corona-Pandemie hat überdies gezeigt, wie wichtig eine  
3051 flächendeckend stabile und hochwertige Versorgung ist. Wir schaffen ein  
3052 Programm zur Stärkung kommunaler Krankenhäuser. Gemeinsam mit den  
3053 kommunalen Kliniken und den Trägern wird ein regelmäßiger Runder Tisch  
3054 angeregt, um Synergien und Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Kliniken  
3055 zu identifizieren. Damit soll der strukturelle Nachteil kommunaler  
3056 Kliniken gegenüber großen, meist privaten Krankenhauskonzernen  
3057 ausgeglichen werden. Öffentliche Krankenhausinvestitionen werden wir  
3058 prioritätär in Abhängigkeit von der Qualität der Einrichtung und der  
3059 Tarifbindung der Mitarbeitenden vornehmen.
  
- 3060 • Für die weitere Vernetzung und Kooperation der Kliniken werden ab 2022 pro  
3061 Jahr 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dazu gehören beispielsweise  
3062 Einkaufsverbünde, telemedizinische Netzwerke, gemeinsame Personal- und  
3063 Weiterbildungsangebote, aber auch die Bildung gemeinsamer medizinischer  
3064 Zentren, um Kräfte und Personal zu bündeln und dadurch Leuchttürme von  
3065 Spitzenmedizin zu schaffen. Wir werden dazu in der Thüringer  
3066 Kommunalordnung und im Thüringer Krankenhausplan die nötigen  
3067 Voraussetzungen schaffen. Eine weitere Privatisierung kommunaler Kliniken  
3068 lehnen wir ab.

- 3069     • In einer Digitalstrategie legen wir einen Schwerpunkt auf die digitale  
3070        Infrastruktur und Vernetzung der Klinik. Wichtig ist, dass die Kliniken  
3071        digital interoperabel vernetzt werden und keine Insellösungen entstehen.  
3072        Wir machen uns stark für die Etablierung eines telemedizinischen  
3073        Herzinfarktnetzwerks. Die Thüringer Digitalagentur soll dazu mit weiteren  
3074        Experten eine Förderstrategie mit kurz- und mittelfristigem Maßnahmenplan  
3075        entwickeln.
  
- 3076     • Die Corona-Pandemie hat die Engpässe in der psychotherapeutischen  
3077        Versorgung insbesondere von Kindern und Jugendlichen noch einmal  
3078        vergrößert. Nicht verarbeitete Belastungen zu Beginn des Lebens können  
3079        prägend sein für viele Jahre und sich auf die weitere Entwicklung sehr  
3080        nachteilig auswirken. Deshalb schließen wir uns der Forderung der  
3081        ostdeutschen Psychotherapeutenkammer an, flächendeckend in Schulen und  
3082        Kindergärten frühzeitig für mögliche Probleme zu sensibilisieren. Wir  
3083        werden niedrigschwellige Angebote und Hilfestellungen ausbauen, um eine  
3084        möglichst frühe Intervention zu gewährleisten. Dazu werden wir  
3085        sozialtherapeutischen Praxen sowie sozialpsychiatrische Dienste für  
3086        Kinder und Jugendliche schaffen.
  
- 3087     • Wir weiten die Möglichkeiten der Videosprechstunde aus. Wir fordern ein  
3088        erster Kontakt mit Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen sollte bereits  
3089        per Videosprechstunde möglich sein. So stehen Therapeut:innen aus ganz  
3090        Deutschland zur Verfügung.
  
- 3091     • Wir setzen uns für eine hohe Qualität und Versorgungssicherheit in der  
3092        Geburtshilfe ein. Dazu werden wir, die Versorgung besser aufeinander  
3093        abstimmen und eine gestufte Versorgung mit gut erreichbaren  
3094        Geburtsstationen schaffen. Die SPD setzt sich dazu folgende Ziele:  
  
3095        • eine flächendeckende Erreichbarkeit von Geburtskliniken. Kleinere  
3096        Geburtskliniken sollten allerdings nur solche Entbindungen vornehmen, für  
3097        die sie ausgestattet sind. Daher ist eine enge Zusammenarbeit von  
3098        Geburtskliniken verschiedener Versorgungsstufen nötig. Die Vorhaltung  
3099        bedarfsnotwendiger Geburtskliniken ist sicherzustellen.
  
- 3100        • weitere Maßnahmen, um die hohe Kaiserschnittrate auf das medizinisch  
3101        notwendige Maß zu senken. Vor allem Kliniken mit geringerer Geburtenzahl  
3102        und weniger Personal haben oft höhere Kaiserschnitt-Raten. Ein  
3103        wesentlicher Grund ist die Finanzierung. Es besteht derzeit ein  
3104        finanzialler Fehlanreiz zum geplanten Kaiserschnitt, der zu beseitigen  
3105        ist.
  
- 3106        • eine optimale Betreuung der Schwangeren durch ausreichend und gut  
3107        ausgebildete Hebammen. Der Beruf muss dafür an Attraktivität gewinnen,

3108 insbesondere durch eine bessere Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

- 3109 • verbesserte Geburtsbedingungen im klinischen Setting durch ausreichend  
3110 Personal (1:1 Betreuung durch eine Hebamme während der Geburt), möglichst  
3111 wenig Stress während der Geburt (z.B. das Recht darauf, von den  
3112 Anfangswehen bis zur vollendeten Geburt im selben Raum zu verbringen;  
3113 kein Zeitdruck während der Geburt) und eine verbesserte Ausstattung in  
3114 Kreißälen: Eine Badewanne pro Kreißsaal und sonstige, an Geburtshäuser  
3115 angeglichene, Ausstattung.
- 3116 • eine stärkere Vernetzung von Kliniken und Frauenärzt:innen für ein  
3117 besseres Screening und eine bessere Information und Steuerung der  
3118 Schwangeren, damit die Versorgung Hand in Hand erfolgt.
- 3119 • eine transparente Übersicht über Leistungsumfang, Personalausstattung und  
3120 Qualitätsindikatoren aller Geburtskliniken ("Geburtswegweiser") durch  
3121 eine unabhängige Einrichtung (z. B. Landesärztekammer) zu entwickeln und  
3122 zu veröffentlichen. Dies muss allgemeinverständlich und leicht zugänglich  
3123 für Mütter und Frauenärzt:innen aufbereitet werden. Die Daten werden  
3124 regelmäßig aktualisiert (mindestens alle 2 Jahre).
- 3125 • Wir stehen für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Dazu  
3126 zählt nicht nur, die theoretische Wahlfreiheit darüber zu haben,  
3127 Schwangerschaften durchführen oder beenden zu wollen, sondern auch die  
3128 praktische Möglichkeit, Schwangerschaftsabbrüche ohne große zeitliche,  
3129 geographische und finanzielle Hürden auf sich zu nehmen. In allen  
3130 Krankenhäusern mit einer Geburtsklinik nach Krankenhausplan sowie der  
3131 Universitätskliniken, sollen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt  
3132 werden. Zum anderen fordern wir – auch beim Bund – die Weiterentwicklung  
3133 und Zulassung von Mitteln zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch und  
3134 entsprechende Forschung ein.
- 3135 • Wir wollen eine nachhaltige und langfristige Stärkung des Öffentlichen  
3136 Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen. Gemeinsam mit Vertretern der  
3137 Landkreise und kreisfreien Städte sowie dem Landesverband Thüringen der  
3138 Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V. wird dazu  
3139 ein Maßnahmepaket "Thüringer Allianz für den ÖGD" erarbeitet. Dieses Paket  
3140 soll kurz- und mittelfristige Handlungsfelder sowie strategische Fragen  
3141 identifizieren und entsprechende Maßnahmen festlegen. Dabei spielen  
3142 folgende Aspekte eine zentrale Rolle:
  - 3143 o Studium um zusätzliche Elemente des öffentlichen Gesundheitswesens erweitern  
3144 (Public Health)

- 3145 o dass Teile der praktischen Aus- und Weiterbildung auch in Gesundheitsämtern  
3146 absolviert werden können
- 3147 o sowie ein Lehrstuhl für das öffentliche Gesundheitswesen am Uniklinikum Jena  
3148 eingerichtet wird
- 3149 o Analog zum "Thüringen Stipendium" fördert das Land Thüringen angehende  
3150 Mediziner:innen, die sich für eine Tätigkeit im ÖGD entscheiden, mit einem  
3151 Stipendium
- 3152 o die Aufgabenstruktur des ÖGD wird überarbeitet
- 3153 o es sind weitere Stellen für Praxis- und Hygienefachpersonal auszuweisen
- 3154 o um Ärzten mehr berufliche Flexibilität zu geben, soll Amtsärzten auch die  
3155 Nebentätigkeit im ambulanten Bereich ermöglicht werden bzw. niedergelassenen  
3156 Ärzten eine teilweise Anstellung im Gesundheitsamt.
- 3157 o Thüringen setzt sich bei den Tarifpartner:innen für eine bessere Bezahlung der  
3158 Beschäftigten im ÖGD ein und schafft weitere Anreize durch Zulagen.
- 3159 o der Freistaat fördert unter den Gesundheitsämtern die Bildung von  
3160 Kooperationen und Zweckverbänden.
- 3161 o das für Gesundheit zuständige Ministerium übernimmt mit festen  
3162 Ansprechpartner:innen die Koordination.
- 3163 o ein stärkerer Fokus als bisher soll dabei dem Bereich der Prävention  
3164 insbesondere vulnerabler Gruppen (prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Kinder,  
3165 Menschen mit Behinderung...) zukommen.
- 3166 o die bisher gültige „Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die  
3167 Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten“ erhält  
3168 als Basis ein modernes Landesgesetz für den ÖGD. Die Verordnung wird durch eine  
3169 Personalmindestausstattung der Gesundheitsämter sowie der zuständigen  
3170 Landesbehörde erweitert.
- 3171 • Die erschreckend hohe Fallzahl von Betroffenen von Post- und Long-Covid  
3172 gibt auch in Thüringen Anlass zur Sorge und drängt uns zum Handeln. Wir  
3173 begrüßen die Intensivierung der Forschungsförderung durch den Bund, um  
3174 Medikamente gegen Long-Covid zu entwickeln und zuzulassen, und wollen in  
3175 Thüringen für gute Ergänzungen und Beteiligung sorgen.

- 3176 • Wir werden ein Landeskonzept zur Suchtprävention entwickeln und die  
3177 Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Sucht und Prävention  
3178 prüfen.
  
- 3179 • Wir werden die Förderung des anonymen Krankenscheins Thüringen (AKST)  
3180 verstetigen und die Förderfähigkeit auf Menschen ohne Krankenversicherung  
3181 ausdehnen sowie die Mittel dafür bedarfsgerecht erhöhen.
  
- 3182 • Das Gesundheitswesen selbst sorgt geschätzt für 5 Prozent der CO2-  
3183 Emissionen. Dies liegt vor allem am Energie- und Ressourcenverbrauch. Das  
3184 Energiethema wollen wir durch Investitionen in nachhaltige Infrastruktur  
3185 (vor allem Gebäude) angehen. Den Ressourcenverbrauch wollen wir auch in  
3186 Thüringen verringern.
  
- 3187 • Gesundheit für die Menschen erreichen wir nur, wenn auch unsere Umwelt  
3188 gesund ist. Der Ansatz „One Health“ unterstreicht, dass es nur eine  
3189 gemeinsame Gesundheit geben kann - von Mensch, Tier und Umwelt.

## 3190 **7.2 Ambulante und stationäre Pflege**

3191 Die Pflegeversicherung als Teilkaskosystem deckt immer weniger die Kosten,  
3192 während der Eigenanteil der Pflegebedürftigen seit Jahren massiv steigt.  
3193 Zunehmend müssen sie daher Hilfe zur Pflege (Sozialhilfe) in Anspruch nehmen.  
3194 Dies stellt auch eine wachsende finanzielle Belastung vieler Kommunen dar. Schon  
3195 heute arbeitet aufgrund der Arbeitsverdichtung und Belastung mehr als jeder  
3196 zweite Beschäftigte in der Pflege nur noch in Teilzeit. Tausende ausgebildete  
3197 Fachkräfte haben sogar die Pflegebranche verlassen. Mit besseren  
3198 Personalschlüsseln sowie attraktiven Arbeitsbedingungen wollen wir  
3199 sicherstellen, dass die Pflegebranche nicht selbst zum Pflegefall wird.

3200 Das werden wir tun:

- 3201 • Die SPD Thüringen steht für eine Pflege in Würde, unabhängig von der  
3202 finanziellen Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Daher  
3203 werden wir uns für eine Deckelung des gesamten Eigenanteils einsetzen, der  
3204 nicht von der staatlichen Pflegeversicherung übernommen wird.
  
- 3205 • Im ersten Schritt werden die Eigenanteile auf dem aktuellen Niveau von  
3206 maximal 1.500 Euro pro Monat eingefroren (Durchschnittlicher Eigenanteil  
3207 für stationäre Pflege in Thüringen in 2020); die darüber liegenden  
3208 Ausgaben werden erstattet. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass  
3209 Pflege bezahlbar bleibt und nicht zum Armutsrisko wird. Dies ist ein  
3210 wichtiger Schritt in Richtung Bürger:innenversicherung.

- 3211     • In einem zweiten Schritt wird ein Bündnis für Pflege gebildet, an  
3212       Vertreter:innen aus allen Bereichen der Pflege sowie der Betroffenen  
3213       beteiligt werden. Das Bündnis soll die Bedingungen in der Pflege gemeinsam  
3214       sozial gerecht weiterentwickeln und auch die Höhe eines sozial  
3215       vertretbaren Deckels für den Eigenanteil ermitteln.
  
- 3216     • Zu einer Pflege in Würde gehört auch, dass pflegenden Angehörigen eine  
3217       Teilhabe am sozialen Leben weiterhin möglich ist und ausreichend  
3218       Entlastungsangebote zur Verfügung stehen. Ein wesentlicher Grund für die  
3219       Überlastung vieler Angehöriger ist das Fehlen kurzfristig verfügbarer  
3220       Plätze in der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, etwa für eine Auszeit,  
3221       Urlaub oder Reha-Maßnahmen. Daher schaffen wir einen Anspruch auf  
3222       Vermittlung einer Kurzzeitpflege über eine zentrale Pflege-  
3223       Vermittlungsstelle – ähnlich der Termin-Servicestelle für Arzttermine.
  
- 3224     • Wir setzen uns für eine staatliche Förderung ein, um Anreize für die  
3225       Schaffung zusätzlicher Plätze in der Kurzzeitpflege zu setzen. Diese  
3226       können in solitären Einrichtungen für Kurzzeitpflege entstehen, aber auch  
3227       eingestreut in stationären Pflegeeinrichtungen. Wir werden Anbieter  
3228       anteilig unterstützen für den Fall des wirtschaftlichen Risikos, wenn  
3229       eingeplante Kurzzeit-Pflegebedürftige wieder absagen und Betten leer  
3230       stehen. Diese Fördermittel werden spätestens ab 2024 vom Land zur  
3231       Verfügung gestellt. Die Förderung bleibt bestehen bis vom Bund  
3232       vergleichbare Förderinstrumente zur Verfügung gestellt werden.
  
- 3233     • Grundlage für die Förderung ist eine Ist-Analyse. Um den Bedarf an  
3234       Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie weiterer pflegerischer  
3235       Infrastruktur zu ermitteln und bedarfsgerechte Angebote zu fördern,  
3236       braucht es eine regelmäßige regionale Pflegestatistik, die öffentlich  
3237       zugänglich ist und in einer Landespflegeplanung mündet. Das Land hat die  
3238       Aufgabe, planerisch für eine ausreichende Infrastruktur zu sorgen (SGB XI,  
3239       §9). Die SPD Thüringen wird sich deshalb für einen Landespflege- und  
3240       Patientenbeauftragten, der als Ombudsstelle fungiert und dem Landtag und  
3241       der Öffentlichkeit regelmäßig Landespflegeberichte vorlegt stark  
3242       machen. Die SPD Thüringen erkennt die enorme Leistung der über 80.000  
3243       pflegenden Angehörigen im Freistaat an. Wir schaffen eine  
3244       niedrigschwellige, regional vernetzte und vor allem aufsuchende  
3245       Hilfestellung. Dafür werden die bisher primär stationären  
3246       Pflegestützpunkte zu mobilen Beratungsdiensten weiterentwickelt. Für eine  
3247       bessere regionale Vernetzung arbeiten sie außerdem eng mit weiteren  
3248       bestehenden Angeboten (z. B. Agathe, Dorfkümmerer, Nachbarschaftshilfe,  
3249       Gemeindeschwestern) zusammen. Das Land beteiligt sich an der Finanzierung  
3250       von jeweils einem Pflegestützpunkt in den Landkreisen und kreisfreien  
3251       Städten mit bis zu 25.000 Euro jährlich.

- 3252     • Die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen Kolleg:innen in der  
3253       Pflegebranche leiden, sind seit Jahren bekannt. Es wird Zeit, dass auf die  
3254       systemrelevante Stellung von Pflegekräften mit angemessenen  
3255       Arbeitsbedingungen geantwortet wird. Deshalb setzt sich die SPD ein für:  
  
3256       o Das Inkrafttreten eines Pflegeschlüssels, sichergestellt durch verbindliche  
3257       Pflegepersonaluntergrenzen. Nur so können Träger dazu motiviert werden, genug  
3258       Personal vorzuhalten, ohne dass regelmäßig zu Unterbesetzung, Schließung von  
3259       Stationen und Überstunden kommt.  
  
3260       o die konsequent höhere Bezahlung bei Überstunden. Damit lohnt es sich für  
3261       Träger eher, neues Personal einzustellen, sodass die anderen Kolleg:innen nicht  
3262       ständig springen und mehr Überstunden leisten müssen. Diese Maßnahme lässt die  
3263       Schaffung von Vollzeitsstellen gegenüber Teilzeitstellen attraktiver werden.  
  
3264       o Wir unterstützen die Forderung nach einer 30 Stunden Woche für Pflegekräfte  
3265       mit vollem Lohnausgleich.  
  
3266     • Die Anforderungen an eine hochwertige Pflege verlangen eine bessere  
3267       Organisation und Förderung der Ausbildung. Wir setzen uns für eine  
3268       Ausbildungsvergütung für Studentinnen und Studenten der  
3269       Pflegewissenschaften ein. Sie müssen genauso viele Praxisstunden in der  
3270       Pflege absolvieren wie Auszubildende, werden jedoch nicht dafür bezahlt.  
3271       Daher fordern wir eine Beteiligung der Pflegewissenschaften genauso wie  
3272       Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser am Pflegeausbildungsfonds.

## 3273     8. Engagiert für Kunst, Kultur, Medien und Sport

3274     Thüringen ist Kulturland, Thüringen ist Sportland, Thüringen ist Medienstandort.  
3275     Diese Besonderheit Thüringens gilt es zu bewahren und durch eine gezielte  
3276     Weiterentwicklung aller drei Bereiche zukunftsorientiert zu machen. Sie sind die Basis  
3277     von zivilgesellschaftlichem Wirken und Demokratie.

3278     Kulturpolitik und Sportpolitik haben für uns eine zentrale Bedeutung als  
3279     Bestandteil unserer Bestrebungen, den gesellschaftlichen Spaltungen und  
3280     Ausgrenzungen entgegenzuwirken. Ein weiterer wichtiger Pfeiler der Demokratie  
3281     sind die Medien unseres Landes. Sie genießen und bedürfen eines besonderen  
3282     Schutzes. Den bereits begonnenen Strukturwandel müssen wir weiter kritisch  
3283     begleiten. Unser Ziel bleibt die unabhängige und kritische Information für alle  
3284     Generationen, der im Freistaat lebenden Menschen.

3285     Wir stehen politisch in der Verantwortung, den Neustart und die Perspektiven des  
3286     kulturellen und sportlichen Lebens nach Corona kraftvoll zu fördern. Der Staat  
3287     hat die Verantwortung, den Weg zur Mitwirkung in Sport und Kultur für alle zu

3288 öffnen.

3289 **8.1 Kulturland Thüringen**

3290 Eine offene demokratische Gesellschaft ist auf eine lebendige und vielfältige  
3291 Kulturszene angewiesen. Das schließt das kulturelle Erbe der Thüringer  
3292 Residenzlandschaft; der Theater und Museen, der jüdischen Landesgemeinden und  
3293 Kirchen ebenso ein wie Angebote der Soziokultur und Brauchpflege, künstlerisches  
3294 Schaffen und Unterhaltungsformate aller Art. Das kulturelle Erbe Thüringens ist  
3295 einzigartig. Es muss daher bewahrt und allen zugänglich gemacht werden. Kultur  
3296 ist überall dort, wo Menschen sich frei begegnen, kreative Räume erschließen und  
3297 in einen gleichberechtigten Austausch treten. Dies findet sowohl in den Städten  
3298 also auch in ländlichen Regionen statt.

3299 Wir verstehen Kultur als gesellschaftliche Aufgabe. In Zeiten wachsender  
3300 Ungeichheit müssen wir dafür sorgen, dass die Zugangshürden zu Kultur und  
3301 kultureller Bildung abgebaut und beseitigt werden. Gleichsam sind wir der Anwalt  
3302 für Kulturakteur:innen, die von ihrer Arbeit leben können müssen und ebenso wie  
3303 andere Arbeitnehmer:innen sozialer Absicherung bedürfen.

3304 Erinnerungsarbeit hat für uns einen besonderen Stellenwert. Institutionen wie die  
3305 Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora oder der ehemalige  
3306 Firmensitz von Topf und Söhne leisten einen sehr wichtigen Beitrag, an diese  
3307 Schuld zu erinnern, ihre Geschichte aufzuarbeiten und an unsere Verantwortung  
3308 des „Nie wieder!“ zu mahnen.

3309 Das werden wir tun:

- 3310 • Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer kreativen Arbeit leben können.  
3311 Wir machen uns deshalb für faire Mindestvergütungen und  
3312 Ausstellungsvergütungen stark.
- 3313 • Wir setzen uns dafür ein, die sozialen Sicherungssysteme für  
3314 Kulturakteur:innen deutlich zu verbessern.
- 3315 • Die Finanzierung der Kultur muss auch in Haushaltsnotlagen gesichert sein.
- 3316 • Wir wollen Kultur als Pflichtaufgabe in der Thüringer Kommunalordnung  
3317 verankern. Der von der SPD entwickelte Kulturlastenausgleich im kommunalen  
3318 Finanzausgleich ist fortzuführen und finanziell anzupassen.
- 3319 • Kultur muss als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden

- 3320     • Wir wollen die Parität - sowohl bei der Besetzung von Kommissionen, Jurys  
3321       und Gremien im Kultur- und Medienbetrieb als auch bei der Vergabe von  
3322       Förderungen und künstlerischen Aufträgen
  
- 3323     • Wir setzen uns für eine Fortsetzung und Erweiterung des Bundesprogrammes  
3324       zur Erhaltung der Thüringer Schlösserlandschaft ein
  
- 3325     • Wir begrüßen die Auszeichnung des mittelalterlich-jüdischen Erbes Erfurts  
3326       mit dem Welterbe-Titel. Alte Synagoge, Mikwe und Steinernes Haus sind  
3327       erstrangige bauliche Überlieferungen früheren jüdischen Lebens. Gemeinsam  
3328       mit der Landeshauptstadt wollen wir deshalb dafür sorgen, dass diese  
3329       historischen Stätten noch bekannter werden und dass ein für Besucher:innen  
3330       attraktives und didaktisch vorbildliches Welterbezentrum entsteht.
  
- 3331     • Wir stärken die Initiativen zur Aufarbeitung von NS-Raubkunst und  
3332       Sammlungen in kolonialen Zusammenhängen durch Provenienzforschung. Deshalb  
3333       soll eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Thüringen Museumsverband  
3334       und anderen Akteuren den weiteren Bedarf und Vorschläge für das weitere  
3335       Vorgehen erarbeiten.
  
- 3336     • Wir setzen uns für eine kulturelle Teilhabe aller ein, insbesondere für  
3337       Kinder und Jugendliche soll es einen kostenlosen Zugang zur Kultur geben.
  
- 3338     • Wir stehen für den Erhalt der reichen und traditionsreichen Thüringer  
3339       Orchester- und Theaterlandschaft. Gemeinsam mit den kommunalen Trägern und  
3340       dem partizipierenden Umland wollen wir auch künftig allen Theatern und  
3341       Orchestern finanzielle Planungssicherheit mit langfristigen  
3342       Finanzierungsvereinbarungen geben, um so eine gute künstlerische  
3343       Entwicklung zu ermöglichen.
  
- 3344     • Wir wollen, dass Theater und Orchester allen Menschen im Land offen  
3345       stehen. Um dies zu ermöglichen wollen wir, dass jedes Kind mindestens ein  
3346       mal ein Theater oder Orchester besucht hat.
  
- 3347     • Die Projektförderung trägt maßgeblich dazu bei, dass neue Ideen eine  
3348       Chance zur Verwirklichung erhalten. Wir streben dabei künftig eine  
3349       Entbürokratisierung und eine Vereinfachung bei Förderanträgen an.  
3350       Zukünftig sollen die landesweiten Verbände auf Grundlage eines  
3351       Wirtschaftsplans (Personal- und Sachkosten) institutionell gefördert  
3352       werden. Wichtige kulturelle Initiativen und Vereine sollen auch mehr  
3353       Planungssicherheit durch eine mehrjährige Projektförderung erhalten.
  
- 3354     • Soziokulturelle Initiativen und Zentren in ländlichen und städtischen  
3355       Räumen lädt bieten die Chance für jeden, selber aktiv zu werden, eigene

3356 Ideen zu verwirklichen. und Kultur zu erleben. Wir wollen daher die  
3357 wichtige Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur weiter fördern.

- 3358 • Wir wollen die Welt dazu einladen, die großen und die vielen versteckten  
3359 Schätze des Kulturlandes Thüringen zu entdecken. „Zur Unterstützung und  
3360 Entwicklung des Kulturtourismus und zur Stärkung des ländlichen Raums  
3361 fördern wir individual touristische Angebote in historischen Dorf- und  
3362 Ortskernen. Damit wollen wir unser ländlich kulturelles Erbe sichern und  
3363 deren Eigentümer:innen besser unterstützen. Des Weiteren soll mit dem  
3364 weiteren Ausbau des multimedialen virtuellen Portals Menschen in aller  
3365 Welt das Kulturland Thüringen ansprechend präsentiert werden. Portale  
3366 sollen an besonders bekannten Orten wie zum Beispiel Weimar den Touristen  
3367 aus aller Welt die Schatzkammer Thüringen vorstellen und Lust machen auf  
3368 längere Besuche und neue Entdeckungen in Thüringen.
- 3369 • Wir werden die digitale Transformation und Digitalität im Kulturbereich  
3370 unterstützen, um die kulturellen Institutionen und Vereine zukunftsfähig  
3371 zu machen. Kulturinstitutionen stehen vor der großen Herausforderung, ihr  
3372 Publikum an sich zu binden bzw. neue und mehr Besuchergruppen zu gewinnen.  
3373 Neue Formate sind zu entwickeln um den Nutzer:innen eine bessere Teilhabe  
3374 zu ermöglichen. Dies erfordert einen umfassenden Ansatz in der digitalen  
3375 Transformation, angefangen vom so genannten „Changemanagement“ in der  
3376 Verwaltung, der Förderung der Infrastruktur bis hin zur digitalen  
3377 Erfassung von Kulturgütern. Die digitale Präsentation und Vermittlung, wie  
3378 auch die Ermöglichung von digitaler Kunst, gewinnen zunehmend an  
3379 Bedeutung. Gerade Digitalisierung benötigt dynamische Instrumentarien. Um  
3380 eine ständige Fortentwicklung in diesen Bereichen zu ermöglichen, müssen  
3381 die Förderinstrumentarien flexibler ausgestaltet werden. Dies betrifft  
3382 sowohl erleichterte Förderbedingungen als auch neue inhaltliche  
3383 Schwerpunkte.
- 3384 • Wir werden den weiteren Ausbau eines zentralen Kultur- und Wissensportals  
3385 weiter vorantreiben und als Beitrag Thüringens zur Deutschen Digitalen  
3386 Bibliothek profilieren. Hierbei werden wir die Kultureinrichtungen und  
3387 Kulturschaffenden gezielt bei Erstellung ihrer Angebote unterstützen.
- 3388 • Wir haben die Museumsförderung deutlich erhöht und stehen auch in Zukunft  
3389 gemeinsam mit den Kommunen für die finanzielle Sicherheit der Museen ein.  
3390 Wir wollen zur Stärkung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit in  
3391 den Museen ein Volontariatsprogramm starten.
- 3392 • Wir stehen für ein würdiges Gedenken. Wir wollen die Erinnerungen der  
3393 Verfolgten und Häftlinge für alle Zeit respektvoll bewahren und  
3394 gleichzeitig die Bildungs- und Forschungsarbeit der Gedenkstätten im  
3395 Dienste des Austauschs, der Verständigung und der Demokratie weiter

3396

stärken.

3397  
3398  
3399  
3400  
3401

- Mit einer gezielten Förderpolitik wollen wir gemeinsam mit den Kommunen das Angebot der Musik- und Jugendkunstschulen erhalten. Gerade im ländlichen Raum muss es Ziel sein, dass Jugendliche diese Angebote auch in Zukunft nutzen können. Zudem wollen wir die Kooperationen mit anderen Kultureinrichtungen stärken.
- Bibliotheken sind nicht nur Orte der Information, sondern in vielen Gemeinden und Städten auch Orte der Begegnung, des Austausches und ein Mittelpunkt des kulturellen Lebens. Es muss auch zukünftig darum gehen, gemeinsam mit den Kommunen dieses Angebot zu erhalten. Wir wollen die Bibliotheken als außerschulischen Lernort stärken und mehr in die schulische Arbeit integrieren.
- Thüringen ist das Land von Goethe und Schiller, eine Landschaft der deutschen Dichtung. Dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet. Wir wollen die Thüringer Literaturfestivals und damit die überregionale Präsentation der Thüringer Autoren weiter unterstützen. Die Leseförderung in den Schulen wollen wir mit dem Ziel weiterentwickeln, bei den jungen Thüringer:innen schon früh die Freude an Literatur zu wecken.
- Soziokultur in den Kommunen lädt dazu ein, Kultur zu erleben und eigene Ideen zu verwirklichen. Wir wollen die wichtige Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur weiter fördern. Gleichzeitig wollen wir Innovationen und die Umsetzung von neuen Ideen durch eine unbürokratische und flexible Projektförderung unterstützen.
- Thüringen ist Musikland. Tradition und Innovation beflügeln sich gegenseitig. Zahlreiche Festivals, wie die Thüringer Bachwochen oder der Güldene Herbst begeistern ein internationales Publikum. Aber auch Junge Projekte müssen gefördert und unterstützt werden. Wir wollen Festivals und Projekte stärken und weiter profilieren. Mit ihnen wollen wir mehr Besucher:innen aus dem In- und Ausland nach Thüringen locken.
- Wir unterstützen eine weitere Bewerbung aus Thüringen zur Kulturhauptstadt Europas. Thüringen war über alle Epochen hinweg Kristallisierungspunkt europäischer Geschichte und Kultur und hat unter anderem beim Lutherjahr und dem Tag der deutschen Einheit bewiesen, dass es ein exzenterter Gastgeber ist. Das erfolgreiche EU-Projekt kann im Freistaat eine zukünftige Kulturhauptstadt finden, von der nachhaltige Impulse in Wirtschaft, Tourismus und Kultur ausgehen.

3432

## 8.2 Medien

3433 Unabhängige Medien sind wesentlicher Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie  
3434 und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information,  
3435 Kommunikation, sichern gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe und  
3436 Zugang zu Wissen.

3437 Eine starke Medienwirtschaft ist neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk für  
3438 die Erfüllung dieser gesellschaftlichen Aufgaben von zentraler Bedeutung. Unser  
3439 Ziel ist es, den Medienstandort Thüringen zu stärken sowie allen Bürger:innen  
3440 den Zugang zu einem ausgewogenen und unabhängigen lokalen, regionalen und  
3441 überregionalen Medienangebot zu sichern.

3442 Das werden wir tun:

- 3443 • Wir werden den Anteil gesellschaftlich relevanter Verbände in den Gremien  
3444 des MDR erhöhen und damit diesen weiter pluralisieren.
- 3445 • Erfurt als Zentrum für Kindermedien werden wir weiter stärken. Dabei  
3446 setzen wir künftig verstärkt auf die Entwicklung von Medieninhalten für  
3447 Lehr- und Lernmedien, auf Spieleentwicklung sowie die Medienproduktion  
3448 durch Kinder.
- 3449 • Wir werden die Medienförderung noch deutlicher als bisher für neue mediale  
3450 Formen und experimentelle Formate öffnen.
- 3451 • Der Ausbildung in Medienberufen messen wir eine besondere Bedeutung bei.  
3452 Daher wollen wir Aus- und Weiterbildungsinitiativen unterstützen, die auf  
3453 den rasanten Wandel in der Medienwelt reagieren.
- 3454 • Die Förderung der Thüringer Bürgermedien werden wir aufstocken und dafür  
3455 sorgen, dass ihnen neue technische Verbreitungswege zur Verfügung stehen.
- 3456 • Bibliotheken wollen wir als Orte der Informationsvermittlung und  
3457 medienpädagogischen Arbeit stärken. Daher unterstützen wir eine  
3458 Integration kommunaler Medienzentren in öffentlichen Bibliotheken und  
3459 wollen den Zugang zu Bibliotheken auch im ländlichen Raum sicherstellen.
- 3460 • Wir setzen uns für verstärkte Faktenchecks und die Bekämpfung von Fake-  
3461 News durch den MDR und die Landesmedienanstalt ein.

## 3462 **8.3 Sport**

3463 Fast 350.000 Menschen sind in den knapp 3.400 Thüringer Sportvereinen  
3464 organisiert. Mit Recht kann der organisierte Sport im Freistaat damit für sich

3465 in Anspruch nehmen, die „größte Bürger:innenbewegung im Lande“ zu sein. Sport  
3466 übernimmt in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben. Er stiftet  
3467 Gemeinschaftsgefühl, trägt maßgeblich zur Gesunderhaltung bei und vermittelt  
3468 Werte wie Fairness. Darum setzen wir uns dafür ein, angemessene  
3469 Rahmenbedingungen für den Sport abzusichern und eine auskömmliche Finanzierung  
3470 zu gewährleisten.

3471 Das werden wir tun:

- 3472 • Land und Kommunen müssen gemeinsam mit den Vereinen Verantwortung für den  
3473 Breitensport übernehmen. Die direkten Förderungen dafür stammen zum  
3474 Großteil aus den Überschüssen der Staatslotterie. Diese Finanzierung  
3475 stellt eine verlässliche Säule für den Breitensport dar. Wir wollen  
3476 prüfen, inwieweit diese verlässliche Säule durch weitere  
3477 Finanzierungsquellen ergänzt werden kann.
- 3478 • Landesregierung und der Landessportbund müssen die bestehende allgemeine  
3479 Ziel- und Leistungsvereinbarung um entsprechende Entwicklungsziele für den  
3480 Breitensport erweitern.
- 3481 • Wir werden die Ehrenamts- und Übungsleiter:innenpauschale regelmäßig an  
3482 die allgemeine Kostenentwicklung angepassen.
- 3483 • Wir setzen uns für eine Aufwertung des Sports in Kindertagesstätten,  
3484 Schulen und Jugendeinrichtungen aus. In der Ausbildung der Erzieher:innen  
3485 und in der praktischen Arbeit der Kindertagesstätten sollen Sport und  
3486 Angebote zur altersgerechten motorischen Entwicklung sowie zur  
3487 Bewegungsförderung daher wieder einen höheren Stellenwert bekommen.
- 3488 • Die Ausbildung der Sportlehrer:innen und der Übungsleiter:innen muss zudem  
3489 noch stärker auf altersgruppenspezifische methodisch-didaktische Ansätze  
3490 ausgerichtet werden.
- 3491 • Wir wollen das erfolgreiche Programm „Bewegte Kinder = gesündere Kinder“  
3492 weiter ausbauen und schrittweise an allen Schulen verankern.
- 3493 • Gemeinsam mit dem Bund sollen die Kommunen auch weiterhin bei der  
3494 Sanierung und beim Ausbau von Schulen und Sportheinrichtungen unterstützt  
3495 werden. Der Fördertitel für Bau und Sanierung von Schulsportshallen soll  
3496 dazu auf 10 Millionen Euro erhöht werden. Außerdem wird die Finanzierung  
3497 kommunaler Schwimmbäder zur Gewährleistung des Schwimmunterrichts für alle  
3498 Schüler:innen sichergestellt.
- 3499 • Wir werden ein Sonderinvestitionsprogramm Sportstätten in Höhe von

3500 jährlich 20 Millionen Euro schaffen. Gerade in ländlichen Regionen bedarf  
3501 es neuer Wege. Dabei wollen wir die multifunktionelle Nutzung von  
3502 Bestands- und Leergebäuden (Sport-, Veranstaltungs-, Jugendhilfestätten)  
3503 erproben und hier unbürokratische Finanzierungen aus verschiedenen  
3504 Fördertöpfen ermöglichen.

- 3505 • Wir wollen Spitzensportler:innen gezielt unterstützen, indem wir  
3506 Landesstipendien vergeben, die Sportgymnasien stärken und dort für den  
3507 Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen sorgen.
- 3508 • Wir wollen unsere Profi- und Spitzensportvereine dabei unterstützen,  
3509 weiterhin den wachsenden Voraussetzungen der jeweiligen Ligen gerecht zu  
3510 werden und legen ein jährliches Förderbudget auf.
- 3511 • Wir wollen einen sauberen Sport und setzen uns klar gegen Doping ein. In  
3512 diesem Sinne haben wir bei der Novellierung des Sportfördergesetzes mit  
3513 dafür gesorgt, dass Sportorganisationen nur dann vom Land gefördert  
3514 werden, wenn sich Mitarbeiter:innen mit Doping-Vergangenheit einer  
3515 Überprüfung durch die Unabhängige Kommission des DOSB stellen.
- 3516 • Wir wollen alle Thüringer Sportregionen wieder in das Zentrum der  
3517 Aufmerksamkeit rücken, indem wir diese bei der Entwicklung ihrer  
3518 Sportstätten als Teil eines sichtbaren und attraktiven touristischen  
3519 Gesamtkonzeptes unterstützen.
- 3520 • Eine besondere Rolle nimmt der Behindertensport ein, der vom Breiten- bis  
3521 zum Leistungssport gleichrangig unterstützt wird. Für Menschen mit  
3522 körperlichen und geistigen Einschränkungen ist Sport eine Möglichkeit der  
3523 Teilhabe und Selbstverwirklichung.
- 3524 • Wir erkennen an, dass eSport sich zunehmender Beliebtheit erfreut – gerade  
3525 bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Frage, ob eSport ebenfalls  
3526 als Sport anzusehen ist oder nicht, muss angesichts dessen in nächster  
3527 Zeit geklärt werden. Dabei sind uns zwei Punkte wichtig: Der organisierte  
3528 Sport hat sich von Beginn den Veränderungen unserer Gesellschaft und neu  
3529 aufkommenden Sporttrends und Sportarten sowie sich wandelnden  
3530 Freizeitinteressen stellen müssen. Das hat er erfolgreich getan.  
3531 Gleichzeitig ist aber auch klar, dass neue Sportarten nur dann Aufnahme in  
3532 den organisierten Sport finden können, wenn sie dessen Aufnahmekriterien  
3533 und dessen Wertekanon entsprechen. Wenn eSport entsprechende  
3534 Entwicklungsschritte einschlägt und so Akzeptanz beim organisierten Sport  
3535 findet, steht seiner Anerkennung als Sport aus unserer Sicht nichts im  
3536 Wege.

3537

## 8.4 Ehrenamt

3538 Gesellschaftlicher Zusammenhalt basiert darauf, wie viel jede:r bereit sind,  
3539 sich für die Umwelt und andere Menschen einzusetzen, Rücksicht aufeinander zu  
3540 nehmen und Respekt für die Leistung anderer zu zeigen. Ist der gesellschaftliche  
3541 Zusammenhalt stark ausgeprägt, stärkt das unsere Demokratie, macht sie lebendig  
3542 und wehrhaft.

3543 Das Ehrenamt ist mit 800.000 Tausend Engagierten in Thüringen die oft  
3544 unsichtbare Kraft, ohne die ein Zusammenleben in unserer Gesellschaft nicht  
3545 vorstellbar wäre. Allein in den Thüringer Feuerwehren engagieren sich über  
3546 35.000 Kamerad:innen. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig die Menschen sind, die  
3547 in Blaulicht- oder Rettungsorganisationen, Sportvereinen, Jugendverbänden,  
3548 Kleingarten- oder Karnevalsvereinen ehrenamtlich tätig sind. Besonders in Zeiten  
3549 des Wandels und wachsender Unsicherheit in der Bevölkerung, verstärkt durch eine  
3550 globale Gesundheitskrise, braucht es das ehrenamtliche Engagement.

3551 Viel zu oft nehmen wir die unbezahlbare Leistung des Ehrenamtes für das  
3552 Funktionieren unseres Zusammenlebens als selbstverständlich hin. Dabei werden  
3553 hier bundesweit jährlich fünf Milliarden Arbeitsstunden kostenfrei oder mit nur  
3554 geringer Entschädigung geleistet. Das zeigt, wie groß der Anteil des Ehrenamts  
3555 an der Daseinsvorsorge mittlerweile ist. Wir müssen aber feststellen, dass das  
3556 Ehrenamt in seinen vielen Facetten zunehmend unter Druck gerät, insbesondere in  
3557 ländlichen Regionen. Wegzug, Überalterung, Bürokratie oder fehlende Freizeit  
3558 durch beruflichen Druck sind die Hürden für den Erhalt und Ausbau ehrenamtlicher  
3559 Strukturen.

3560 Die SPD Thüringen bekennt sich deshalb zum Ehrenamt als Ressource für  
3561 unser Zusammenleben und wird die ehrenamtlich Aktiven in Thüringen weiterhin  
3562 unterstützen.

3563 Das werden wir tun:

- 3564 • Ehrenamtliche Arbeit findet in zumeist vor Ort in unseren Kommunen statt.  
3565 Wir werden unsere Kommunen dauerhaft finanziell in die Lage versetzen,  
3566 Aufgaben im eigenen Wirkungskreis zu erbringen und damit das Fundament für  
3567 ehrenamtliches Engagement zu legen.
- 3568 • Darüber hinaus werden wir ein Ehrenamtsbudget für Kommunen schaffen, damit  
3569 Engagierte direkt gefördert werden. Unsere kommunalen Entscheidungsträger  
3570 wissen am besten, wo finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche gebraucht  
3571 wird.
- 3572 • Absicherung des Ehrenamtes durch seine Verankerung in der Thüringer

3573

## Landesverfassung

- 3574     • Ausbau der sog. Jugendpauschale sowie Stärkung der Örtlichen  
3575       Jugendförderung
- 3576     • Verpflichtung der Kommunen zur Förderung der Arbeit von Jugendverbänden  
3577       über die kommunalen Jugendförderpläne.
- 3578     • Ausbau von Leistungen aus dem Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben  
3579       der Generationen sowie der Familienpauschale zur Unterstützung der  
3580       Kommunen bei der Umsetzung einer kommunalen Sozialplanung.
- 3581     • Stärkung der Thüringer Ehrenamtsstiftung und ihrer Leistungen durch  
3582       gezielte Öffentlichkeitsarbeit.
- 3583     • Bessere Ausstattung und erhöhte Ausgabe der Thüringer Ehrenamtscard.
- 3584     • Gezielte Förderung und Vernetzung ehrenamtlicher Strukturen mit  
3585       entsprechenden Qualifizierungs- und Serviceangeboten mithilfe der Neuen  
3586       Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement (DSEE).
- 3587     • Abbau unverhältnismäßiger bürokratischer Belastungen für das Ehrenamt,  
3588       mithilfe eines zentralen Portals mit Muster-Formularen und Informationen  
3589       zu geltenden Regelungen.
- 3590     • Klarstellung darüber herbeiführen, dass die Möglichkeit der politischen  
3591       Tätigkeit einer Organisation zur Verfolgung ihres gemeinnützigen Zweckes  
3592       besteht, ohne ihre Steuerbefreiung zu gefährden.
- 3593     • Die Menschen, die ehrenamtlich ihre Gesundheit für unseren Schutz und  
3594       unsere Sicherheit riskieren, gilt es besonders zu unterstützen, vor allem  
3595       in ländlichen Regionen. Was wir leider immer wieder feststellen, ist der  
3596       mangelnde Respekt vieler Leute gegenüber den Sicherheits- und  
3597       Rettungskräften. Umso mehr liegt uns die Sicherstellung des ehrenamtlich  
3598       getragenen Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes am Herzen. Deshalb  
3599       wollen wir mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne die Leistung der  
3600       Katastrophenschutzkräfte würdigen und die Feuerwehren mit Investitionen in  
3601       Infrastruktur und Lehrangeboten insbesondere an der Thüringer  
3602       Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule unterstützen.

3603

## 9. Zukunftsfähige und solide Haushaltspolitik

3604     Die solide und vorausschauende Haushaltspolitik der vergangenen Jahre hat dafür

3605 gesorgt, dass Thüringen auch in der Corona- und Energiekrise handlungsfähig  
3606 geblieben ist. Eine gute Finanzpolitik darf aber nicht nur die kurzfristige  
3607 Krisenbewältigung im Blick haben, sondern muss immer auch Gestaltungsspielräume  
3608 für kommende Generationen schaffen.

3609 Es bedarf daher in den nächsten Jahren einer klaren Prioritätensetzung im  
3610 Landeshaushalt. Nur so schaffen wir die für die kommenden Jahre notwendigen  
3611 Gestaltungsspielräume für Investitionen in die Transformation von Wirtschaft und  
3612 Gesellschaft.

3613 Das werden wir tun:

- 3614 • Wir werden den Landeshaushalt auch weiterhin an den Herausforderungen der  
3615 Zukunft ausrichten. Dafür sind uns eine realistische Finanzplanung mit  
3616 konstant hohen Investitionsquoten und ein sicherer Mittelabfluss ebenso  
3617 wichtig, wie die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, eine  
3618 aufgabengerechte Personalausstattung der öffentlichen Hand auf allen  
3619 Ebenen, der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Fortführung der  
3620 Schuldentilgung, der in Anbetracht der Pandemiebewältigung aufgenommenen  
3621 Kredite.
- 3622 • Um den Herausforderungen der anstehenden Transformation der Wirtschaft und  
3623 der Verwaltung begegnen zu können, wollen wir die Investitionsquoten im  
3624 Landeshaushalt zwischen 16 und 18 Prozent stabilisieren.
- 3625 • Wir werden eine klare Prioritätensetzung in der Förderung vornehmen.  
3626 Förderprogramme sollen effizient und transparent gestaltet und eingesetzt  
3627 werden. Wir werden die Landesprogramme konzentrieren und vereinfachen, um  
3628 bessere Voraussetzungen für wichtige Investitionen in Schulen,  
3629 Infrastruktur, Wirtschaft und Soziales zu schaffen.
- 3630 • Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Abschaffung der grundgesetzlichen  
3631 Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ein. Die Erfahrungen seit ihrer  
3632 Einführung zeigen, dass sie die Handlungsfähigkeit des Staates  
3633 insbesondere auf Länderebene massiv einschränkt. Damit zukunftsweisende  
3634 Investitionsprojekte z. B. im Rahmen der Energie- und Wärmewende nicht an  
3635 ihrer Finanzierbarkeit scheitern, muss es auch für die Länder möglich  
3636 sein, in einem gewissen Rahmen fristenkongruent zu finanzieren.
- 3637 • Um den Herausforderungen der Transformation gerecht zu werden, werden wir  
3638 einen „Thüringer Transformationsfonds (TTF)“ zur langfristigen  
3639 Finanzierung von Zukunftsinvestitionen einrichten. Damit wollen wir in den  
3640 kommenden Jahren einen fühlbaren struktur- und klimapolitischen Impuls  
3641 setzen und den notwendigen Wandel in Thüringen aktiv gestalten. Damit

3642

3643 schaffen wir Finanzierungssicherheit für Unternehmen, öffentliche  
3644 Einrichtungen und Kommunen und vereinfachen die Mittelverwaltung innerhalb  
3645 der Landesverwaltung.

- 3645 • Zur Finanzierung dieser Investitionen des „Thüringer Transformationsfond  
3646 (TTF)“ werden wir die Ausgabe von „grünen“ Anleihen prüfen. Denn für  
3647 solche Anleihen bestehen regulatorisch Vorgaben dafür, welche Art von  
3648 Projekten finanziert werden dürfen. Damit schaffen wir nicht nur  
3649 Transparenz hinsichtlich der Mittelverwendung, sondern leisten zusammen  
3650 mit anderen Bundesländern einen Beitrag zum Wandel der Kapitalmärkte hin  
3651 zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz.
- 3652 • Wir werden für die Zukunft vorsorgen. Wir werden die Rücklagen so  
3653 ausstatten, dass wir auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren können.  
3654
- 3655 • Wir werden die bestehenden Prozesse in der über viele Jahre gewachsenen  
3656 Förderlandschaft des Freistaats kritisch prüfen. Förderprogramme sollen  
3657 effizient und transparent gestaltet und eingesetzt werden. Nach kritischer  
3658 Prüfung dieser hinsichtlich ihrer Effektivität werden wir auch  
3659 Streichungen in Betracht ziehen. Wir werden die Landesprogramme  
3660 standardisieren und vereinfachen, um bessere Voraussetzungen für wichtige  
3661 Investitionen in Schulen, Infrastruktur, Wirtschaft und Soziales zu  
3662 schaffen. Dazu schaffen wir eine zentrale Förderplattform, die eine  
3663 vollelektronische Abwicklung aller landeseigenen Förderprogramme  
3664 ermöglicht. Und wir werden die Landeshaushaltsordnung sowie die  
3665 entsprechenden Verwaltungsvorschriften auf Möglichkeiten der  
3666 Entbürokratisierung prüfen.
- 3667 • Das seit 2022 rasant gestiegen Zinsniveau stellt Kommunen und Unternehmen  
3668 zunehmend vor Finanzierungsprobleme. Instrumente wie Bürgschaften und  
3669 zinsverbilligte Kredite können ohne größere Fördersumme helfen, aus einem  
3670 unfinanzierbaren Vorhaben eine rentierliche Investition zu machen. Dazu  
3671 wollen wir die Thüringer Aufbaubank als erfahrenen Partner des Freistaats  
3672 weiter stärken und mit der Umsetzung entsprechender Landesprogramme  
3673 beauftragen.

## 3674 **10. Wir in Europa**

3675 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, wie wichtig ein geeintes und  
3676 geschlossenes Europa ist. Frieden, Demokratie und ökonomischer Wohlstand, Basis  
3677 des Zusammenlebens auf unserem Kontinent, stehen verstärkt im Wettkampf mit  
3678 autokratischen und diktatorischen Systemen auf der Welt. Europa ist der  
3679 wichtigste Handelspartner vieler Thüringer Unternehmen, tausende von  
3680 Schüler:innen nehmen an europäischen Austauschen teil und Studierende lernen

3681 heute in Universitäten europaweit. Viele Bauvorhaben in Thüringen wären ohne  
3682 Fördermittel aus der EU nicht finanziert. Europa ist Lebensrealität vieler  
3683 Thüringer:innen. Deshalb werden wir uns weiter dafür einsetzen die europäische  
3684 Zusammenarbeit bei Bildung, Forschung und Transfer, im Arbeitsmarkt und in der  
3685 Kultur zu vertiefen.

3686 Viele dieser Herausforderungen vor denen wir aktuell stehen, lassen sich nicht  
3687 auf nationaler Ebene lösen seien es geopolitische Fragen oder die Bekämpfung des  
3688 menschengemachten Klimawandels. Deshalb engagieren wir uns weiterhin für ein  
3689 starkes, gemeinsames und soziales Europa.

3690 Das werden wir tun:

- 3691 • Wir werden im Ausschuss der Regionen für ein starkes, nachhaltiges und  
3692 soziales Europa eintreten, das auch in Krisenzeiten zusammensteht und  
3693 niemanden zurücklässt. Wir wollen ein bürgernahes und demokratisches  
3694 Europa, in dem nicht nur darüber gesprochen wird, was besser laufen kann,  
3695 sondern auch darüber, wo Europa im Freistaat wirkt und das Leben vieler  
3696 Bürger:innen bereichern kann.
- 3697 • Wir wollen ein soziales Europa, das gemeinsame Regeln für gute Arbeit,  
3698 gerechte Steuern und eine soziale Grundsicherung schafft. Unser Ziel ist  
3699 eine Europäische Union, die soziale Mindeststandards sichert, Lohn und  
3700 Sozialdumping wirksam unterbindet und die sozialen Grundrechte für alle  
3701 Bürger:innen in Europa stärkt.
- 3702 • Wir werden am Wissenschaftsstandort Thüringen in die grenzüberschreitende  
3703 Forschung investieren und unsere Wissenschafts- und Forschungspolitik  
3704 international ausrichten.
- 3705 • Wir werden den Austausch der Bürger:innen in Europa fördern. Dazu wollen  
3706 wir verstärkt europäische Städtepartnerschaften unterstützen und neue  
3707 Ideen für die internationale Arbeit vor Ort entwickeln.
- 3708 • Wir wollen die Barrieren des grenzübergreifenden Arbeitsmarktes weiter  
3709 abbauen, an mehr gemeinsamen Bildungsabschlüssen arbeiten und an der  
3710 schnelleren Anerkennung von Berufsabschlüssen.
- 3711 • Wir werden die Europäische Bildungsarbeit in unseren Bildungseinrichtungen  
3712 ausbauen und daran arbeiten neben Studierenden verstärkt Auszubildenden  
3713 über Erasmus+ die Möglichkeit zu einem Austausch zu geben.
- 3714 • Wir setzen uns ein für ein Europa, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
3715 schützt und die Einhaltung der Menschenrechte sichergestellt sowohl gegen

3716  
3717

Angriffe im Inneren als auch in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen.